Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt am 30.01.2025

Protokoll 21

Stadtratssitzung
Donnerstag, 21.11.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: https://bern.recapp.ch/shareparl/

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.10 bis 19.00 Uhr....4
2023.SR.0112....5
1 Begrüssung und Mitteilungen
2014.TVS.000217....6
2 Regionales öffentliches Veloverleihsystem 2026+: Realisierungskredit (Investitions- und Verpflichtungskredit) (Abstimmungsbotschaft)
2014.TVS.000217....22
3 Nutzung des Veloverleihsystems VVS 2026+ durch Stadtmitarbeitende, Lehrpersonen der städtischen Schulen sowie Stadtratsmitglieder; Verpflichtungskredit
2022.PRD.000035....26
4 Erweiterung des Kindergartenstandorts Schlossmatt; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)
2023.SR.0240....31
5 Motion Tom Berger (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte II: Reduktion des Quorums und Verlängerung der Fristen für städtische Initiativen und Referenden
2023.SR.0259....35
6 Motion Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser, GB / Anna Jegher, JA!): Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr. 37
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.40 Uhr....39
2023.SR.0259....40
6 Motion Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser, GB / Anna Jegher, JA!): Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern
2023.SR.0150....41
7 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern
2022.SR.000119....45
8 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Barbara Keller, SP): Langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung
2023.SR.0103....45

9 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen
2023.SR.0261 47
10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen
2023.SR.000026 50
11 Motion Fraktion SP/JUSO (Nicole Bieri/Sofia Fisch, JUSO/Lena Allenspach, SP): Geld regiert die Welt – Geldflüsse steuern Aktivitäten!
2024.SR.0039 54
12 Motion Lionel Gaudy (Mitte), Lukas Wegmüller (SP), Tom Berger (FDP) und David Böhner (AL): Pumptrack Rossfeld
2024.SR.0108 55
13 Motion Ursula Stöckli (FDP), Nik Eugster (FDP): Schulraum schaffen im Nordquartier durch Umnutzung des Ringhofs
2019.SR.000120 57
14 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen; Begründungsbericht
2021.SR.000080 58
15 Motion Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!): Solarpotential auf städtischen Gebäuden ausschöpfen; Begründungsbericht
2023.SR.000050 62
16 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rüegsegger, SVP): Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen: was kostet die ungerechte Vergabe den Steuerzahler? Was für Folgen hat diese Praxis für effektiv auf günstige Wohnungen angewiesene Personen?
2023.SR.000079 62
17 Interfraktionelle Interpellation GB/JA, AL/PdA (Seraphine Iseli / Katharina Gallizzi / Anna Leissing, GB / David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA / Matthias Humbel, GFL / Therese Streit EVP): Kündigungen bei Sanierung sozial abfedern; Verlust von günstigem Wohnraum vorbeugen
2023.SR.0128 68
18 Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser / Alexander Feuz, SVP): Rotgrüne Verkehrspolitik: Einführung von flächendeckend Tempo 30 km/h, Abbau Verkehrsspuren und Parkplätzen in der Stadt Bern: Auswirkungen auf die Steuererträge? Welchen Beitrag leisten die juristischen Personen, KMU's und die selbständig Erwerbenden an die Steuereinnahmen?
2024.SR.0099 69
19 Interfraktionelle Motion Fraktionen SVP, FDP/JF (Alexander Feuz, SVP/Tom Berger, FDP/Janosch Weyermann, SVP/Florence Pärli, JF/Thomas Glauser, SVP): Gastronomie-Angebot beim Tierpark Dählhölzli sicherstellen
2023.SR.0250 69
20 Interfraktionelle Motion GB/JA, GLP/JGLP, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Jegher, JA / Esther Meier, GB / Michael Ruefer, GLP / Sofia

Fisch, JUSO / Szabolcs Mihalyi, SP / Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA / Marcel Wüthrich, GFL): Ein queerer Begegnungsort in der Stadt Bern
Verschoben und eingereicht 75
Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr. 76

Anwesenheit in der Sitzung von 17.10 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Nik Eugster
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Esther Meier
Daniel Michel
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Cemal Özçelik
Halua Pinto de Magalhães
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter
Sibyl Eigenmann
Lukas Gutzwiller
Stephan Ischi
Nora Krummen
Denise Mäder
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Gäst*innen auf der Tribüne, normalerweise fangen wir um 17 Uhr an, aber wie ihr seht, ist der Raum noch sehr leer. Das wird mit dem Wetter zusammenhängen, und man startet dann, wenn wir beschlussfähig sind. Es dauert wahrscheinlich noch ein paar Minuten. Danke für die Geduld.
Liebe Kolleg*innen, liebe Gäst*innen mit 10 Minuten Verspätung sind wir jetzt beschlussfähig. Herzlich willkommen zu dieser Stadtratssitzung und ein ganz herzliches Willkommen den städtischen Lernenden, die heute der ersten Sitzung zuhören. Das heisst, wir nehmen uns noch einmal vor, uns gut zu benehmen.
Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Stephan Ischi von der SVP, Mehmet Özdemir von der SP, Sibyl Eigenmann von der Mitte, Denise Mäder von der GLP, Lukas Gutzwiller von der GFL und Gabi Blatter von der GLP. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Florence Pärli. Für die zweite Sitzung entschuldigt ist Simone Machado. Alle, die später kommen, werde ich jetzt nicht aufzählen. Einen Geburtstag haben wir heute keinen, aber vorgestern hatten sowohl Lea Bill als auch Barbara Nyffeler Geburtstag. Herzliche Gratulation nachträglich. Und morgen wird Lukas Wegmüller Geburtstag haben; das für die, die ihm gratulieren wollen. Dann noch ein Reminder: Heute ist ja die zweitletzte Stadtratssitzung. Am 5. Dezember nach der Stadtratssitzung ist die Abschlussfeier. Es haben sich schon ganz viele angemeldet. Herzlichen Dank. Und die, die das noch nicht gemacht haben – bitte macht das unbedingt, damit wir gut planen können, wovon es wie viel braucht. Dann ist heute in der Pause das Speed-Dating mit den Lernenden, an dem die Fraktion, also einige der Fraktionen, vertreten sind. Das findet in der Wandelhalle statt. Dann: Denkt bitte daran zu badgen. Einreichen der Vorstösse wie immer: die dringlichen bis um 21 Uhr und alle anderen bis um 21.30 Uhr.
Wir stimmen am Anfang über einen Ordnungsantrag ab, und zwar führen wir heute eine reduzierte Debatte. Der Antrag lautet, dass die Traktanden 5 bis 13 mit den reduzierten Redezeiten besprochen werden. Wir stimmen ab über den Ordnungsantrag.

Ordnungsantrag
1 Ordnungsantrag Büro
Die Traktanden 5 – 13 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:
BERATUNG:
1 Einreichende: 3 Min.
2 Fraktionserklärungen: 3 Min.
3 Einzelvoten: 1 Min.
4 Gemeinderat: 3 Min.
ABSTIMMUNG

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	41
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen.

2014.TVS.000217

2 Regionales öffentliches Veloverleihsystem 2026+: Realisierungskredit (Investitions- und Verpflichtungskredit) (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Dann sind wir bei den Traktanden 2 und 3, die zusammen behandelt werden. Es geht um die Abstimmungsbotschaft und um einen Verpflichtungskredit für das Veloverleihsystem (VVS). Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die PVS: Es ist ganz komisch, vor so wenigen Leuten zu reden, aber umso mehr freut es mich, dass wir heute so viele Gäste auf der Tribüne haben. Herzlich willkommen auch von meiner Seite. Zu Beginn möchte ich kurz darauf hinweisen, dass das regionale öffentliche Veloverleihsystem, über das wir heute reden, einen neuen Namen erhalten hat. Aus diesem Grund werde ich in meinen weiteren Ausführungen von "Velo Region Bern" sprechen. Der bisherige Leistungsvertrag mit Publibike läuft Ende 2025 aus. Als Nachfolgelösung soll ein regional verankertes Veloverleihsystem zum Tragen kommen, wofür die Stadt Bern und ihre 14 Partnergemeinden im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens eine Ausschreibung durchgeführt haben und wofür der Stadtrat bereits einen Projektierungskredit gewährt hat. Die Ausschreibung ist in der Zwischenzeit erfolgt und Publibike ist erneut als Gewinnerin hervorgegangen. Mit der neuen Vertragsperiode und der Systemumstellung kommt es zu einigen wichtigen Änderungen, die ich an dieser Stelle kurz ausführen möchte. Weil das Veloverleihsystem einen Service public-Charakter hat und die Stadt in der Ausschreibungsvorgabe gezielt einen tiefen Verleihtarif verlangt hat, ist ein kostendeckender Betrieb von Seiten Publibike nur machbar, wenn sich die Stadt Bern und ihre Partnergemeinden mit einem Betriebskostenbeitrag an den entsprechenden Kosten beteiligen. Zweitens: Die Infrastruktur der Ausleihstationen, also die Markierungen und Informationsstellen, werden neu durch die Gemeinden und nicht mehr durch Publibike zur Verfügung gestellt. Der Grund dafür ist, dass sich die Stadt und die Partnergemeinden vorbehalten möchten, auf diesen Stationen das Abstellen von weiteren Gefährten zu erlauben, so zum Beispiel Cargovelos oder E-Trottinette, um so Mobilitätshubs zu bilden. Drittens gibt es eine neue qualitative Vorgabe für Publibike, dass an jeder Ausleihstation während 90% pro Tag mindestens ein fahrtüchtiges Leihvelo zur Verfügung stehen muss. Anders gesagt: An jeder Ausleihstation darf pro Tag maximal während rund eineinhalb Stunden kein Velo stehen. Zudem möchte ich an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass Publibike weiterhin mit dem städtischen Kompetenzzentrum Arbeit zusammenarbeitet, das Mitarbeitende für die Werkstatt stellt. Weiter ist es so, dass die Redistribution der Flottenfahrzeuge zu 100% fossilfrei erfolgt, wie das vom Stadtrat gewünscht wurde. Ganz kurz einige Bemerkungen zu den Velos, denn dazu sind auch noch Anträge eingegangen. Neu sollen 70% E-Bikes und 30% normale Velos verfügbar sein, weil die E-Bikes deutlich mehr genutzt und nachgefragt werden. Zudem wird eine Verbesserung der Trittfrequenz der E-Bikes bei schnellen Geschwindigkeiten angepeilt. Es wird eine Handyhalterung montiert und der Akku verfügt über grössere Reichweiten. Wie bisher bleiben beide Arten typengleich, so dass ein schnellerer Ausbau zwischen den Varianten möglich ist. Zum Netz und den Stationen: Die Ausschreibung hat 3 Kategorien von Stationsnetzen vorgesehen: ein Basisnetz, ein Basisnetz plus und periphere Standorte.

Die Stadt Bern plant in der neuen Vertragsperiode auf den bestehenden Stationen aufzubauen und einen punktuellen Ausbau auf insgesamt 258 Stationen vorzunehmen. Das sind 57 mehr, als wir bis heute haben, wobei die Realisierung gestaffelt über mehrere Jahre erfolgen wird. Der Ausbau ist zu begründen mit der Schliessung bestehender Netz-Lücken oder durch die Erschliessung neuer Areale, wie zum Beispiel dem Viererfeld. Die Erstellung neuer bisher noch nicht vorhandener Stationen wird dazu führen, dass für rund 25 Stationen je 2 Parkplätze aufgehoben werden müssen. Das werden insgesamt 50 Parkplätze sein, wovon aber nur 2 gebührenpflichtige Parkplätze sind, was zusätzlich zu einer Einnahmereduktion von rund 3'400 Franken pro Jahr führt.
Kommen wir noch zur Preisstruktur. Wie schon angesprochen, subventioniert die Stadt Bern mit dem neuen Betriebskostenbeitrag die Ticketpreise. Das Verleihsystem soll für alle erschwinglich bleiben. Deshalb hat man bei der Ausschreibung eine Deckelung der Preise vorgenommen, sodass die Fahrpreise die Ticketpreise des ÖV nicht übersteigen. Zudem wird ein Jahresabo offeriert für 69 Franken, also deutlich unter diesen 99 Franken, die heute bezahlt werden, und die erste halbe Stunde der Velonutzung ist gratis. Ebenfalls Kosten für die Stadt entstehen bei den Ausleihstationen, die neu in der Kompetenz der Stadt liegen. Die Stadt hat pro Station mit Kosten von rund 8'650 Franken gerechnet, was sich bei 258 Stationen auf ganze 2,23 Mio. Franken aufsummiert. Die Kommission hat sich vertieft mit diesen Kosten auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass diese durchaus im üblichen Rahmen liegen, und dass potenziell auch mit einer Beteiligung des Bunds in der Höhe von bis zu 40% dieser Kosten gerechnet werden kann.
Der Gemeinderat beantragt also 2 Verpflichtungskredite: einmal über 3,18 Mio. Franken für die zuvor genannten Investitionskosten, die den Projektierungskredit, die Detailplanung, den Betriebsaufbau, die Planung der neuen Stationen und die Ausstattung der Ausleihstationen umfassen. Nachher werden weitere 4,4 Mio. Franken fällig für die wiederkehrenden Kosten, für den Betrieb des Veloverleihsystems über die nächsten 8 Jahre, die den Betriebsbeitrag plus den Instandhaltungs- und Betreuungsaufwand umfasst. Das macht also insgesamt 7,62 Mio. Franken. Die PVS empfiehlt dem Stadtrat, beide Kredite anzunehmen. Die Kommission hat zudem 3 Anträge einstimmig bei jeweils einer Enthaltung an den Stadtrat überwiesen. Erstens wünscht sie, dass die Fachstelle Mobilitätsberatung im Amt für Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsamt Unternehmungen im Rahmen der schon bestehenden Beratungsdienstleistungen aktiv darauf aufmerksam macht, dass es Möglichkeiten für Unternehmensabos gibt. Zweitens möchte sie, dass die Prüfung eines Ausleihstandorts an der Kreuzung Hubelmattstrasse/Weissensteinstrasse in Auftrag gegeben wird, weil dort trotz notwendiger Netzdichte aktuell eine Lücke besteht. Und schliesslich soll die Abstimmungsbotschaft so angepasst werden, dass überall von "Velo Region Bern" die Rede ist, damit die Stimmbevölkerung in ihren Unterlagen direkt den richtigen Namen liest und keine Verwirrung entsteht.
Jetzt würde ich noch zum zweiten Geschäft übergehen, das auch in diesem Traktandum drin ist. Wie ihr gesehen habt, gibt es heute noch einen weiteren Kredit, den wir behandeln. Die Offerte wurde separat offeriert und kann unabhängig vom besprochenen Realisierungskredit bezogen werden. Es handelt sich dabei um eine Pauschalofferte, damit die Mitarbeitenden der Stadt, die Mitglieder des Stadtrats wie auch die Lehrpersonen der Stadtberner Schulen das Veloverleihsystem ab Betriebsbeginn 2026 weiterhin kostenlos respektive zu günstigen Konditionen nutzen können. Die Stadt Bern hat sich eine Offerte mit mehreren Varianten offerieren lassen. Sie geht als Prämisse davon aus, dass von den geschätzten 6'500 nutzungsberechtigten Personen rund 3'000 das Angebot nutzen werden. Die Pauschalangebote sind fixe Jahrespauschalen. Wenn

mehr als 3’000 Personen ein Abo nutzen, geht das zulasten von Publibike, respektive für uns wird es günstiger. Wiederum müsste ab 6’500 Nutzenden ein Nachvertrag verhandelt werden. Der Gemeinderat spricht sich für die Variante Pauschalangebot mit 30 Minuten kostenloser Fahrt aus. Dies insbesondere deshalb, weil die Auswertung der Nutzungszahlen der laufenden Vertragsperiode ergeben hat, dass die meisten Personen ihre Velos unter 30 Minuten nutzen und doch ein grosser Preisunterschied von Variante 3 zu Variante 4 besteht. Der Verpflichtungskredit wird anders als der Realisierungskredit nur für 4 Jahre abgeschlossen und beläuft sich auf die hier beschriebenen 1,53 Mio. Franken, also rund 378’000 Franken pro Jahr; das aus dem Grund, dass der Gemeinderat die Nutzungszahlen evaluieren und in 4 Jahren im Notfall auf das Modell mit dem Jahresabonnement umschwenken will. Die PVS spricht sich für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante aus und stimmt dem Kredit bei 7 Ja zu 2 Nein bei 2 Enthaltungen zu.
Jetzt würde ich gerne noch unser Fraktionsvotum anhalten. Dann habt ihr von mir alles zu diesem Traktandum gehört. Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion begrüsst sehr, dass zusammen mit den Partnergemeinden eine sinnvolle Lösung für den Weiterbetrieb eines Veloverleihsystems gefunden wurde. Wir werden daher beiden Verpflichtungskrediten wie auch den Anträgen der PVS zustimmen. Ablehnen hingegen werden wir das Geschäft Mitarbeitendenmobilität; und das aus 2 Gründen. Erstens ist es angesichts der angespannten Finanzlage nur schwer zu rechtfertigen, solche für den Betrieb nicht relevanten Benefits auszugeben. Zweitens verstehen wir nicht, wieso städtische Mitarbeitende - den Stadtrat nehmen wir jetzt hier einmal aus – neben einem Publibike-Abo zusätzlich auch noch wahlweise einen ÖV-Beitrag von 240 Franken oder 120 Franken an ein eigenes Velo bekommen. So gesehen werden die Reisekosten doppelt abgegolten, was für uns absolut unverständlich ist. Irritiert waren wir ein bisschen, als kurz vor der Stadtratssitzung zu beiden Traktanden noch einmal unzählige Anträge von der linken Mehrheit eingereicht wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit hatten wir leider keine Zeit, diese an unserer Fraktionssitzung zu besprechen. Deshalb werden wir alle Anträge ablehnen. Ich möchte aber persönlich gerne noch schnell ein paar Worte dazu verlieren. Manchmal frage ich mich schon ein bisschen, ob das Parlament einfach ein Wunschkonzept ist. Anstatt dem Gemeinderat rechtzeitig vor der Offertenausschreibung klare Aufträge mit auf den Weg zu geben, werden bei der Kreditgenehmigung munter Forderungen auf das politische Parkett gebracht, die weder Teil der vorliegenden Offerte sind noch bei der Ausschreibung relevant gewesen wären. Ich weiss nicht, wie ihr euch das genau vorstellt, aber man kann im Fall nicht einfach eine Offerte munter abändern. Es bräuchte noch einmal eine komplett neue Offerte oder gar ein neues Ausschreibungsverfahren. Und auch die Prüfaufträge helfen aufgrund der Kurzfristigkeit nicht weiter. Die Offerten sind ja nicht nur für die Stadt Bern relevant, sondern auch eine Grundlage für die 14 involvierten Partnergemeinden. Wenn ihr solche Forderungen stellen wollt, könnt ihr dies auf die nächste Leistungsperiode anwenden. Das wäre in dem Fall im Jahr 2033. Ob das Ganze finanziell tragbar wäre, ist dann nochmal eine ganz andere Geschichte. Weiter möchte ich noch einmal daraufhin hinweisen, dass mechanische Velos bewusst so gebaut sind, dass sie jederzeit auf E-Bikes umgerüstet werden können. Mir ist bewusst, dass sie schwer sind und deshalb nicht so praktisch zur Fortbewegung. Das ist aber ein Trade-Off, das wir hier eingehen müssen, um weiterhin flexibel und nachhaltig zu bleiben. Das müsste eigentlich auch in eurem Sinn sein. Die Anpassung von 70% E-Bikes und 30% mechanische Velos ist aufgrund der Nachfrage der Nutzenden so beschlossen worden. Ich kann nicht verstehen, wieso ihr jetzt durchdrücken wollt, dass es weiterhin 50% mechanische Velos gib.

Bezüglich Veloparkplätze wäre mir nicht bekannt, dass sie aufgehoben werden sollen, anders als jene für die Autos. Ich denke aber, die Verwaltung ist pragmatisch genug, in einem solchen Einzelfall einen Ersatzstandort zu finden, der allen Bedürfnissen gerecht werden kann. Zum Schluss möchte ich sagen, dass ich es schon ein bisschen vermessen finde, dass ihr Publibike mit einem Antrag sogar noch ins operative Geschäft reden wollt. Es geht euch schlichtweg nichts an, welche Benefits eine private Unternehmung ihren Mitarbeitenden gibt. Wenn ihr so weiterfahrt, werden ihr die Wirtschaft zu Tode regulieren. Dabei wäre es viel wichtiger, eine gute Zusammenarbeit zustande zu bringen. Überlegt euch doch bitte, ob ihr diesen Antrag nicht zurückziehen wollt.

Präsidentin: Merci, Corina. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Nora Joos für die GB/JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion unterstützt im Grossen und Ganzen die Ausgestaltung des Veloverleihsystems ab 2026 und den vorliegenden Realisierungskredit. Ein öffentliches Veloverleihsystem gehört zu einem guten Service public und ist wichtig für eine nachhaltige Mobilität. Das darf auch etwas kosten. Verschiedene positive Veränderungen des vorliegenden Geschäfts sind hervorzuheben; erstens die regionale Ausgestaltung des Publibikes oder eben jetzt neu "Velo Region Bern". Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass die Ausschreibung zusammen mit Partnergemeinden erfolgt ist und so eine nachhaltige Mobilität über die Gemeindegrenzen hinweg gefördert wird. Die Stadt profitiert, wenn Menschen aus der Agglomeration vom Auto auf, zum Beispiel, ein Publibike kombiniert mit dem ÖV umsteigen. Uns freut es, dass 14 Partnergemeinden bereits jetzt den Eckwerten zugestimmt haben. Der zweite positive Aspekt ist die neue fossilfreie Fahrzeugflotte der Betreibenden. GB/JA! begrüsst, dass unser Antrag von 2023 umgesetzt wurde und kein fossiler Treibstoff mehr verbrannt wird, um die Velos von einem Ort an den anderen fahren. Und drittens begrüssen wir, dass neu die Ausleihstationen der Stadt gehören. Wir finden es sinnvoll, wenn die Ausleihstationen von der Stadt selbst verwaltet werden und nicht wie vorher vom Gesamtdienstleister. Eine kleine Änderung fordern wir aber bezüglich der Ausleihstationen. Momentan ist in den Kriterien für Standorte enthalten, dass es in Ausnahmefällen wie zum Beispiel beim Bahnhof möglich ist, öffentliche Veloabstellplätze für eine Ausleihstation von Publibike aufzuheben. Wir als Fraktion finden, die Förderung des eigenen Velos und der entsprechenden Abstellplätze sei dem öffentlichen Veloverleih vorzuziehen. Entsprechend sind die Kriterien im Standortkonzept anzupassen. Das ist unser Antrag 7. Neben den positiven Veränderungen sieht die GB/JA!-Fraktion ein paar Aspekte kritisch. Entsprechend haben wir verschiedene Anträge zusammen mit der JUSO eingereicht. Der erste negative Aspekt ist das Verhältnis zwischen E-Bikes und mechanischen Velos. Die Herstellung von Batterien ist ökologisch nicht sinnvoll. Wir finden, es dürfe nicht sein, dass neu 70% der Velo-Flotte elektrisch betrieben wird. Unser Antrag 5 zu Traktandum 2 fordert darum, dass nach wie vor 50% der Velos mechanisch sein sollen. Um zu fördern, dass mehr Menschen mechanische Velos zu nutzen, was ökologischer wäre, sollen die Velos fahrtauglicher ausgestaltet werden. Das fordert der GB/JA!,/JUSO-Antrag 6, den ihr jetzt als Tischauflage habt. Bei Neuanschaffungen von Velos soll gemeinsam mit Publibike geprüft werden, wie die mechanischen Velos so umgestaltet werden können, dass sie fahrtauglicher sind.
Der zweite negative Aspekt, findet die GB/JA!-Fraktion, ist die momentan limitierte Zugänglichkeit des öffentlichen Veloverleihsystems. Damit Velo Region Bern einen Service public-Charakter hat, muss die Stadt weitergehen, als jetzt vorgesehen ist, und zwar in folgenden 5 Punkten. Erstens die Ausgestaltung des Jahresabo B-Fit Bärn: Der

JA/JUSO-Antrag 3 fordert, dass die ersten 15 Minuten einer E-Bike-Nutzung kostenlos sein sollen. Insbesondere wenn 70% der Velo-Flotte E-Bikes sind, ist es wichtig, dass beim B-Fit-Jahresabo 15 Minuten E-Bike-Fahrt inbegriffen sind, so dass auch Leute mit einem kleinen Portemonnaie Publibike nutzen können. Das GB hat Stimmfreigabe beschlossen, weil es ökologisch nicht nur sinnvoll ist, E-Bike-Fahrten zu subventionieren. Der zweite negative Aspekt bezüglich Zugänglichkeit ist die momentan einseitige Privilegierung der städtischen Mitarbeitenden. Neu sollen auch Angestellte von Leistungsvertragspartner*innen zu den gleichen Tarifen fahren können. Die Leistungsvertragspartner*innen sind laut Vertrag dazu verpflichtet, Arbeitsbedingungen wie die Stadt anzubieten Da das aber schwierig ist, weil sie nicht die gleichen Möglichkeiten haben, wäre unser Antrag 5 bei Traktandum 3 ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.
Drittens: Mit dem Antrag 1 zu Traktandum 3 fordern wir, dass das Veloverleihsystem Menschen in Asylzentren kostenlos zur Verfügung steht. GB/JA! ist dieser Antrag ein sehr wichtiges Anliegen. Wieso? Nehmen wir das Beispiel der neuen Kollektivunterkunft im Tiefenauspital an. Das Tiefenauspital ist schlecht mit dem ÖV erschlossen. Mit dem Publibike-Abo wäre es den Bewohner*innen möglich, dass sie in der Stadt einkaufen und verschiedene Angebote besuchen können. So würde ihre Inklusion wesentlich gefördert. Eine rasche und gute Inklusion in unserer Gesellschaft ist nicht nur Ziel der Stadt, sondern auch des Kantons. Denn bei einer guten Integration respektive Inklusion können die Menschen die Kollektivunterkünfte rascher verlassen, was sehr wichtig ist für das Wohl dieser Menschen. Die Situation im Tiefenau ist ohne Zugang zum Veloverleihsystem sehr unbefriedigend. Es hat kaum Einkaufsmöglichkeiten im Quartier und die wenigen, die es gibt, sind teuer. Wie ihr alle wisst, ist die Asylsozialhilfe nicht ausreichend. Lebensmittel müssen daher in den billigsten Läden eingekauft werden. Und das öffentliche Verkehrsnetz kann man sich auch nicht leisten. Deshalb ergreifen wir und hoffentlich auch ihr, SP, heute Partei für ein soziales Bern, sodass die Situation von Bewohnenden von Asylzentren heute ein Stückchen verbessert wird. Neben der Verbesserung der Zugänglichkeit für Menschen in Asylzentren, findet die GB/JA!-Fraktion, sollten auch Menschen mit einer Kulturlegi von den Tarifen für städtische Mitarbeitende profitieren können. Eine nachhaltige Mobilität oder Mobilität schlechthin soll nicht nur für Menschen in einer guten finanziellen Lage möglich sein. Darum unser Antrag 3 zu Traktandum 3. Als letztes, um die Zugänglichkeit zu verbessern und die nachhaltige Mobilität in der Stadt Bern weiter zu fördern, sollen Menschen, die eine gesetzliche Vertretung brauchen für das Publibike-Fahren, also Jugendliche zwischen 14- und 18-jährig, auch kostenlosen Zugang zum Veloverleihsystem haben. Studien haben gezeigt, dass junge Erwachsene sich am Ende der Schulzeit oft vom Velo verabschieden. Publibike kann mithelfen, das zu verhindern, da es cool, schnell und praktisch ist.
Das war es zu unseren verschiedenen Anträgen, die alle wollen, dass die Ausgestaltung des Veloverleihsystems auch wirklich einen Service public-Charakter hat, nachhaltig und zugänglich ist. Ich bitte euch jeweils, die GB/JA!/JUSO-Anträge anzunehmen und nicht nur die abgeschwächten Prüfaufträge zu überweisen. Insbesondere der kostenlose Zugang zu Publibike für Asylsuchende sollte jetzt umgesetzt werden und nicht erst geprüft werden.
Die zusätzlichen Anträge der PVS nimmt die GB/JA!-Fraktion alle an. Abschliessend möchte ich noch auf einen wichtigen Aspekt eingehen. Die GB/JA!-Fraktion befürchtet, dass bei der Ausschreibung des öffentlichen Veloverleihsystems Publibike unter anderem auch dank eines Dumping-Angebotes gewonnen hat und dass sich der Druck auf die Angestellten in der Werkstatt wieder verstärken wird. Wir finden es deshalb wichtig,

dass gut darauf geachtet wird, dass sich die Arbeitsbedingungen für die Angestellten nicht verschlechtern, um Geld zu sparen. Denn das darf einfach nicht sein.

Präsidentin: Danke, Nora. Für die FDP/JF-Fraktion, Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Für die Fraktion FDP-Jungfreisinn ist klar: Gute Shared-Mobility-Angebote sind fester Bestandteil der urbanen Mobilität des 21. Jahrhunderts. Und der Gemeinderat sagt in seinem Antrag absolut richtig, dass solchen Angeboten definitiv ein Service public-Charakter zu kommt. Zeitgleich führt das aber unweigerlich auch zur Frage, ob es deshalb nicht sinnvoller wäre, die Finanzierung solcher Shared-Mobility-Angebote aus solchen Leihsystemen in die Finanzierungsflüsse des öffentlichen Verkehrs zu integrieren. Da das nicht oder noch nicht der Fall ist, müssen wir heute über diese Kredite befinden. Der Gemeinderat schreibt in seinem Vortrag einleitend, dass es sich gezeigt habe, dass der Betrieb eines Veloverleihsystems nicht kostendeckend möglich sei. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn legt hier Wert auf die Präzisierung, dass der Betrieb eines solchen Verleihsystems unter den Bedingungen, die die Stadt Bern vorgibt, nicht kostendeckend möglich ist. Das kann man aber nicht so allgemeingültig sagen, wie das im Vortrag steht. Das ist keine Pauschalkritik an den Vorgaben, die die Stadt Bern macht. Sie haben teilweise ihre Berechtigung. Zum Beispiel muss man zwingend mit dem Kompetenzzentrum für Arbeit zusammenarbeiten. Aber eigentlich haben wir in diesem Kredit, den wir heute Abend beschliessen, auch eine gewisse sozialpolitische Komponente, die in dem Sinn eigentlich nicht viel mit dem Verleihsystem per se zu tun hat. Beim Veloverleihsystem "Velo Bern" ist aber jetzt genau das eingetroffen, wovor unsere Fraktion jahrelang gewarnt hat. Man hat den Anbieter Publibike derart lang geschützt, ihn von Konkurrenz ferngehalten und die Neuausschreibung des Systems so lange nach hinausgezögert, bis zum Schluss bei der Ausschreibung fast nur noch Publibike als potenzieller Anbieter übriggeblieben ist. Dass man nur noch ein zweites Angebot erhalten hat, zeigt das meines Erachtens sehr deutlich auf. Unsere Fraktion hat insofern nie verstanden, dass andere Shared-Mobility-Anbieter Publibike lediglich ergänzen durften, aber keinesfalls konkurrenzieren. Es ist aus unserer Sicht entsprechend auch zu ultimativ, wenn man jetzt im Vortrag sagt, dass die künftigen Mobilitätshubs nicht von anderen Anbietern von Veloverleihsystemen genutzt werden sollen. Ich mache hier ein Beispiel: Vielleicht gibt es einmal ein wirklich überregionales Veloverleihsystem mit entsprechend richtigen E-Bikes, mit denen vielleicht die Leute nicht nur aus einer Nachbargemeinde nach Bern kommen, sondern eine weitere Pendlerdistanz zurücklegen. Und wieso solch ein Anbieter diese Flächen nachher nicht mitnutzen soll, ist uns ein Rätsel. Wir hatten in der Vergangenheit andere Anbieter, wie zum Beispiel Bond, ehemals Smide. Die Stadt Bern hat immer gesagt: Ja, ja, denen haben wir auch eine Betriebsbewilligung gegeben. Aber man hat dort von Anfang an immer die Richtlinien derart restriktiv gemacht, dass klar war, dass das gar nicht funktionieren kann. Unsere Fraktion macht auch ein Fragezeichen hinter die Aussage im Vortrag, dass mit dem Veloverleihsystem ein Beitrag zu einer nachhaltigeren Mobilität geleistet werden kann. Sind es Autofahrerinnen, die das Auto stehenlassen und mit Publibike unterwegs sind? Welche Fahrt genau machen sie heute mit einem Publibike, die sie vorher mit einem Auto erledigt hätten? Wir gehen doch eher davon aus, dass Publibike prioritär Leute aus dem ÖV anzieht, zumindest wenn das Wetter stimmt – heute wahrscheinlich weniger, wobei eben nicht einmal mehr der ÖV fährt – oder dass Publibike einfach der Ersatz für das eigene Velo ist. Für die Zukunft erwartet unsere Fraktion von Publibike eine klare Verbesserung der Qualität der Velos. Zu oft trifft man Ausleihstationen an mit sichtlich defekten Velos oder mehreren Velos, die

zwar herumstehen, bei denen sich das Schloss aber nicht öffnen lässt. Und wenn man dann einmal das Glück hat, dass sich das Schloss öffnen lässt, muss man jedes Mal zuerst einen Test der Bremsen machen, weil nicht einmal diese wirklich immer funktionieren. Und nachher noch zur genauen Ausgestaltung des Preismodells: Das ist grundsätzlich die unternehmerische Freiheit von Publibike, natürlich im Rahmen der Auflagen und Bedingungen, die die Stadt Bern in der Ausschreibung gemacht hat. Das ist auch der Grund, wieso wir die Anträge, die zum Preismodell kommen, ablehnen. Aber es muss schon ein bisschen darüber nachgedacht werden, ob es im 21. Jahrhundert noch zeitgemäss ist, dass man bei solchen Shared-Mobility-Angeboten ein starres Preismodell hat. Ich mache hier ein kleines Beispiel. Ihr kennt die Situation: Schöner Sommerabend, alle Leute gehen mit dem Publibike ins Eichholz, schwimmen aber nachher in der Aare zurück. Das heisst, all diese Velos bleiben stehen. Jetzt will ich eigentlich Publibike einen Gefallen machen, indem ich ein Velo zurück in die Stadt oder in ein anderes Quartier fahre, muss dafür aber genau den gleichen Tarif zahlen wie für jede andere Fahrt auch. Eigentlich müsste Publibike ein starkes betriebliches Interesse daran haben, mich in die Feinverteilung dieser Velos einzubeziehen und mir eben einen preislichen Anreiz zu geben.
Bei der Höhe des Kredits oder der Kredite, die heute beantragt werden, machen wir – allen voran bei den 60'000 Franken für die stadtseitige Begleitung – ein grosses Fragezeichen. Unsere Fraktion wäre entsprechend nicht unglücklich, wenn zumindest dieser Teil des Kredits nicht voll ausgeschöpft werden würde. Und dann einfach noch einmal, damit es deutlich gesagt ist – es steht zwar im Vortrag –, aber wir haben bereits heute im AFP im Jahr 2026 ein zweistelliges Millionendefizit vorgesehen. Das Geld, das wir heute Abend ausgeben, kommt dort noch obendrauf.
Trotz dieser kritischen Anmerkungen wird unsere Fraktion dem Realisierungskredit für das VVS 2026 Plus zustimmen. Beim Verpflichtungskredit für die Nutzung des Systems durch Stadtmitarbeitende, Lehrpersonen und Stadtratsmitglieder haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ich erlaube mir hier aber den Kommentar, dass es eigentlich schon ein bisschen grenzwertig ist, dass wir uns heute Abend selbst ein Abo kaufen, das, wenn wir es über eine Legislatur aufrechnen – eigentlich einen Gegenwert von mehreren hundert Franken hat. Und bevor ihr mich jetzt wieder belehrt: Natürlich zahlt die Stadt Bern nicht pro zusätzliches Abo einen Preis. Aber man hätte die 80 Abos einfach herausnehmen und eine tiefere Pauschale aushandeln können.
Grundsätzlich findet es unsere Fraktion richtig, dass sich der Gemeinderat für das Pauschalangebot entschieden hat. Dort ist aber einfach wirklich sehr bemerkenswert, dass 21% der Stadtangestellten zwar ein Abo lösen, nachher aber weniger als einmal pro Monat ein Publibike nutzen. Dort muss man sich schon überlegen, ob man bei diesen Mitarbeitenden nicht gegebenenfalls schauen sollte, dass sie das Abo wieder künden und entsprechend den Pauschalpreis dieser Abos auch reduziert werden kann. Und noch ganz kurz zu den Anträgen: Antrag 1 PVS ist so ein bisschen – herzlich willkommen im Berner Stadtparlament. Giesst die operativsten Details zu Millionenkrediten unbedingt in solche Anträge. Natürlich kann man es machen, dass man bei diesen Beratungen, die sowieso stattfinden, auch noch auf Publibike aufmerksam macht. Aber ich wage zu behaupten, dass man das auch geschafft hätte ohne den Antrag. Antrag 2 stimmen wir zu, auch wenn wir es auch hier grundsätzlich nicht als sinnvoll erachten, dass wir als Parlament einzelne Statiönchen bestellen und noch eine schlaue Idee haben, an welchem Plätzchen vielleicht auch noch ein anderes hinkommen sollte. Die Anträge 3 und 4 lehnen wir ab. Sie greifen stark in die unternehmerische Freiheit von Publibike ein. Antrag 5 hingegen nehmen wir an. Es ist nämlich effektiv so: Wenn ihr kein Glück habt und ein E-Bike erwischt, die mechanischen Velos sind also wirklich

schwer zu bewegen, und das sage ich als bekanntlich leidenschaftlicher und sehr sportlicher Velofahrer. Mit diesen Dingern kommst du einfach fast nicht vorwärts und es wäre wünschenswert, dass wir bei der nächsten Generation Velos ein Modell fänden, das das ein bisschen verbessern kann. Die Anträge 6 und 7 lehnen wir ab. Antrag 8 PVS nehmen wir an. Noch zu den Anträgen zu Traktandum 3. Es fällt Schnee, bald ist Weihnachten. Die Anträge sind nach dem Prinzip Weihnachtsmarkt geschrieben. Möglichst viele Leute sollen möglichst kostenlos staatlich konsumieren können. Man kann sich Sympathien sichern. Wir lehnen diese Anträge ab. Wir haben zwar gewisse Sympathien, vor allem für Antrag 4, dass man bei Leuten, die eine Kulturlegi haben, über tiefere Tarife nachdenkt, aber das ist eigentlich die Aufgabe von Publibike. Das sollen sie selbst machen können. Und der Antrag spezifisch für die 14- bis 18-Jährigen: Das ist natürlich die Zielgruppe der Jungen Alternative. Das kann sich Publibike sehr gerne selbst überlegen. Viele Firmen haben tiefere Tarife für junge Menschen, damit man Leute an ein Angebot heranführen kann. Wenn das Publibike so machen kann und will, sollen die das machen, aber sicher nicht auf eine Bestellung von uns.

Präsidentin: Merci, Tom. Für die GFL-Fraktion, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Mein Votum ist deutlich kürzer als all die vorangegangen. Ich hatte das Gefühl, ich müsste mich heute einfach ein bisschen bereithalten.
Wir haben das diskutiert. Es ist so, dass wir eigentlich grundsätzlich sehr hinter Publibike stehen. Wir finden, dieses Angebot sei gut. Es wird sehr rege genutzt. Das prägt eigentlich inzwischen auch schon so ein bisschen das Berner Stadtbild. Aber was wir natürlich in der Fraktion durchaus auch kritisiert haben, ist, dass man am Anfang gesagt hat, es werde finanziell ein Netto-Nullsummenspiel. Und das ist es ja nicht. Jetzt reden wir über einen Service public, der doch auch recht teuer ist. Und in diese Frage ist man so ein bisschen hineingedrängt oder -gezwungen worden. Den Grundsatzentscheid hat es am Anfang so nicht gegeben. Da gebe ich Tom Berger recht. Aber ich habe vorher das finanzielle Netto-Null erwähnt und möchte eigentlich auch das andere Netto-Null erwähnen, das wir als Stadt mit dem Klimareglement zu erreichen versprochen haben. Und das geht eigentlich nur, wenn wir wirklich die Mobilitätswende ganz stark vorantreiben. Und Mobilitätswende bedeutet nicht, dass man einfach ein Verkehrsmittel für eine gewisse Teilstrecke durch ein anderes ersetzt, sondern dass man einen sehr guten, ausgewogenen und feinmaschigen Mix braucht. Also, es ist nicht so, dass nachher ein Autofahrer per se oder jeder Autofahrer auf Publibike umsteigt, nur weil es in Reichweite ist. Aber es gibt sehr viele Leute in der Agglomeration oder vielleicht sogar aus Zürich, die je nachdem auf das Auto verzichten, weil sie eben in Bern ein sehr feines Netz haben, weil sie bei schönem Wetter ein Publibike nehmen können, bei schlechtem Wetter einen guten ÖV nutzen können. Und deshalb geht es nicht darum, dass wir dem ÖV die Kunden wegnehmen, sondern eigentlich schon bei den Autofahrern ansetzen, aber auch dort nicht die Autos wegnehmen, sondern einfach ein besseres und angenehmeres Angebot bieten können.
Ich glaube, Tom hat es auch erwähnt, dass man im wirtschaftlichen Denken den Tarif tiefer setzen müsste, wenn man vom Marzili rauffährt. Und wenn mich nicht alles täuscht, ist das eigentlich auch genau so diskutiert worden. Also ich denke, dass Publibike, aber auch die Stadt Bern, eigentlich genug wirtschaftliches Verständnis haben müssten, um solche Anreize setzen zu können, wie es sie in gewissen Städten eigentlich auch schon gibt. Es gibt auch noch den Antrag mit diesen mechanischen Velos. Das werden wir ablehnen. Wir werden grundsätzlich eigentlich alle Umsetzungsanträge

ablehnen, ausser die PVS-Anträge. Und dann werden wir gewisse Prüfungsanträge mehrheitlich annehmen. Gewisse von uns werden auch diese ablehnen; ganz einfach, weil sie dermassen kurzfristig gekommen sind, dass wir die gar nicht in Ruhe diskutieren schweige denn irgendwie prüfen konnten, was sie bedeuten würden. Und darum werden wir zum Beispiel jetzt die Aufbesserung dieser mechanischen Velos ablehnen, weil wir schlicht nicht wissen, was das finanziell bedeutet. Heisst das, man muss eine völlig neue Generation dieser Publibikes anschaffen? Wie teuer ist das? Die finanzielle Lage der Stadt ist nicht so rosig, dass man einfach ins Blaue hinein planen könnte. Darum: Das ist weg. Die ersten 15 Minuten E-Bike-Fahrt gratis ist auch weg. Auch hier wissen wir nicht, was das kostet. Wir werden aber beim Traktandum 2 den Antrag 7 annehmen, und zwar, weil Verleihstationen nicht zu Lasten von bestehenden Veloabstellplätzen erstellt werden dürfen. Also das dünkt uns eigentlich recht selbsterklärend. Wir möchten mehr Veloraum haben. Dann kann man nicht einfach das eine durch das andere ersetzen. Beim Traktandum 3 werden wir bei diesen Vergünstigungen die 3 Prüfanträge annehmen, und zwar finden wir es doch prüfenswert, dass man schaut, ob man nicht für Menschen, die in Asylzentren wohnen, Antrag 2, oder Menschen mit einem Kulturlegi, Antrag 4, und dann für die jungen Menschen zwischen 14 bis 18 einen vergünstigten Zugang gewährleisten könnte, also zu den gleichen Tarifen wie auch die Mitarbeitenden. Beim Antrag 6 geht es um Leistungsvertragspartner*innen, auch dort haben wir das Gefühl ... Es ist jetzt schon nicht das, was man uns versprochen hat. Es ist eine finanzielle Belastung. Und wir finden, dass man bei Leuten, die wirklich wenig oder nichts haben, das prüfen sollte. Aber die Leistungsvertragspartner sollen weiterhin bitte gleich viel zahlen wie die Stadtberner*innen auch. Und bei den Jungen: Es ist auch in den Vorvoten erwähnt worden, dass es irgendwie eine Zielgruppe sei oder so. Also ich glaube, für die GFL sind nicht unbedingt die 14- bis 18-Jährigen eine Zielgruppe. Aber es ist einfach ganz wichtig, dass man diesen jungen Menschen ein gutes Angebot bieten kann, so schnell wie möglich, damit sie eben nicht ein Mofa fahren, sondern ein Publibike und das möglichst günstig auch nutzen können und in dem neuen Mobilitätsmix bleiben und ihn auch mitprägen. Jetzt bin ich durch. Danke.

Präsidentin: Merci, Tanja. Jetzt habe ich das Mikrofon schon abgestellt. Willst du noch etwas sagen?

Tanja Miljanovic (GFL): Einfach, dass Gewisse es ablehnen.

Präsidentin: Danke, Tanja. Für die SP-JUSO-Fraktion Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Heute reden wir also über ein Projekt, das unsere Stadt ziemlich nachhaltig verändert hat, nämlich das Veloverleihsystem. Mit über eineinhalb Millionen Velo-Fahrten im letzten Jahr zeigt das nämlich ziemlich eindrücklich, wie gefragt flexible und umweltfreundliche Verkehrsmittel in unserer Stadt sind. Dieses Angebot ist sehr beliebt und wird immer beliebter und gehört somit bereits heute zu einem sehr wichtigen Teil unseres urbanen Mobilitätsangebots. Deshalb werden wir von der SP-JUSO-Fraktion diesem Geschäft zustimmen. Es gibt aber noch einige Punkte, die wir gerne ansprechen möchten, damit der Veloverleih in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch besser wird, und möchten den Gemeinderat bitten, dies anzugehen und mit dem Vertragspartner Publibike anzuschauen. Das ist als konstruktive Kritik zu verstehen. Zuerst einmal zur Zugänglichkeit: Wir begrüssen sehr, dass das System und auch das Abosystem weiterentwickelt werden, aber wir machen uns ein bisschen Sorge, dass es weiterhin für viele Menschen nicht ganz so einfach zugänglich

ist. Für diejenigen, die nicht so viel Geld haben, bleibt das Angebot auch mit dem Abo weiterhin doch teuer. Auch wenn es mit dem vorliegenden Geschäft günstiger wird, als es bisher war. Viele in unserer Fraktion stören sich ausserdem daran, dass mit dem Abo für Private das E-Bike weiterhin nicht kostenlos nutzbar ist. Es wäre gut gewesen, wenn die Stadt mit dem Anbieter Publibike da eine Lösung gefunden hätte, damit alle von diesem Angebot profitieren können. Zum Beispiel könnte man eben überlegen, dass die E-Bikes im Abo für die ersten 15 Minuten kostenlos genutzt werden können. Das würde das Angebot attraktiver und vor allem sozial gerechter machen. Wir bitten die Verantwortlichen, solche Vorschläge ernsthaft zu prüfen. Ein weiterer wichtiger Punkt, glaube ich, ist ein bisschen, dass die Verfügbarkeit der Velos nicht in allen Quartieren immer gegeben ist. Es ist uns sehr klar, dass es nicht ganz einfach ist, dafür zu sorgen, dass diese Velos immer gleichmässig verteilt sind. Trotzdem erwarten wir, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden, damit die Nutzerinnen und Nutzer auch in den Quartieren ein verlässliches Angebot vorfinden. Viele in unserer Fraktion wünschen sich ausserdem, dass noch mehr Gruppen von Vergünstigungen profitieren könnten. Wir denken dabei an Leute mit einer Kulturlegi, an Jugendliche, an Asylbewerbende, und wünschen uns, dass die Verwaltung auch das prüft, um eine Lösung vielleicht in Form einer Vorlage an den Stadtrat oder vielleicht gemeinsam mit dem Anbieter zu finden. Es könnte zum Beispiel auch so aussehen, dass das Veloverleihsystem mittel- bis langfristig ins Libero-Tarifsystem integriert wird. Das wird sicher nicht in den nächsten Jahren möglich sein. Jetzt zu unserer Haltung zu den Anträgen: Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Veloverleihsystems und wollen das vorliegende Konzept und den Leistungsvertrag nicht gefährden. Deshalb werden wir diesen JA!-JUSO-GB-Anträgen grossmehrheitlich zustimmen, die als Prüfaufträge formuliert sind. Jene, die schlimmstenfalls zu einer neuen Ausschreibung führen könnten, lehnen wir deshalb grossmehrheitlich ab. Bei Traktandum 2 dem regionalen Verleihsystem ab 2026 sagen wir deshalb ja zu den Anträgen der PVS, wobei auch einige in unserer Fraktion Antrag 2 ablehnen werden, weil sie finden, es sei nicht die Rolle des Parlaments oder der Kommission zu mikromanagen, wo genau Veloverleihplätze stehen sollen. Zu den JUSO-Anträgen: Die Mehrheit unserer Fraktion möchte nicht das Risiko eingehen, dass das Projekt neu ausgeschrieben werden muss wegen geänderten Rahmenbedingungen. Deshalb unterstützen wir nur jene Anträge mehrheitlich, die eine Prüfung verlangen, und lehnen mehrheitlich die Anträge der JUSO und teilweise des Grünen Bündnisses ab, die konkrete Schritte fordern. Antrag 5 in der Version der Tischvorlage werden wir aber vermutlich grossmehrheitlich annehmen.

Zum Schluss noch ein paar Punkte zum nächsten Traktandum, in dem es um die städtischen Angestellten geht. Das bewährte Angebot fördert bei den Stadtangestellten die nachhaltige Mobilität und zeigt eben vor allem auch, dass die Stadt mit einem guten Beispiel vorangeht, und kann so auch weitere Arbeitgebende in der Stadt und der Region dazu bringen, bei diesem Projekt mitzumachen. Hier unterstützen wir die Anträge 2 und 4, während wir die anderen ablehnen. Diese unterstützen wir mehrheitlich, muss ich sagen. Wir möchten wie gesagt verhindern, dass die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass das ganze Projekt neu ausgeschrieben werden muss. Allerdings finden wir es richtig, dass die Ausweitung der Nutzendengruppen, die von einer Vergünstigung profitieren können, ausgebaut wird. Die Stadtverwaltung soll das prüfen, und bestenfalls mit einem Preisschild versehen und einen Vorschlag machen.

Von meiner Seite vielleicht noch ein formeller Punkt. Wir stimmen jetzt über einen ausgehandelten Leistungsvertrag ab, im Prinzip. Und die Mehrheit unserer Fraktion wird sich deshalb so verhalten, dass wir das nicht gefährden. Das Projekt ist nämlich gut und eine sehr sinnvolle Erweiterung. Wir sehen, dass es formell schwierig ist, einige

der Anträge zu diesem Zeitpunkt einzubringen. Allerdings wurden diese Forderungen auch schon früher eingebracht, zum Beispiel mit einem Postulat, das hier nicht wirklich eingeflossen ist. Deshalb habe ich schon ein gewisses Verständnis dafür, dass diese Forderungen zu diesem Zeitpunkt noch einmal als Antrag in den Stadtrat eingebracht werden. Ich finde es auch richtig, dass die Stadt Verbesserungen prüft, damit das Veloverleihsystem wirklich für alle Bewohnenden nutzbar ist und nicht nur für jene, die über ihren Job bei ihren Arbeitgebern von einem Abo profitieren, das ihnen die Benutzung sehr günstig oder sogar gratis macht.
Weil ich noch ein bisschen Zeit habe, frage ich mich dann vielleicht noch ganz schnell, ob ich der bessere Velofahrer als der Tom Berger bin, denn ich habe ehrlich gesagt nicht so viele Probleme mit den mechanischen Velos. Insbesondere geht die Schaltung viel weiter runter als bei meinem eigenen Rennvelo. Aber vielleicht müssen wir das einmal bei einem Wettrennen herausfinden. Vielen Dank.

Präsidentin: Danke, Dominik. Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Velofahren ist immer ein wichtiger Teil der Menschheit gewesen. Ich bin in einem Bauerndorf aufgewachsen mit 150 Einwohnern. Ich fuhr schon mit 7-jährig von Mötschwil nach Hindelbank zur Schule. Das waren rund dreieinhalb Kilometer. Ich hatte Freude an meinem eigenen Velo. Ich hatte Freude, dass ich mein eigenes Velo hatte. Ich habe mein eigenes Velo geputzt, gepflegt und auch geflickt. Wir von der SVP sind nicht gegen ein Veloverleihsystem. Es braucht es in der Stadt Bern. Es braucht es für den Tourismus. Es braucht es manchmal für eine Überbrückung und es ist gut, dass wir ein Veloverleihsystem haben. Aber wenn man jetzt schaut, wie viel mehr man jetzt da wieder für die Velos ausgeben will, das heisst, 57 Stationen mehr. Nachher kostet es rund 3 Mio. Franken mehr. ihr wisst, dass die Stadt Bern in einer schlechten finanziellen Lage ist. Uns wäre lieber, wenn wir das Veloverleihsystem, das wir jetzt haben, gut pflegen würden, statt noch mehr ausbauen. Dass wir als Stadtrat oder die, die bei der Stadt arbeiten, einen Vorteil haben gegenüber der Bevölkerung, indem sie eben gratis diese Velos brauchen können, ist ja gut gemeint, aber es kostet 1,5 Mio. Franken. Und ich fühle mich als Stadtrat nicht besser. Ich möchte dieses Privileg nicht, weil die Stadt in einem schlechten finanziellen Zustand ist. Es kann nicht sein, dass wir davon profitieren. Die Stadtverwaltung, alle, die angestellt sind, profitieren und die anderen sollen zahlen. Deshalb lehnen wir das ab. Es wurden auch andere Anträge gestellt, die besagen, dass auch andere gratis velofahren können. Das lehnen wir auch ab. Wir lehnen also alle Anträge ab. Bei einem Antrag waren wir in der Diskussion ein bisschen derselben Meinung. Das sind die mechanisierten Velos. Es ist so, dass einfach die Batterien nicht umweltfreundlich sind und ich selber bin noch nie ein Velo gefahren mit einer Batterie. Ich habe es gerne mit Menschenkraft und ökologisch. Das ist das richtige Velo. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Wir wollen gerne auch noch als JUSO stellungnehmen zu diesen 2 Geschäften, da wir hier ein bisschen einen anderen Standpunkt haben als unsere Fraktion. Unsere Anträge hat Nora vorhin schon umfassend begründet. Ich werde deshalb nicht mehr genau auf die einzelnen eingehen. Auch wir finden es sehr wichtig und wertvoll, dass es ein Veloverleihsystem gibt in der Stadt Bern. Das fördert die Nutzung des Velos und leistet auch einen Beitrag für einen nachhaltigeren Verkehr und eine nachhaltigere Stadt. Wirklich nachhaltig kann es aber nur sein, wenn

das System sozial gerecht ausgestaltet ist. Und das ist es aktuell nicht und es wird auch in Zukunft nicht gerechter werden, wenn die Umsetzung so wird, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Die Kriterien für das Tarifsystem, das der Gemeinderat in der Ausschreibung gemacht hat, sind dazu nämlich völlig unzulänglich. Die Deckelung der Veloverleihtarife soll sich an den ÖV-Preisen orientieren, an diesen ÖV-Preisen, die immer teurer werden, und an diesen ÖV-Preisen, die schon heute Menschen von der Nutzung ausschliessen, weil sie schlicht und einfach zu teuer sind. Wenn man hier also die Vision verfolgt, beides gleich teuer und unzugänglich zu gestalten, ist das zwar irgendwo auch ausgeglichen. Ein gerechter Ansatz ist das aber sicher nicht. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass es auch in der neuen Veloverleihausgabe ab 2026 keine verbilligten Tarife geben soll, kein Jugendrabatt, keine Rabatte für Menschen mit einer Kulturlegi, keine Rabatte für asylsuchende Personen in der Stadt Bern. Damit aber möglichst alle Menschen am Veloverleihsystem teilnehmen können, und eine nachhaltige Mobilität in der ganzen Bevölkerungsbreite gefördert wird, bräuchte es das aber unbedingt. Die Eckwerte der Ausschreibung liegen hier nämlich sogar unter dem Libero-Standard. Bei den ÖV-Tarifen gibt es nämlich immerhin sogar einen Jugendrabatt. Dass es ein günstigeres Abo geben soll, finden wir hingegen grundsätzlich begrüssenswert. Was wir aber weniger gelungen finden, ist, dass es beim B-Fit Lokaltarif-Abo nur für die mechanischen Velos in den ersten 30 Minuten keine zusätzlichen Gebühren geben soll. Die Nutzung eines E-Bikes kostet immer noch zusätzlich, auch wenn man es nur 5 Minuten braucht. Wir finden, dass hier zumindest die ersten 15 Minuten für Abobesitzende keine zusätzlichen Nutzungskosten bedeuten sollten, dass auch die Aufteilung zwischen E-Bikes und mechanischen Velos ein weiteres Gerechtigkeitsproblem darstellt. Mechanische Velos sind billiger in der Nutzung, aber erstens soll ihr Bestand gegenüber den E-Bikes verringert werden. Und zweitens: Spätestens, sobald es den Berg hinaufgeht, was in Bern ab und zu vorkommen kann, ist Gehen definitiv angenehmer und schneller dann vielleicht auch gerade noch, denn nutzer*innenfreundlich ist das Fahrerlebnis mit den mechanischen Velos definitiv nicht. Also zusammengefasst: Im neuen Veloverleihsystem gibt es absolut keine tariflichen Massnahmen, die sozial ausgleichend wirken und die Zugänglichkeit erhöhen. Und wer sich die teuren E-Bikes nicht leisten kann, muss dann halt schauen, ob es noch eines der mechanischen Velos hat. Schliesslich sollen diese laut Planung in Zukunft nur noch knapp ein Drittel der Velo-Flotte ausmachen. Wir finden, ein gerechteres Veloverleihsystem wäre möglich, und haben deshalb zusammen mit der JA! und auch dem GB Anträge eingereicht. Da anscheinend die Angst besteht, dass die Annahme dieser Anträge eine Neuausschreibung beziehungsweise eine Verzögerung des Projekts zur Folge hätte, liegt ein Teil davon auch als Prüfanträge vor. Wir bitten euch aber trotzdem, allen, insbesondere auch den Umsetzungsanträgen, zuzustimmen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir in diesem Rat fordern, dass Publibike zugänglicher und günstiger werden soll. Es sollte also eigentlich nicht so überraschend sein, dass diese Anträge kommen, wenn dieser Aspekt im Ausschreibungsprozess so wenig Beachtung gefunden hat. Ein niederschwelligeres Veloverleihsystem soll nicht nur geprüft werden, sondern die Tatsache sein. Wir haben lieber ein gerechtes System morgen als einen schicken E-Bike-Spass für Yuppies. Und diese Ansicht sollten aus unserer Sicht insbesondere auch jene teilen, die sich "sozial" dick auf die Parteifahne geschrieben haben. Also, in dem Sinn, merci vielmals, dass ihr unsere Anträge unterstützt.

Präsidentin: Merci, Paula. Jetzt hat das Wort Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich danke der Referentin für das gute und umfassende Vorstellen des Geschäfts. Das Veloverleihsystem ist beliebt und wird rege genutzt. Die Zahl der Nutzenden nimmt laufend und deutlich zu. Es ist eine Erfolgsgeschichte. Das VVS leistet mit seinem niederschwelligen Angebot einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Veloverkehrs und damit natürlich auch zu einer zukunftsorientierten klimaschonenden und nachhaltigen Mobilität in Bern und in der Region und ist zudem eine ideale Ergänzung zum privaten und öffentlichen Verkehr. Es ist ein Puzzleteil zu den modernen Mobilitätsformen, nämlich die vernetzte und kombinierte Mobilität. Eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität des VVS ist die Zugänglichkeit, sprich ein möglichst grosses und flächendeckendes Netz von Ausleihstationen. Noch zu den Kosten für die Realisierung und den Betrieb: Zum Nulltarif – das hat man auch in anderen Städten und Gemeinden gesehen – gibt es das nicht mehr. Für ein qualitativ gutes VVS mit Service public-Charakter sind Betriebsbeiträge der Stadt einfach unabdingbar. Der Gemeinderat rechnet mit jährlichen Beiträgen von 550’000 Franken. Insgesamt beantragt der Gemeinderat für die Umsetzung von "Velo Region Bern" während 8 Jahren 2 Verpflichtungskredite, also für die Einführung und für die wiederkehrenden Kosten von insgesamt etwa 7,62 Mio. Franken. Wir bitten euch, diesen Krediten zuzustimmen und auch der Abstimmungsbotschaft mit noch einer Änderung, auf die ich bei den Anträgen kurz noch einmal eingehe. Einige Partnergemeinden, wie zum Beispiel Köniz, haben die erforderlichen Realisierungskredite in ihren Gemeinden bereits eingeholt. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist sehr erfreulich. Die regionale Verankerung stärkt das Veloverleihsystem und erhöht seine Attraktivität im Freizeit- und Pendlerverkehr.
Dann noch ein paar Worte zur Mitarbeitendenmobilität. Das Veloverleihsystem ist ein zentraler Pfeiler der Mobilitäts-Policy des Gemeinderates. Die Stadtverwaltung soll möglichst kostengünstig, ökologisch und nachhaltig unterwegs sein und damit auch eine Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen. Der Gemeinderat hat sich entschieden, die Option Mitarbeitendenmobilität einzulösen, und zwar die Variante Pauschalangebot mit 30 Minuten kostenloser Fahrt; das aus folgenden Gründen: Seit der Einführung des Angebots 2018 nimmt die Anzahl der Nutzenden stetig zu, sie muss aber noch verbessert werden. Massnahmen sind geplant. Und mit dieser Pauschallösung hat die Stadt auch wenig administrativen Aufwand, auch etwas Wichtiges. Die Nutzungszahlen zeigen, dass die Ausleihdauer für die meisten Fahrten 30 Minuten nicht überschreitet. Wie schon gesagt, sind weitere Anstrengungen erforderlich, damit wir noch mehr Mitarbeitende auf das Velo bringen und sich das Pauschalangebot auch längerfristig rechtfertigen lässt. Darum kommen wir hier mit einem Kredit nur für 4 Jahre. Der Gemeinderat bittet euch auch, dem Kredit für die Mitarbeitendenmobilität zuzustimmen. Dann zu den Anträgen der PVS. Es ist sinnvoll, Unternehmen gezielt für das Verleihsystem zu gewinnen. Das machen wir schon, aber das können wir sicher noch verstärkt machen. Der Gemeinderat empfiehlt euch deshalb auch, diesem Antrag zuzustimmen. Die Einführung einer neuen Veloverleihstation bei der Kreuzung Hubelmattstrasse können wir sicher prüfen. Dann eben noch zu diesem Antrag zur Abstimmungsbotschaft. Wir sind froh, wenn ihr dem so zustimmen könnt. Das VVS ist regional und soll deshalb auch so heissen. Also diese Anträge 1, 2 und 8 können wir gerne annehmen. Dann noch zu den Anträgen von JUSO, GB und JA!, die kurzfristig hereingekommen sind. Wir konnten sie deshalb in der Kommission auch nicht diskutieren oder Zahlen dazu liefern. Der Gemeinderat bittet euch wirklich, all diese Anträge abzulehnen. Auch der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein niederschwelliges und günstiges Angebot vorhanden sein muss. Das haben wir auch bei der Ausschreibung berücksichtigt, und zwar, dass eines der Jahresabos zwingend unter 100 Franken sein muss und bei dem eben dann auch die ersten 30 Minuten gratis sind.

Schwierig ist es aber, wenn ihr jetzt an den Eckwerten der Ausschreibung wieder herumzuschrauben anfangt. Am 21. September 2023 habt ihr für die Durchführung der Ausschreibung einem Projektierungskredit zugestimmt und damit auch den Eckwerten für die Ausschreibung. Diese Anträge hättet ihr damals stellen müssen. Wenn ihr diesen Anträgen jetzt zustimmt, dann ist das beschaffungsrechtlich wirklich sehr schwierig bis unmöglich. Es besteht das Risiko, dass wir erneut ausschreiben müssen, was grosse Verzögerungen mit sich bringen würde und auch für das regionale Verleihsystem eine grosse Herausforderung wäre und von den anderen Gemeinden wahrscheinlich auch nicht verstanden werden würde. Ein nahtloser Übergang vom alten auf das neue VVS können wir wirklich so nicht garantieren. Die Umsetzung dieser Anträge hätte auch Mehrkosten zur Folge, die nicht im Kredit enthalten sind. Dann noch ein paar Worte zu der Mitarbeitendenmobilität. Natürlich könnt ihr fordern, dass es eine Erweiterung auf andere Personengruppen gibt. Die Frage ist, was wir da für ein Preisschild dran haben. Klar ist, dass die Stadt die Kosten übernehmen muss und nicht Publibike. Die Forderungen sind nicht Teil der Ausschreibung gewesen. Das heisst konkret, die Stadt müsste für die Personengruppen Abos kaufen. Wollt ihr dem jetzt ernsthaft zustimmen, ohne zu wissen, was die finanziellen Auswirkungen sind? Und dazu wäre dann auch noch zu klären, wie und wer das kontrolliert und herausgibt. Da würde auch noch ein Aufwand entstehen. Und selbst wenn man es nur prüfen würde, eines ist klar: Hintenraus würde das enorm viel Geld kosten.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Wir starten mit Traktandum 2 und fangen mit den Anträgen an. Wir sind bei Antrag Nummer 1 PVS über die Möglichkeit, die Unternehmen aufmerksam zu machen.

Antrag
1 PVS
Die Fachstelle Mobilitätsberatung des Amtes für Umweltschutz wird in Kooperation mit dem Wirtschaftsamt der Stadt Bern beauftragt, Unternehmen aktiv auf die Möglichkeit zur Nutzung von Unternehmensabonnements im Rahmen des Veloverleihsystems aufmerksam zu machen.

Abstimmung Nr. 005

2014.TVS.000217: Antrag 1

Annahme

Ja	63
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag 2, der neue Ausleihstandort.

Antrag
2 PVS
Die Einführung eines neuen Ausleihstandorts «Velo Region Bern» bei der Kreuzung Hubelmattstrasse / Weissensteinstrasse (oder an einem anderen geeigneten Standort im Perimeter Munzingerschulhaus) ist zu prüfen.

Abstimmung Nr. 006

2014.TVS.000217: Antrag 2	
Annahme	
Ja	53
Nein	12
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Nun der Antrag 3 JA!, JUSO, dass die ersten 15 Minuten gratis sind.

Antrag
3 JA/JUSO
Im Jahresabo B-Fit Bärn sind auch die ersten 15 Minuten einer E-Bike-Fahrt gratis.

Abstimmung Nr. 007

2014.TVS.000217: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	48
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag 4 der JUSO, der Prüfantrag für die ersten 15 Minuten gratis.

Antrag
4 JUSO/JA
Der Gemeinderat (Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün) soll im Hinblick auf die Einführung des Veloverleihsystems 2026+ prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben (keine Neuausschreibung) im Jahresabo B-Fit Bärn auch die ersten 15 Minuten einer E-Bike-Fahrt gratis angeboten werden können.

Abstimmung Nr. 008

2014.TVS.000217: Antrag 4	
Ablehnung	
Ja	33
Nein	37
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag 5. Das ist die Tischvorlage. Das ist jetzt ein Prüfantrag wegen der Fahrtauglichkeit der mechanischen Velos.

Antrag
5 JA/GB/JUSO
Bei Neuanschaffungen von Velos ist gemeinsam mit PubliBike zu prüfen, wie die mechanischen Velos so umgestaltet werden können, dass sie fahrtauglicher sind.

Abstimmung Nr. 009

2014.TVS.000217: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	29
Nein	38
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag 6 JA!, GB, JUSO, dass 50% der Velo-Flotte mechanische Fahrräder sein sollen.

Antrag
6 JA/GB/JUSO
50% der Veloflotte sind mechanische Fahrräder.

Abstimmung Nr. 010

2014.TVS.000217: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	41
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag 7 JA!, JUSO, GB, dass es nicht zulasten bestehender Veloabstellplätze sein soll.

Antrag
7 JA/JUSO/GB
Ausleihstationen dürfen nicht zulasten von bestehenden Veloabstellplätzen erstellt werden.

Abstimmung Nr. 011

2014.TVS.000217: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	31
Nein	38
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag 8 PVS, bei dem es um die Bezeichnung in der Abstimmungsbotschaft geht.

Antrag
8 PVS
Abstimmungsbotschaft: In der gesamten Abstimmungsbotschaft wird die Bezeichnung des Veloverleihsystems «VVS 2026+» in «Velo Region Bern» geändert.

Abstimmung Nr. 012

2014.TVS.000217: Antrag 8

Annahme	
Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Dann stimmen wir ab über die Abstimmungsvorlage zu Traktandum 2.

Abstimmung Nr. 013

2014.TVS.000217: Vorlage

Annahme	
Ja	62
Nein	6
Enthalten	1

Präsidentin: Die Vorlage ist angenommen. Wir stimmen über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 014

2014.TVS.000217: Abstimmungsbotschaft

Annahme	
Ja	68
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft ist angenommen.

2014.TVS.000217

3 Nutzung des Veloverleihsystems VVS 2026+ durch Stadtmitarbeitende, Lehrpersonen der städtischen Schulen sowie Stadtratsmitglieder; Verpflichtungskredit

Die Traktanden 2 und 3 werden gemeinsam beraten. Siehe Traktandum 2.

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 3. Wir gehen wieder in die Antragsliste und stimmen zuerst ab über Antrag Nummer 1 JA!, GB, JUSO, in dem es um Menschen in Asylzentren geht.

Antrag
1 JA/GB/JUSO
Für Menschen in Asylzentren auf städtischem Boden gelten die Tarife wie für städtische Mitarbeitende

Abstimmung Nr. 015

2014.TVS.000217: Antrag 1

Ablehnung	
Ja	22
Nein	42
Enthalten	3

Präsidentin: Abgelehnt. Wir sind bei Antrag 2 JA!, JUSO, bei dem es um den Prüfantrag geht für Menschen in Asylzentren.

Antrag
2 JA/JUSO
Der Gemeinderat (Direktion für Bildung, Soziales und Sport) soll im Hinblick auf die Einführung des Veloverleihsystems 2026+ prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben (keine Neuausschreibung) für Menschen in Asylzentren auf städtischem Boden ein vergünstigter Zugang zum Veloverleihsystem ermöglicht werden kann.

Abstimmung Nr. 016

2014.TVS.000217: Antrag 2	
Annahme	
Ja	39
Nein	24
Enthalten	4

Präsidentin: Angenommen. Antrag 3 JA!, GB, JUSO betreffend Menschen mit Kulturlegis.

Antrag
3 JA/GB/JUSO
Für Menschen mit Kulturlegis gelten die gleichen Tarife wie für städtische Mitarbeitende.

Abstimmung Nr. 017

2014.TVS.000217: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	44
Enthalten	0

Präsidentin: Abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag 4 JA!, JUSO, der Prüfantrag für Menschen mit einer Kulturlegi.

Antrag
4 JA/JUSO

Der Gemeinderat (Präsidialdirektion) soll im Hinblick auf die Einführung des Veloverleihsystems 2026+ prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben (keine Neuausschreibung) für Menschen mit Kulturlegi ein vergünstigter Zugang zum Veloverleihsystem ermöglicht werden kann.

Abstimmung Nr. 018

2014.TVS.000217: Antrag 4	
Annahme	
Ja	38
Nein	26
Enthalten	2

Präsidentin: Angenommen. Wir sind bei Antrag 5 JA!, GB, JUSO, bei dem es um das Personal der Leistungsvertragspartner*innen geht.

Antrag
5 JA/GB/JUSO
Für das Personal der Leistungsvertragspartner*innen gelten die gleichen Tarife wie für städtische Mitarbeitende.

Abstimmung Nr. 019

2014.TVS.000217: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	44
Enthalten	2

Präsidentin: Abgelehnt. Wir sind bei Antrag 6 JA!, GB, ein Prüfantrag betreffend das Personal der Leistungsvertragspartner*innen.

Antrag
6 JA/GB
Der Gemeinderat soll im Hinblick auf die Einführung des Veloverleihsystems 2026+ prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben (keine Neuausschreibung) für das Personal der Leistungsvertragspartner*innen ein vergünstigter Zugang zum Veloverleihsystem oder die gleichen Tarife wie für städtische Mitarbeitende ermöglicht werden können.

Abstimmung Nr. 020

2014.TVS.000217: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	42
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag 7 JA!, GB, JUSO betreffend Jugendliche zwischen 14 und 18.

Antrag
7 JA/GB/JUSO
Für Jugendliche zwischen 14-18 Jahre alt gelten die gleichen Tarife wie für städtische Mitarbeitende.

Abstimmung Nr. 021

2014.TVS.000217: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	23
Nein	46
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag 8 JA!, JUSO, dem Prüfantrag zu Jugendlichen zwischen 14 und 18.

Antrag
8 JA/JUSO
Der Gemeinderat (Direktion für Bildung, Soziales und Sport) soll im Hinblick auf die Einführung des Veloverleihsystems 2026+ prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben (keine Neuausschreibung) für Jugendliche zwischen 14-18 Jahre ein vergünstigter Zugang zum Veloverleihsystem ermöglicht werden kann.

Abstimmung Nr. 022

2014.TVS.000217: Antrag 8	
Annahme	
Ja	40
Nein	26
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Jetzt stimmen wir noch über den Verpflichtungskredit ab.

Abstimmung Nr. 023

2014.TVS.000217: Verpflichtungskredit	
Annahme	
Ja	43
Nein	22
Enthalten	4

Präsidentin: Dieser ist angenommen.

2022.PRD.000035

4 Erweiterung des Kindergartenstandorts Schlossmatt; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 4, Erweiterung des Kindergartens Standort Schlossmatt: Es geht um die Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die PVS: Ich freue mich, euch aus Sicht der Kommission ein gelungenes Projekt vorstellen zu dürfen, nämlich den Kindergarten Standort Schlossmatt. Es geht hier um ein Projekt für mehr Schulraum, das ziemlich zukunftsweisend umgesetzt wird, indem man sehr viele Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu der Ausgangslage: Der Doppelkindergarten Schlossmatt wurde Anfang der fünfziger Jahre erbaut und ist dringend sanierungsbedürftig. Gleichzeitig gibt es –
Die Präsidentin bittet um Ruhe im Saal.
Gleichzeitig gibt es einen grossen zusätzlichen Schulraumbedarf, insbesondere im Stadtteil Holligen, wo ziemlich viele Neubauprojekte, wie Warmbächli oder Hubergasse, entstanden sind. Das Ziel ist, insgesamt 23 Klassen im Steigerhubel und 4 am Standort Schlossmatt zu haben, so dass eben der Schulraumknappheit in diesem Quartier etwas entgegengesetzt werden kann. Um das zu erreichen, muss jetzt eben der Kindergarten Standort Schlossmatt erweitert werden. Im Vorprojekt war in dem ganzen Projekt nur von 3 Schulzimmern die Rede. Mittlerweile beinhaltet es aus diesem Grund eben sogar einen vierten. Zum konkreten Projekt: Im neuen Gebäude sollen also 4 Basisstufenklassen untergebracht werden und es wird als zweistöckiger Holzbau mit Veranda konzipiert. Insbesondere bietet das Projekt auch einen Mehrzweckraum mit Regenerationsküche für die Tagesbetreuung, der dann eben auch an den schulfreien Zeiten durch das Quartier genutzt werden könnte, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und ein nachhaltiger Aussenraum, auf dem fast alle bestehenden Bäume erhalten werden können, eine Öffnung des Areals hin zum Park, was eine kleine Verlegung des bestehenden Spielplatzes mit sich bringt. Hier muss zwar ein kleiner Teil des öffentlichen Parks weichen, aber der Verlust ist begrenzt und verschmerzbar. Besonders möchte ich die Nachhaltigkeit dieses Projekts vorstellen. Es umfasst Energieeffizienz, das Re-Use-Prinzip, also das Weiterübernehmen bestehender Strukturen wie Wänden, aber zum Beispiel auch Fenstereinfassungen, die Ressourcenschonung und auch die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes. Zu Re-Use ist hervorzuheben, dass das Ziel ist, 50 bis 75% der bestehenden Gebäudestruktur weiterzuverwenden und hier wird Re-Use ziemlich überzeugend umgesetzt. Zur Energieeffizienz ist eine kombinierte Lüftungs- und Wärmeanlage und eine Regenwassersammlung geplant, die auch zu einer Reduktion der laufenden Kosten führen soll. Der ganze Bau ist ab Juli 2025 bis im Sommer 2027 geplant. Das Projekt ist im Vergleich zum ursprünglichen Planungskredit ein bisschen teurer geworden, insbesondere weil eben ein Schulzimmer mehr dazukommt. Man könnte aber, glaube ich, aus Sicht der Kommission sagen, dass hier bei diesem Projekt auch der eine oder andere Kompromiss eingegangen wurde, um eben all die Ziele, die man hier hat, bei denen es um Schulraum geht, um die Verwendung geht, um die Aussenraumgestaltung geht, erfüllen zu können. Am Ende hat die PVS dem Projekt einstimmig zugestimmt, und ich möchte euch bitten, dass ihr das auch tut. Zu den eingegangenen Anträgen kann ich in dieser Rolle nur sagen, dass wir diese leider nicht in der PVS besprechen konnten, weil sie zu spät gestellt wurden.

Ich komme noch zum Fraktionsvotum. Die SP-JUSO-Fraktion wird diesem Projekt zustimmen. Wir freuen uns insbesondere, dass Nachhaltigkeitsaspekte, die unserer Ansicht noch sehr wichtig sind, erfolgreich umgesetzt werden können. Ich habe mir erlaubt, vor der Besprechung mit unserer Fraktion auch noch mit unseren Leuten im Quartier, also den SP-Vertretungen in der Quartierkommission und der Schulkommission, nach ihrer Meinung zu fragen. Auch sie sind überzeugt von diesem Projekt. Und weil wir in Holligen ziemlich nahe an den Quartierbewohnenden sind, können wir, glaube ich, zu Recht davon ausgehen, dass das Projekt auch wirklich den Rückhalt im Quartier hat. Beide haben zudem auch den gut funktionierenden Einbezug und die Partizipation des Quartiers in dieser Planung gewürdigt. Zu den Anträgen: Ziel unserer Fraktion ist, dass der Baustart wie geplant im Sommer 2025 bleiben kann. Leider sind wir nicht davon überzeugt, dass der Antrag des GB in dieser Zeit umsetzbar ist. Aus diesem Grund werden wir ihn ablehnen, auch wenn wir das Anliegen sehr sympathisch finden. Auch die Anträge der FDP finden wir sehr sympathisch und fragen uns auch hier, ob sie zeitlich noch umsetzbar sind. Über all diese 3 Anträge hätten wir uns insgesamt gefreut, wenn sie bereits früher eingegangen wären, damit man sich vertieft Gedanken darüber hätte machen und sie vertieft hätte prüfen können. Wenn aber die Anträge der FDP als Prüfantrag formuliert werden, werden wir ihnen zustimmen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Dominik. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die GB/JA!-Fraktion Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst die Erweiterung des Kindergartens Schlossmatt. Aufgrund der Entwicklung in der näheren Umgebung insbesondere an der Mutachstrasse und auf dem Warmbächli-Areal wird im Gebiet Steigerhubel/Schlossmatt in den nächsten Jahren die Schüler*innenzahl stark zunehmen. Konkret bedeutet das, dass der Kindergarten Standort Schlossmatt von 2 auf insgesamt 4 Basisstufen vergrössert wird. So weit, so klar. Wir haben also einen Bedarf, dem wir mit der Erweiterung des Schulraums Rechnung getragen haben. Mit dem Sieger*innenprojekt Mary Poppins wird durch die Aufstockung des bestehenden Doppelkindergartens um ein Geschoss und je einen Anbau im Osten und Westen inklusive Veranda ein Gebäude gebaut für 4 Klassen mit den höchsten Ansprüchen an nachhaltiges Bauen. Die bestehende Gebäudeinfrastruktur wird nämlich weitestgehend weiterverwendet, energetisch saniert und in Holzbauweise erweitert und aufgestockt. Auf die Quartier-, Kinder- und Jugendlichenpartizipation wurde grosser Wert gelegt. Auf den Erhalt der Biodiversität wurde grosser Wert gelegt und die fast schon obligatorische PV-Anlage wird es ebenfalls zu realisieren geben. Zusammenfassend. Es ist ein sehr vorbildliches Projekt, und somit auch ein Lob an die Verwaltung und an die Projektmitarbeiter*innen. Ihr habt aber trotzdem einen Antrag von uns erhalten, den wir nach dem neusten Wissensstand aus der Verwaltung wieder zurückziehen. Die GB/JA!-Fraktion ist grundsätzlich auch der Ansicht, dass man das Projekt nicht unnötig aufblasen sollte, wenn der Bedarf nach mehr Klassen noch nicht da ist, dass man aber die nötigen Abklärungen von Anfang an machen müsste, um in Zukunft einfacher aufstocken zu können. Dieser Ansicht sind wir aber. Aus dem Vortrag war nicht ersichtlich, ob man dies vollumfänglich tun will, ob das vollumfänglich passiert ist. Jetzt wissen wir aber in der Zwischenzeit, dass das statische Gutachten für die aktuelle Aufstockung gemacht worden ist und die Erkenntnisse zeigen, dass die Aufstockung um ein weiteres Stockwerk fast bedeuten würde, dass es ein neues Projekt bräuchte. Es ist äusserst schade, dass wir die Chance verpasst haben, das Projekt dementsprechend anzupassen. Wir sind der Meinung, dass in der zukünftigen Schulraumplanung eine nachträgliche Aufstockung immer schon von

Anfang an in den Blick genommen werden müsste und entsprechend die Anpassungen im Fundament vorgenommen werden sollten. Nichtsdestotrotz wird die GB/JA!-Fraktion dem Baukredit und der Abstimmungsbotschaft sehr gerne zustimmen, und sie möchte auch das Projekt nicht verzögern. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Jelena. Für die FDP/JF-Fraktion, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP/Jungfreisinn stimmen diesem Geschäft zu. Für unsere Partei und auch für unsere Fraktion ist die Investition in die Bildung sehr wichtig. Und die Bildung beginnt schon beim Kindergarten. Wir finden deshalb das Projekt grundsätzlich gut. Wir sind aber der Meinung, dass 8,4 Mio. Franken für 4 Kindergärten sehr viel Geld ist. Das sind mehr als 2 Mio. pro Kindergarten, und das auch noch, ohne dass ein Teil des Landpreises eingerechnet wird. Wenn man berücksichtigt, dass das Bauprojekt auf der Basis der Suffizienz gebaut wird, nach dem die Bedürfnisse und Anforderungen auf das Wesentliche und Nötigste reduziert geplant werden, dann fragt man sich schon, wo das Geld überall hingeht. Das hat schon mit dem Projektierungskredit angefangen: 1,3 Mio. für die Planung von 4 Kindergärten. Das ist Luxus. Wir sind darum froh, dass die Stadt nicht selbst günstigen Wohnraum baut. Wenn eine Fünfzimmerwohnung, die von den Quadratmetern her etwa mit einem Kindergarten verglichen werden kann, mehr als 2 Mio. kostet, dann würde die Stadt Bern für Superreiche Wohnungen bereitstellen. Noch einmal: Wir finden die Kosten sehr hoch, stimmen aber trotzdem zu. Die Erweiterung des Kindergartens ist unter der Prämisse der Nachhaltigkeit geplant worden. Wie wir alle wissen, baut die Nachhaltigkeit auf drei Säulen auf: sozial, ökologisch und ökonomisch. In diesem Zusammenhang wäre interessant zu wissen, wie viel die ökologische Nachhaltigkeit bei diesem Erweiterungsbau kostet, also, wie viel er mehr kostet, als wenn man konventionell baut. Dann könnte man nämlich auch überprüfen, ob die finanzielle Nachhaltigkeit eingehalten wird, was auch ein Kriterium ist. Zu den Anträgen: Beim ersten geht es darum, dass alles Holz aus der Schweiz kommt. Das ist wichtig. Denn, wenn man ein Produkt aus dem Ausland importiert, wenn weltweit pro Jahr 40% mehr verbraucht wird, als nachwächst, dann ist es moderner Kolonialismus. Bei Antrag 2 geht es darum, proaktiv die Kreislaufwirtschaft des Holzes zu fördern. Aktuell ist der Recycling-Anteil von Holz, von allen Baustoffen mit Abstand am schlechtesten, auch, weil Holz chemisch behandelt worden ist. Deshalb möchte ich euch beliebt machen, die beiden Anträge anzunehmen, umso mehr, als wir sie in Prüfungsanträge umgewandelt haben. Wir haben das Gefühl, dass, wenn die Stadt Bern Nachhaltigkeit schreibt und nicht nachhaltige Produkte einsetzt, das Greenwashing ist, was wir hier machen.

Präsidentin: Merci, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. – Dann hat Alec von Graffenried das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die Debatte. Es bewährt sich einfach, wenn man Leute als Referent*innen einsetzen kann, die drauskommen, am besten gerade nebendran wohnen und auf das Projekt schauen können und dieses dann auch richtig gut beurteilen können. Also herzlichen Dank für das Referat. Es ist ein spezielles Projekt, weil dieses Projekt eben genau auf den bestehenden Kindergarten eingepasst wird, weil der bestehende Kindergarten aufgestockt wird. Deshalb ist das natürlich ein bisschen anspruchsvoll, und das erklärt auch die Kosten: Weiterbauen, bestehende Substanzen integrieren, renovieren und aufstocken ist nicht einfach. Das ist immer ein bisschen anspruchsvoller und darum auch ein bisschen teurer, als wenn man einfach

out of the blue oder auf der grünen Wiese oder so neu anfangen könnte zu bauen. Es tut mir leid, das ist leider so, und die Kosten können sich dadurch erklären. Man hat ein Verfahren gewählt mit dieser Gesamtleistung, mit einem TU, einem Totalunternehmermodell, bei dem man geschaut hat, dass eben alle Kosten integriert werden können. Und man hat nachher tatsächlich auch den Preisvergleich gehabt zwischen verschiedenen Angeboten. Ihr wisst ja, dass es eben ein bisschen teuer, 200'000 Franken teurer ist als das günstigste Angebot. Aber die Angebote lagen alle auf ähnlicher Höhe und so ist es halt eben leider herausgekommen. Ich mache noch einige Bemerkungen zu den Anträgen, sobald ich sie finde. Der Antrag des Grünen Bündnisses wegen der Aufstockung wurde zurückgezogen. Die Idee ist gut. Wir wehren uns nicht dagegen, dass man Aufstockungen vorplant. Aber hier haben wir ja eben auf ein bestehendes Gebäude gebaut und es wird ja bereits aufgestockt. Das wäre dann doch ein bisschen kompliziert, wenn man nachher darunter noch zusätzlich Fundieren müsste, damit man später noch mehr aufstocken könnte. Das machen wir nicht. Es ist eine Aufstockung und deshalb wird eine künftige Aufstockung nicht auch noch vorgesehen. Aber der Antrag ist ja zurückgezogen. Danke. Jetzt habe ich nicht mitbekommen, dass die anderen Anträge Prüfanträge sind. Aber das habe ich jetzt gerade gehört. Schweizer Holz, das ist die Idee – absolut einverstanden. Wir sind einfach am uns Abarbeiten und am Üben, wie wir die Ausschreibungen machen können. Wir haben es sehr intensiv geprüft beim Weissenbühl-Schulhaus. Das haben wir euch auch gesagt. Wir haben geschaut, ob man das Holz direkt einkaufen kann. Wir haben alles probiert, damit wir tatsächlich mit Schweizer Holz arbeiten können. Es ist sehr schwierig. Hier haben wir jetzt eben das TU-Modell. Der TU ist schon bestimmt. Die Gesamtleistung ist bereits bestimmt. Ob das Holz schon geschlagen ist oder ob es schon verleimt ist, weiss ich nicht. Aber wir können das jetzt nachträglich nicht mehr ändern. Wir bemühen uns darum. Wir sind auch dort mit den Fachverbänden, mit den Holzbaufachverbänden im intensiven Austausch. Wir möchten das auch. Wir möchten auch nach Möglichkeit immer Schweizer Holz verwenden. Es ist ausschreibetechnisch sehr anspruchsvoll. Plus – hier wäre das jetzt nicht, da es ist nicht eine riesige Menge ist hier – bei einem grossen Schulhaus ist es vielfach nachher schwierig, dass man die genau richtige Menge, in der genau richtigen Qualität, richtig gesägt in der Schweiz beziehen kann. Aber wir probieren, dort besser zu werden. Es leuchtet uns ein. Man würde vielleicht besser von regionalem Holz reden statt von Schweizer Holz. Aber wir probieren es. Hier ist es nicht möglich, dass wir das umsetzen können. Deshalb lehnen wir diesen Antrag auch als Prüfantrag ab. Wir können das nicht mehr ändern. Zum behandelten Holz. Ihr habt die Renderings gesehen. Es ist eine gestrichene Fassade. Also das ist einfach gestrichenes Holz. Es wird einfach ein anderes Projekt, wenn man unbehandeltes Holz nehmen würde. Das Projekt ist so vorgesehen. Es gefällt allen. Ihr habt alle das Projekt gelobt. Es ist in schönes Projekt. Es ist eine gestrichene Fassade. Die Behandlung besteht in der Farbe, mit der es gestrichen ist. Eine weitere Behandlung gibt es nicht. Und die Farbe verwittert ja. Vor allem wollen wir das Haus vorerst stehenlassen und nicht schon abbrechen. Aber ich glaube, im Zeitpunkt X wird dann das Holz auch recycelbar sein. Zum Schulraum äussert sich jetzt Gemeinderätin Teuscher.

Präsidentin: Danke, Alec. Dann kommt noch Gemeinderätin. Franziska Teuscher. Kannst du dich bitte noch anmelden, Franziska? Merci.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich sage tatsächlich noch gerne etwas zum Schulraum, damit ihr auch wisst, was der Gemeinderat hier bauen will. Ihr habt es zum

Teil schon gewürdigt. Es ist so: In diesem Stadtteil haben wir eine sehr grosse Bautätigkeit, viele neue Schülerinnen und Schüler. Wir haben die bestehenden Bauten, die wir dort ausnutzen können – was ja immer unsere erste Priorität ist, bevor wir etwas Neues bauen müssen – schon ausgenutzt. Wir haben einen Modulbau im Steigerhubel. Wir haben 3 basisstufentaugliche Räume in der Überbauung in Holligen und jetzt soll eben noch der bestehende Doppelkindergarten erweitert werden. Für uns ist auch sehr wichtig: Es gibt Schulraum, aber es gibt auch den Aussenraum. Und hier muss man sagen, hat man eigentlich sehr viel herausholen können, denn der Aussenraum ist jetzt eigentlich auch schon schön, und wenn man ihn jetzt auch noch umgestaltet, kann dort das Quartier den auch noch besser nutzen. Sicher auch ein Vorteil ist bei dem Projekt, dass wir den Mehrzweckraum für die Tagesbetreuung nutzen können, denn wir wollen ja, dass auch die kleinen Kinder in die Tagesbetreuung gehen. Und so können sie dort in dem Kindergarten betreut werden, wo sie eben auch in die Schule gehen. Mit dem schönen Aussenraum und mit den Mehrzweckräumen können wir das auch gut erfüllen. Und auch das Quartier profitiert davon, weil wir Mehrzweckräume eigentlich jetzt überall dort, wo es möglich ist, auch für die Quartierbevölkerung öffnen. Und auch die Aufwertung des Parks kommt der Quartierbevölkerung zugute. Was mich besonders freut, ist, dass wir hier auch wieder ein Jugendsolarprojekt machen können. Wir haben jetzt schon mehrere gemacht in der Stadt Bern. Zum einen wird das von den Schülerinnen und Schülern mehrheitlich wirklich geschätzt, weil sie etwas Konkretes machen können, Photovoltaikelemente montieren. Und das ermöglicht auch, dass sie neue Jobs, neue Lehrberufe entdecken, indem sie wissen, dass die Solarbranche eine Branche ist, in der Fachkräftemangel herrscht. Und diese Berufe sind halt vielen Jugendlichen noch nicht so bekannt wie andere handwerkliche Berufe. Aber auch die kleinen Kinder kommen hier zum Zug, und das freut mich natürlich speziell. Gestern ist der Kinderrechtstag gewesen und wir haben eine Sondersession gehabt im Kinderparlament. Die Kinder wollen gerne mitgestalten und mitmachen. Und hier haben wir es auch machen können, dass im Garten dieser Basisstufe wirklich auch die Kinder der Basisstufe sich einbringen können und einen spielerischen Ort miterschaffen können, zusammen mit den Erwachsenen, mit den natürlichen Elementen. Und ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, wenn wir die Kinder- und Jugendmitwirkung und -mitsprache ernstnehmen. Es ist möglich. Man muss nur gute Ideen entwickeln, damit sie das auch können.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir starten in der Antragsliste. Antrag 1 GB/JA! ist zurückgezogen. Wir sind beim Antrag 2 FDP-Mitte. Dieser ist umgewandelt worden in einen Prüfantrag, ob das Holz aus der Schweiz kommen soll.

Antrag
2 FDP/Mitte
Es ist zu prüfen, ob alles Holz für den Bau des Kindergartens aus der Schweiz kommen kann, d.h. es muss in Schweizer Wälder gewachsen sein.

Abstimmung Nr. 024

2022.PRD.000035: Antrag 2

Annahme

Ja	65
Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 3 von der FDP, ebenfalls ein Prüfantrag, und zwar nicht chemisch behandeltes Holz.

Antrag
3 FDP
Es ist zu prüfen, ob kein chemisch behandeltes Holz für den Bau des Kindergartens benutzt wird.

Abstimmung Nr. 025

2022.PRD.000035: Antrag 3

Annahme

Ja	66
Nein	2
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen über die Abstimmungsvorlage ab.

Abstimmung Nr. 026

2022.PRD.000035: Vorlage

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Die ist angenommen. Wir stimmen ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 027

2022.PRD.000035: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft ist angenommen.

2023.SR.0240

5 Motion Tom Berger (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte II: Reduktion des Quorums und Verlängerung der Fristen für städtische Initiativen und Referenden

Präsidentin: Dann sind wir beim Traktandum Nummer 5. Wir sind jetzt in der reduzierten Debatte. Das heisst, dass jeweils die Einreichenden, die Fraktionen und der Ge-

meinderat 3 Minuten haben und die Einzelvotant*innen eine Minute. Wir sind bei Traktandum 5. Das heisst, es geht um die Stärkung der demokratischen Rechte. Ich erteile den Einreichenden das Wort: Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Einreichenden: Ich gebe es zu, ich habe schon besser formulierte Vorstösse eingereicht als den, den ihr jetzt vor euch habt. Das haben wir auch in Vorgesprächen mit den anderen Fraktionen so geklärt. Ich bitte euch aber trotzdem, dass ihr diesem Vorstoss als Motion zustimmt. Und ich erkläre euch auch kurz, warum. Eine Demokratie lebt vom aktiven Einbezug möglichst vieler Personengruppen, Themen und Meinungen. Das Initiativrecht war historisch gesehen ein Zugeständnis an die Arbeiterschaft, die zu dieser Zeit zu wenig beziehungsweise eigentlich gar nicht in die institutionalisierte Politik einbezogen wurde. Bei der Beurteilung, wie hoch die Hürde zur Ausübung der direktdemokratischen Rechte sein soll, sollte man also nicht darauf achten, ob es etablierten grossen Parteien oder sogar ganzen Regierungsbündnissen gelingt, für eine Initiative oder ein Referendum Unterschriften zu sammeln oder nicht, sondern man sollte sich überlegen, ob diese Hürden auch für kleinere Organisationen angemessen angesetzt sind. In seiner Antwort zieht der Gemeinderat lediglich die Zahlen anderer Berner Städte beziehungsweise von Städten aus dem Kanton Bern bei. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Regelungen in den 10 grössten Schweizer Städten herausgesucht. In der Stadt Bern braucht es für eine Initiative rund 5,82% der stimmberechtigten Personen. Das ist das siebthöchste Quorum, das wir von den Schweizer Städten haben. Zum Vergleich: In der Stadt Zürich sind es 1,3%, in Genf 1,89%, im Kanton Baselstadt sind es 2,89%. Und auch bei einem Referendum ist das Quorum in der Stadt Bern überdurchschnittlich hoch. Neben der Anzahl Unterschriften sind es aber auch die Fristen für die Sammelaktionen, die hinterfragt werden müssen. Wenn wir als Stadtrat in der letzten Sitzung vor den Sommerferien ein neues Reglement erlassen und die Sammelfrist für ein Referendum am ersten Montag der Sommerferien startet, sind 60 Tage einfach zu kurz. Ich würde es sehr begrüssen, wenn wir hier eine Regelung wie auf Ebene Bund anstreben würden, dass man für ein Referendum 90 Tage Zeit hat. Aber bevor ich mich jetzt zu stark in den Details verliere und vielleicht eine Zahl sage, die euch doch wieder dazu bewegt, der Motion nicht zuzustimmen – was passiert, wenn wir dem Ganzen heute als Motion zustimmen? Es ist nichts anderes als ein verbindlicher Auftrag an den Gemeinderat, dass er eine Vorlage ausarbeiten muss. Die Vorlage werden wir nachher inhaltlich prägen in der vorberatenden Kommission und vor allem hier im Parlament. Und ich gebe es hier und jetzt ganz deutlich zu Protokoll: Im Vorstoss ist auch erwähnt, dass wir das Quorum an die Bevölkerungszahl koppeln. Darauf können wir sehr gerne verzichten. Und wenn ich das heute Abend hier als Einreichender sage, wird kein Gemeinderat auf dieser Welt eine Vorlage mit einem Quorum erarbeiten. Sollten sie es trotzdem reinnehmen, unterstütze ich jeden Antrag, der die Kopplung wieder herausstreicht. Darum wagen wir mehr direkte Demokratie und senken die Hürde zur Ausübung dieser wichtigen Instrumente, reden wir über die Anzahl Unterschriften und über die Fristen und vergessen die Koppelung.

Präsidentin: Danke, Tom. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Ich gebe es zu: Die Formulierung der Motion hat bei uns einiges zu reden gegeben, und ich bin darum sehr froh, dass der Einreichende klargestellt hat, um was es ihm wirklich geht. Für uns als Fraktion ist nämlich klar, dass

die Hürden für Initiativen und Referenden zu senken, Sinn ergibt. Es können so politische Anliegen einfacher in die demokratischen Prozesse einfliessen. Kleinere Interessensgruppen können ihre Anliegen eher zu einer Abstimmung bringen. Das fördert die demokratische Debatte über diverse Themen und erweitert den Kreis der Gruppen, die sich in den demokratischen Prozess einbringen können. Das ist unser aller Interessen. Die GB/JA!-Fraktion befürwortet deshalb eine Senkung des Quorums und/oder eine Verlängerung der Fristen. Die Koppelung der Anzahl Unterschriften, die Tom vorher erwähnt hat, an die Anzahl der Stimmberechtigten halten wir hingegen nicht für zielführend. Bei einem Bevölkerungswachstum, wie es prognostiziert ist, könnte das sogar dazu führen, dass noch mehr Unterschriften benötigt werden. Damit es aber jetzt vorangeht, werden wir dieser Motion unter diesen Bedingungen, wie sie der Einreichende vorhin formuliert hat, zustimmen. Wir erteilen damit, wie es auch gesagt wurde, dem Gemeinderat den Auftrag, einen Vorschlag auszuarbeiten, der eine Senkung des Quorums und/oder eine Verlängerung der Fristen beinhaltet. Und noch einmal für das Protokoll: Auch wir wollen keine Koppelung der Anzahl der Unterschriften an die Anzahl der Stimmberechtigten. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Anna. Für die SVP-Fraktion, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Grundsätzlich ist es so, dass ich ein sehr grosser Freund der direkten Demokratie und unserer Volksrechte bin, insbesondere des Referendums- und Initiativrechts. Ich habe immer wieder gedacht, dass vor allem in der Stadt Bern die 5’000 Unterschriften in 6 Monaten für eine Initiative wirklich ein gigantisch hohes Quorum sind. Man muss sich vorstellen: Wenn man das ausrechnet, bei 180 Tagen, die man hat, darin sind ja nicht einmal nur die Arbeitstage, wären das rund 27 oder 30 Unterschriften pro Tag, die gesammelt werden müssen. Das ist von mir aus gesehen für kleinere Organisationen oder Parteien oder Gruppierungen fast nicht mehr möglich, insbesondere weil sich auch ein bisschen die gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnte verändert haben. Wir stellen fest, dass ein grosser Prozentsatz der Bevölkerung gar nicht mehr so an Initiativen oder Referenden interessiert ist, kommt noch dazu, dass es natürlich gerade in der letzten Zeit Skandale gab oder die Problematik, dass man Unterschriften durch Profis sammeln liess und die das auch sehr unseriös gemacht haben. Die SVP ist der Meinung, dass sie der Motion, obwohl die Formulierung ein bisschen missglückt ist, zustimmt. Und wir würden vorschlagen, dass im Prinzip das Vernünftigste sehr wahrscheinlich eine Senkung der Unterschriftenzahlen wäre, zum Beispiel bei Initiativen auf 3’000. Die 1500 bei den Referenden könnte man von uns aus gesehen auch belassen. Aber das sind Vorschläge, die wir jetzt ganz spontan machen. Eine seriösere Überarbeitung ist sicher zwingend. Also: Zustimmung zur Motion.

Präsidentin: Merci, Bernhard. Für die SP-JUSO-Fraktion, Dominic Nellen.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP-Juso-Fraktion steht hinter einer starken Demokratie und der Hochhaltung von demokratischen Rechten. Wir haben die vorliegende Motion aber differenziert betrachtet und sind mit den geforderten Punkten nur teilweise einverstanden. Wir begrüssen die Bestrebung, die Sammelfristen für die städtischen Initiativen und Referenden zu verlängern. Die Massnahmen bieten Bürgerinnen und Bürgern mehr Zeit, Unterschriften zu sammeln, was der demokratischen Teilnahme zuträglich ist. Bei den übrigen Forderungen der Motion sind wir eher ablehnend oder ablehnend; so bei der Reduktion der Quoren und insbesondere bei der Koppelung an

die Anzahl der Stimmberechtigten. Ich glaube, darin ist man sich bis jetzt auch einig. Die Gründe dafür sind die folgenden: Die aktuell geltenden Quoren in der Stadt Bern sind im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Bern moderat. Sie stellen sicher, dass die direktdemokratischen Instrumente effektiv genutzt werden, ohne übermässig leicht für Einzelinteressen missbraucht zu werden. Eine dynamische Anpassung der Quoren an die Anzahl Stimmberechtigte kann auf den ersten Blick fair erscheinen, würde aber in der Praxis zu Unsicherheit und grossem administrativem Aufwand führen. Wie viele Unterschriften dann benötigt würden, wäre unklar, und das könnte sich ja während des Sammelprozesses sogar noch ändern. Deshalb sind wir gegen diesen Punkt und stehen somit für eine differenzierte Lösung. Ja zu einer Verlängerung der Sammelfristen, nein zu einer Reduktion der Quoren und der Koppelung. Der Motionär hat vorhin erklärt, dass er von seiner Forderung nach einer Kopplung Abstand nimmt. Wir behaften ihn darauf und stimmen unter dieser Prämisse der Motion zu.

Präsidentin: Danke, Dominic. Für die AL/PDA-Fraktion, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion hat Sympathien für diesen Vorschlag. Wir finden, die Hürde für Initiativen und Referenden sei zu hoch. Wir würden sehr begrüssen, wenn eine Senkung der Anzahl Unterschriften vorgenommen werden könnte. Und wir finden es nicht nötig, dass das gekoppelt wird an die Bevölkerungsanzahl. Das macht die ganze Sache komplizierter, unübersichtlicher und bürokratischer. Das ist unserer Meinung nach nicht nötig. Wir würden begrüssen, wenn die Fristen für die Sammlung der Unterschriften verlängert würden, und würden deshalb auch begrüssen, wenn punktweise abgestimmt werden könnte. Es ist mir bewusst, dass es einfach ein Punkt ist, aber es geht um 2 Sachen. Die erste Sache ist die Kopplung an die Bevölkerungszahl der Quoren und die zweite ist die Verlängerung der Fristen. Und wenn möglich würden wir begrüssen, wenn wir über die beiden Punkte separat abstimmen könnten. Danke.

Präsidentin: Danke, David. Wir sind bei den Einzelvoten. – Dann hat der Gemeinderat das Wort: Alec von Graffenried. Er verzichtet. Dann stimmen wir jetzt über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 028

2023.SR.0240	
Annahme	
Ja	58
Nein	2
Enthalten	3

Präsidentin: Die Motion ist angenommen.

2023.SR.0259

6 Motion Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser, GB / Anna Jegher, JA!): Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6. Das ist geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!) für die Einreichenden: Wir fordern in dieser Motion, dass bei der Überarbeitung städtischer Reglemente auch immer gerade untersucht werden soll, ob sie geschlechtersensibel formuliert sind, und wenn nicht, dass die Änderungen entsprechend dem städtischen Sprachleitfaden vorgenommen werden. Die Antwort des Gemeinderates auf unseren Vorstoss besteht interessanterweise hauptsächlich aus Ausführungen zum Genderstern. Die Obsession mit dem Genderstern können wir ehrlich gesagt nicht ganz nachvollziehen. Im Sprachleitfaden werden verschiedene Möglichkeiten für geschlechtssensible Sprachen aufgezeigt. Und sowieso: Die Rhetorik über die Gefahr, die von diesen harmlosen Sternchen ausgehen soll, kommt einem irgendwie bekannt vor. Niemand diskutiert nämlich so leidenschaftlich gerne über den Genderstern wie Leute, die einem erklären, warum sie ihn nicht brauchen, warum sie grundsätzlich gegen die Verwendung von Genderzeichen sind oder warum der Genderstern eine Gefahr für unsere Gesellschaft sei. Die SVP hat in der Stadt Zürich sogar eine Initiative namens "Tschüss Genderstern" eingereicht, über die am Sonntag abgestimmt wird. Die rechtspopulistische Rhetorik gegen den sogenannten Gender-Gaga und Woke-Wahnsinn ist im Kern aber nichts anderes als Hass gegen marginalisierte Menschen. Dass der Gemeinderat bei dieser billigen, rechtspopulistischen Skandalisierung des Gendersterns mitmacht, die einzig zum Ziel hat, queere und besonders trans und non-binäre Personen zu entmenschlichen, finden wir sehr fragwürdig. Ich fange deshalb gerne noch einmal bei den Basics an. Sprache schafft Realität. Es gibt verschiedene Studien, die aufzeigen, dass wir Dinge, die sprachlich nicht bezeichnet werden, häufig auch in der Realität weniger oder gar nicht wahrnehmen. Wenn zum Beispiel das generische Maskulinum gebraucht wird, also zum Beispiel "der Schüler", "der Lehrer", "der Ingenieur" et cetera, stellen wir uns häufig auch Männer vor, weil nur Männer sprachlich markiert werden. Wörter wie "Schülerin", "Lehrperson", "Ingenieurin" signalisieren hingegen, dass eben nicht ausschliesslich von Männern und Frauen die Rede ist, und vor allem auch, dass es nicht nur Männer und Frauen gibt. Es ist also simpel: Wenn wir non-binäre Leute sprachlich nicht miteinschliessen, schliessen wir sie auch gesellschaftlich aus. Sprache ändert sich immer, weil Sprache konstant von uns reproduziert wird, indem wir sie brauchen. Das Argument, dass es nicht Sinn macht, den Genderstern zu brauchen, weil es sich ja irgendwann mal wieder ändern könnte, ist deshalb wirklich sehr absurd. Ja, klar kann es sein, dass sich das wieder ändert, aber dafür sind wir ja da, um genau diese Änderungen vorzunehmen, wenn sie anstehen. Neue Sprachnormen setzen sich durch, indem sie ganz einfach gebraucht werden. Wir erwarten vom Gemeinderat und auch vom Stadtrat entsprechend mehr Mut in der Nutzung geschlechtersensibler Sprache und besonders in der Nutzung von Sonderzeichen. Dass keine andere Gemeinde den Genderstern in Reglementen braucht, heisst ja nicht, dass die Stadt Bern nicht damit anfangen kann. Auch in rechtlichen Texten darf man mit der Zeit mitgehen. Man kann im Fall auch einen Genderstern in ein Reglement schreiben und die Welt geht nicht gerade unter. Es braucht einfach ein bisschen mehr Mut und den Willen, sich für die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von non-

binären und trans Personen einzusetzen, auch wenn es einmal ein bisschen Gegenwind gibt.

Präsidentin: Merci, Anna. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Es geht bei dieser Motion nicht einfach um blosse Symbolpolitik oder eine lästige Formalität. Es geht darum, Sprache als Werkzeug zu nutzen, um gesellschaftliche Realitäten gerechter zu gestalten. Wenn städtische Reglemente nicht geschlechtersensibel formuliert sind, senden sie ein klares Signal. Sie blenden die Vielfalt der Menschen, für die sie gemacht wurden, aus. Das betrifft nicht nur Frauen, sondern auch Menschen, die sich als non-binär oder geschlechtsdivers identifizieren. Wie wir sprechen, beeinflusst, wie wir denken und handeln. Unsere Sprache prägt gesellschaftliche Normen und das Bewusstsein dafür, wer sichtbar ist und wer unsichtbar bleibt. Wenn wir gendern, schaffen wir Platz für alle Geschlechter und eben nicht nur für den generischen Maskulin, der die männliche Perspektive als Massstab und Standard setzt. Aber auch die Paarformen zementieren ein überholtes Bild einer binären Geschlechterordnung und schliessen Menschen aus, die nicht in die binären Kategorien passen. Bei der Überarbeitung städtischer Reglemente soll jeweils untersucht werden, ob sie geschlechtersensibel formuliert sind. Ist das nicht der Fall, sollen Texte gemäss der Empfehlung des Sprachleitfadens "Kommunikation und Geschlecht" umformuliert werden. Was heisst das? Die Essenz des Leitfadens ist einfach: Der Sprachleitfaden empfiehlt Paarformen nur noch in speziellen Fällen. Der Fokus liegt auf neutralen Begriffen und Satzstrukturen. Zudem wird ein bewusster, aber sparsamer Einsatz des Gendersterns empfohlen. Die vorgeschlagenen, genderneutralen Formulierungen sind weder kompliziert noch schwierig umsetzbar. Sie schaffen Sichtbarkeit und stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen, unabhängig vom Geschlecht – also eigentlich eine einfache Forderung dieser Motion, könnte man meinen. Es geht darum, den Sprachleitfaden "Kommunikation und Geschlecht" der Stadt Bern umzusetzen, denn er besteht ja schon und ist auch relativ klar, ausser in einem Punkt. Denn in diesem Leitfaden gibt es keine spezifischen Empfehlungen für die Rechtsetzung. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort auch aus, dass der Genderstern in rechtsetzenden Texten heute noch nicht angewendet wird. Das geeignete Mittel in der Rechtsetzung seien genderneutrale Begriffe. Die Tatsache, dass der Genderstern in rechtsetzenden Texten noch nicht angewendet wird, soll kein Hindernis sein, sondern ein Anlass, den Sprachleitfaden weiterzuentwickeln und gezielt anzuwenden. Mit genderneutralen Begriffen und Satzstrukturen muss es möglich sein, auch rechtsetzende Texte so zu ändern. Die Stadt Bern hat hier die Möglichkeit, ein klares Signal in Richtung einer wirklich inklusiven Kommunikation zu gehen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Barbara. Für die Mitte-Fraktion, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende oder wie Peter Schneider jeweils im Radio gesagt hat: Liebe Zuhörerinnen und -aussen. Selbstverständlich – *Das Redner*innenpult verstellt eigenständig die Höhe.*
Ich weiss nicht, was das für ein Zeichen ist, wenn das Pult von selber –? Ist das das Niveau der Diskussion? Aber ich kann mich auch auf die Spitzen stellen. Es ist ein kleiner dramaturgischen Effekt, aber die Lernenden sind leider schon weg. Ja, das ist ein kleiner Test für mich. *(Anweisung des Ratsweibels)* Ich habe schon gedrückt, Mago. Der Motor ist kaputt.

In der Antwort des Gemeinderates steht, dass die Anliegen schon umgesetzt werden. Den Sprachleitfaden "Kommunikation und Geschlecht" gibt es und der wird umgesetzt. Die Frage, die wir uns in der Mitte-Fraktion gestellt haben, als wir die Motion zum ersten Mal gesehen haben, war einmal mehr, was macht aus Bern etwas anderes als andere Städte oder als der Bund oder der Kanton, der die genderneutrale Sprache eben bereits auch in Rechtstexten umsetzen muss, weil das eben eine Pflicht ist. Insofern erachten wir als richtig, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären, aber vielleicht auch, dass man irgendwo die Dimensionen wahrt, nicht aus etwas eine grössere Dimension macht, die Bern vielleicht nicht spezieller macht als andere, sondern so umzusetzen, wie dies auf kantonaler, nationaler Ebene und in anderen Städten geschieht. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Béatrice. Für die SVP-Fraktion, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Ich habe mir so ein bisschen Gedanken gemacht. Das ist eigentlich eine verrückte Sache. In einer Woche oder so sind geschlechterneutrale Strassenbezeichnungen traktandiert. Ich wohne in der Normannenstrasse. Die würde dann neu heissen Normann*innenstrasse. Oder es gibt im Bümpliz den Langobardenweg. Der würde neu und natürlich heissen Langobard*innenweg. Also das gäbe ein gigantisch langes, neues Schild, das man machen müsste. Also schon einmal: Die Verrücktheit ist natürlich ziemlich krass, das in einen Leitfaden so einzubauen. Wir haben auf der einen Seite eben den Genderstern. Man redet auch manchmal darüber, ob man einen Genderunterstrich hat. Oder die Altlinken haben ja früher jeweils noch das Binnen-I eingehalten, also MitarbeiterInnen, also das grosse I. Dann muss man einfach feststellen: Das Ganze wird einfach in einem gigantischen Mass sehr, sehr leserunfreundlich. Und ich bin selbst auch in der Schulkommission in Bethlehem draussen, wo wir sehr viele Fremdsprachige haben. Und die sind also teilweise mittlerweile auch ein bisschen verwirrt, wenn dann da so viele Sternchen, Unterstriche, Binnen-I oder so sind in Einladungen. Da muss man einfach sagen, dass es gerade die Zugewanderten und nicht nur die Zugewanderten, sondern eigentlich uns alle, ein bisschen überfordert. Nachher muss man sich natürlich überlegen: Es gäbe dann auch ganz konfuse neue Worte-Kreationen. Wir haben zum Beispiel in Bern das sogenannte Henkersbrünnli. Henker*innenbrünnli wäre das dann plötzlich. Der Kindlifresserbrunnen wäre dann neu der Kindlifresser – Genderstern – innenbrunnen. Ihr seht es also: Das wird alles sehr kompliziert und deswegen sagen wir von der SVP "Bye bye, Genderstern".

Präsidentin: Danke, Bernhard. Wir machen an dieser Stelle Pause und machen nach der Pause weiter. Einen guten Appetit miteinander.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin für das Protokoll

04.03.2025

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

05.03.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.40 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Matthias Humbel	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Seraphine Iseli	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Ueli Jaisli	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Bettina Jans-Troxler	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Anna Jegher	Ronja Rennenkampff
Mirjam Arn	Raffael Joggi	Simone Richner
Oliver Berger	Nora Joos	Mirjam Roder
Tom Berger	Barbara Keller	Sarah Rubin
Natalie Bertsch	Ingrid Kissling-Näf	Michael Ruefer
Lea Bill	Fuat Köçer	Judith Schenk
Laura Binz	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
David Böhner	Anna Leissing	Michelle Steinemann
Michael Burkard	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Dominik Fitze	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Markus Zürcher
Thomas Glauser	Szabolcs Mihàlyi	Paula Zysset
Muriel Graf	Tanja Miljanovic	

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Lukas Gutzwiller	Denise Mäder
Francesca Chukwunyere	Stephan Ischi	Béatrice Wertli
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Franziska Teuscher BSS		

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2023.SR.0259

6 Motion Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser, GB / Anna Jegher, JA!): Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern

Präsidentin: Geschätzte Anwesende, willkommen zurück nach der Stadtratspause. Wir sind bei Traktandum Nummer 6: Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern. Wir sind bei den Einzelvoten. Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch eine kurze Replik an meinen Kollegen Bernhard Hess von der SVP. Als Flüchtlingskind aus Bethlehem will ich stellvertretend für die Migrationsbevölkerung in Bethlehem und eigentlich in der ganzen Stadt Bern sagen, dass man sie nicht instrumentalisieren sollte für irgendwelche Gender-Phobie-Bemerkungen. Meine Eltern konnten sich in den Achtzigerjahren, als sie frisch in die Schweiz kamen, mit dem "Innen" anfreunden. Und wer heute in die Schweiz kommt, aus welchem Grund auch immer, wird sich wahrscheinlich auch mit dem Genderstern anfreunden können. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Gibt es weitere Einzelvoten? Das ist nicht der Fall, dann hat Alec von Graffenried das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die engagierte Diskussion. Erlaubt es mir, dass sie mich trotzdem ein bisschen ratlos zurücklässt. Wir haben eine sehr engagierte Gleichstellungsfachstelle, die sich mit dem Sprachleitfaden dafür einsetzt, dass alle unsere schriftlichen Elaborate möglichst den Gleichstellungserfordernissen entsprechen. Ihr habt jetzt einen Vorstoss gemacht, und wir haben gesagt: "Ja, vielleicht ist in dem Vorstoss noch ein bisschen Potenzial drin, dann probieren wir doch, das noch aufzunehmen." Wir haben gesagt, wir nehmen den Vorstoss an und trotzdem wurde jetzt hier, glaube ich, ziemlich kritisiert. Es tut mir leid, wir nehmen den Vorstoss an, wir wollen uns weiter verbessern. Ich habe den Eindruck, wir sind schon recht gut, aber wenn man sich steigern kann, wollen wir uns noch steigern. Und das machen wir auch. Ich hoffe, ihr könnt damit leben, dass wir diesen Vorstoss annehmen.

Präsidentin: Vielen Dank, Alec. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 029

2023.SR.0259: als Richtlinie

Annahme

Ja	35
Nein	7
Enthalten	3

Präsidentin: Die Motion ist angenommen.

2023.SR.0150

7 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern

Traktandum 7 und 8 werden gemeinsam behandelt.

Präsidentin: Wir sind bei den Traktanden 7 und 8, die werden zusammen behandelt. Zuerst haben das Wort die Einreichenden von Traktandum Nummer 7, Bildungsräume nutzbar machen. Wer will reden für die Einreichenden von Traktandum Nummer 7? Will jemand der Einreichenden für Traktandum Nummer 8, langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung? Barbara Keller. Gut, dann Sarah Rubin für die Traktandum Nummer 7.

Sarah Rubin (GB) für die Einreichenden: Jetzt brauche ich gerade eine Sekunde, sorry. Ja, ich bin einfach noch nicht so weit, sorry, ich muss es schnell suchen. So, jetzt habe ich es.
Ich rede für die Einreichenden und würde das Fraktionsvotum dann auch gerade anhängen. Die vorliegende Motion ist in Zusammenarbeit mit vielen Menschen zustande gekommen, die sich täglich in Schulhäuser der Stadt Bern bewegen. Die Motion stützt sich also direkt auf die Bedürfnisse der Betroffenen ab. Die Schulraumdiskussion möchte ich an dieser Stelle gerade nicht noch einmal aufwärmen. Sie dreht sich meistens darum, wo wir einen neuen Schulraum entstehen lassen können. Trotzdem hat diese Diskussion viel mit der vorliegenden Motion zu tun. Wenn der Raum knapp ist, gilt es den eigentlich bereits vorhandenen Platz nämlich optimal oder überhaupt nutzen zu können. Jetzt können wir damit leben, wenn der Gemeinderat beim Punkt 1 findet, dass man bei Neubauten sowieso schon stark auf optimale Raumnutzung achtet, beim Punkt 2 sind wir aber mit der Antwort nachher nicht ganz zufrieden. Der Gemeinderat findet es zwar auch sinnvoll, wenn bei der Sanierung eine Flächenoptimierung geprüft wird. Aber wir lesen leider nicht, ob der Gemeinderat auch vorhat, das tatsächlich zu machen. Alles bleibt vage und natürlich werden finanzielle Vorbehalte angetönt. Deshalb möchten wir im Grund an dieser Motion festhalten, aber wir machen es nicht, weil das dann auch wieder sehr knapp werden könnte, und deshalb wandeln wir das Ganze eher widerwillig in ein Postulat. Aber es gibt auch etwas, das uns Freude macht, nämlich wenn wir heute die Motion einreichen würden, würden wir bei der Forderung zu Punkt 2 sogar einen Schritt weitergehen. Wir wollen, dass eine Raumoptimierung bei allen Schulhäusern der Stadt auch dann geprüft wird, wenn in absehbarer Zeit gerade keine Sanierung geplant ist. Und genau das ist eben das, was uns Freude macht, weil im Rahmen eines Pilotprojekts – also das wurde von der Motion angestossen – wird momentan eben das umgesetzt, nämlich im Schulhaus Munzinger, in diesem über hundertjährigem Schulhaus, das natürlich selbstverständlich als Denkmal geschützt ist. Dort hat es riesige Gänge und Hallen, die bisher nicht offiziell als Schulraum genutzt werden durften, obwohl das Schulhaus wie viele andere in der Stadt Bern bis zum Rand gefüllt ist. Auch solche Zimmer sind besetzt, die eigentlich nicht als Klassenzimmer gedacht sind. Daher wie gesagt, wandeln wir eben ungern in ein Postulat und wir freuen uns über das, was bereits durch das Einreichen der Motion erfolgreich angestossen wurde. Wir hoffen, dass dieses Pilot-Vorgehen auch auf andere, vor allem auf alte Schulhäuser ausgeweitet werden kann und dass so innerhalb der bestehenden Bauten wieder ein bisschen mehr Luft entstehen kann. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Sarah. Dann sind wir bei den Einreichenden des Traktandums Nummer 8, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: Die Schulraumplanung ist eine der zentralsten Aufgaben einer wachsenden Stadt wie Bern. Sie betrifft direkt unsere Kinder, ihre Familien und das Funktionieren des Bildungssystems. Der Schulraum ist die Grundlage für gute Bildung, soziale Durchmischung und nachhaltige Quartierentwicklung. Es ist erfreulich zu hören, dass der Gemeinderat und das Schulamt die Herausforderungen ernstnehmen und bereits Anstrengungen unternommen haben. Die Investitionssumme von 870Mio. Franken zeigt, das doch einige Schulraumprojekte bis 2032 eingeplant sind und dass wir eben wachsende Schüler*innenzahlen haben und da noch einiges auf uns zukommen wird. Die Summe ist hoch, aber es handelt sich hier um eine Investition in die Zukunft und in die Bildung. Doch gleichzeitig zeigt die Realität: Wir sind noch nicht dort, wo wir sein sollten. Trotz den bestehenden Prognosen und Investitionen bleibt der Schulraum knapp. Zu oft erleben wir kurzfristige Lösungen wie Provisorien, die weder für die Schüler*innen noch für die Lehrpersonen optimal sind. Der Druck auf bestehende Schulhäuser oder geplante Schulhäuser ist enorm und Einsprachen oder Nutzungskonflikte verlangsamen die Projekte. Was wir brauchen, ist mehr Planbarkeit und eine noch höhere Priorität für die Schulraumplanung. Es kann nicht sein, dass wir zwar anerkannte Prognosen, Methoden und Planungsinstrumente haben, die Umsetzung aber immer von vielen Hindernissen begleitet wird und der Schulraum immer knapper wird. Der Bericht führt aus, dass es bereits seit 2015 eine 15-jährige Prognosen Planung gibt. Doch wie kann es denn sein, dass der Schulraummangel so oft erst kurzfristig erkennt und mit Provisorien oder Notlösungen reagiert werden muss? Das zeigt deutlich, dass die Prognosen nicht konsequent für eine langfristige flächendeckende Planung umgesetzt werden können. Reserveflächen werden zwar als wichtig anerkannt, aber bislang nicht systematisch vorgesehen und auch in Zukunft nur, wenn es vom Raum her möglich sei. Dieser Ansatz scheint uns unzureichend angesichts der Bevölkerungsentwicklung und des Drucks auf die bestehenden Schulareale. Zudem bleibt der Einbezug der Quartiere und Schulkommissionen hinter den Erwartungen zurück. Der Bericht erwähnt zwar jährliche Schulkreisgespräche und Präsentationen in Quartierkommissionen, aber das reicht nicht, um Einsprachen und Nutzungskonflikte frühzeitig entschärfen zu können. Eine transparente und verbindliche Einbindung von allen relevanten Akteuren in einem frühzeitigen Planungsstadium ist unerlässlich, wird aber heutzutage noch nicht so konsequent umgesetzt, wie wir es uns wünschen würden. Wir lehnen den Bericht zur Motion ab, weil er zwar die bestehenden Bemühungen und Herausforderungen ausführlich darlegt, aber nicht ausreichend zeigt, wie die zentralen Probleme der Schulraumplanung effektiv gelöst werden können. Trotz der anerkannten Prognosen und der hohen Investitionssumme für die laufenden Projekte bleibt das Kernproblem bestehen. Der Schulraum ist weiterhin zu knapp und die Planung ist nicht vorausschauend genug, um den wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Merci.

Präsidentin: Danke, Barbara. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Es gibt keine. Der Gemeinderat hat das Wort... Einzelvotum: Bettina Stüssi.

Bettina Stüssi (SP), Einzelvotum: Ja, ich finde es eigentlich schon bedenklich. Es ist heute meine zweitletzte Sitzung und ich habe angefangen mit dem Thema Schulraum

und höre auf mit dem Thema Schulraum, aber geändert hat sich eigentlich nicht so viel. Und ich finde es auch wieder erstaunlich, dass in der Antwort des Gemeinderates wieder einmal eine solche Rechtfertigung ist, aber dass man irgendwie immer noch nicht begriffen hat, dass man die Schuld nicht einfach auf die Quartierbevölkerung abwälzen kann, indem man sagt: "Ja, die machen Einsprachen." Ja, vielleicht – Barbara hat es schon ein bisschen gesagt – reicht es nicht, wenn man einfach ein bisschen informieren geht. Vielleicht müsste der Gemeinderat wieder einmal darauf zurückkommen. Es hat während der einen Legislatur ein Legislatur Ziel gegeben, in dem von der Mitsprache gesprochen wurde. Und das wäre vielleicht auch ein guter Tipp an den Gemeinderat, dass man den Einbezug nicht nur früh genug macht, sondern mitreden lässt, denn dann würde einem vielleicht nicht der Fehler passieren, dass man ins Loch hinein hineintappt, wo das Quartier den Turnhallenbau ablehnt.
Die Präsidentin bittet die Sprecherin zum Schluss zu kommen.
Ein paar Jahre später dort, wo wir das Schulhaus bauen wollen und nachher erstaunt gewesen sind, dass das Quartier Einsprache macht. Aber es scheint heute so zu sein. Merci.

Präsidentin: Merci, Bettina. Es gibt keine Einzelvoten mehr. Der Gemeinderat hat das Wort zusammen, 3 Minuten. Also je eineinhalb Minuten, wenn ihr es gleichmässig aufteilen wollt.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich probiere schnell zu reden. Schulraumplanung ist ein komplexes Geschäft. Vielleicht sollten wir mehr Stadträtinnen und Stadträte einbeziehen. Danke für eure gute Unterstützung. Ich sage es euch noch einmal, Schulraumplanung muss kurzfristig erfolgen, denn die Familien entscheiden sich innerhalb von den 4 Jahren zwischen der Geburt der Kinder und wenn die Kinder in die Schule kommen, ob sie in der Stadt bleiben oder nicht. Wir können nicht auf 10 oder 15 Jahre Schulraumplanungen machen und wir wollen vor allem keine Reserven bilden. Reserven bilden, das wäre richtig teuer. Also ihr findet teilweise schon jetzt, es sei ziemlich teuer, was wir bauen. Wenn wir würden Reserven bauen, dann würde es dann richtig teuer. Wir bauen keine Reserven, sondern wir bauen so, dass alle Kinder, alle Schulklassen immer Schulraum haben und es ist bis jetzt auch immer gelungen. Wir setzen moderne Konzepte um. Kommt ins Enge-Schulhaus schauen. Wir haben euch bei der Tour de Bern eingeladen. Leider sind nicht ganz so viele Stadträtinnen und Stadträte gekommen, wie wir uns erhofft haben. Dort könnt ihr sehen, wie die Räume umgenutzt werden, weil sie als Gruppenräume genutzt werden können. Die Lehrerinnen haben wir in das Dach hinaufgetan. Ungenutzter Raum dort gebraucht. Also genau das, was ihr in diesen Motionen schreibt, das setzen wir schon um. Wir werden das auch in Zukunft umsetzen. Ich hoffe, das sei nicht meine zweitletzte Stadtratssitzung gewesen.

Präsidentin: Merci Alec. Dann hat das Wort, Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Muss ich auf den Hocker sitzen? Gut, ich bin ein bisschen grösser. Das ist ein anderer Blick auf euch. Ich sage einfach kurz zur Planung etwas, wo gesagt wurde, es sei nicht weiter als dann, als Bettina hier angefangen hat. Das stimmt nicht. Wir haben jetzt 3 Ebenen, das haben wir euch vorgelegt. Wir haben die kurz- und mittelfristig und die langfristige Planung. Die langfristige Planung geht über 30 Jahre. Wir haben dort ein Frühwarnsystem, indem dass wir nämlich schauen, welche raumplanerische Eingriffe, welche Auswirkungen auf den Schulraum haben. Wenn das nicht im Gleichgewicht ist, überlegen wir schon 30 Jahre vorher, wie man die

Flächensicherung machen können. Zum Einbezug bzw. die Mitbestimmung der Quartierbevölkerung und Schulkommission kann ich auch sagen, das hat sich geändert. Bei den Schulen findet jedes Jahr ein Gespräch statt, bei dem man eine Standortbestimmung macht. In diesem Sinn haben wir jetzt in der letzten Zeit immer Harmonie mit den Schulen, wo es vorher manchmal wirklich grob gerattert hat. Dort können die Schulkommissionen dazukommen, wenn sie wollen, sie können sich da in dem Sinn austauschen. Die Volksschulkommission, die wir ja jetzt auch neu haben, ein strategisches Gremium, hat in jeder Sitzung ein fixes Traktandum "Schulraum", in jeder Sitzung werden da alle Schulkommissionspräsidien in diesem Sinn aufdatiert.
Die Präsidentin bittet zum Schluss zu kommen.
Bei den Quartierkommissionen sind wir, glaube ich, auch bei jeder Quartierkommission mindestens zweimal dort und informieren über unsere Projekte.

Präsidentin: Merci vielmals. Dann kommen wir zu der Abstimmung. Zuerst über Traktandum 7 über die Motion, ob ihr die Motion erheblich erklären wollt.

Abstimmung Nr. 030

2023.SR.0150: ungültig	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	38
Enthalten	1

Präsidentin: Die Motion ist abgelehnt.

Die Motion wurde von den Einreichenden in ein Postulat umgewandelt. Darum werden die folgenden Abstimmungen zu Traktandum 7 im Anschluss an Traktandum 9 wiederholt, protokollarisch aber bereits hier festgehalten.

Präsidentin: Wir kommen zurück zu Traktandum 7. Wir stimmen zuerst über das Postulat ab, ob ihr es erheblich erklären wollt und nachher auch noch, falls Ja, über den Prüfungsbericht, Entschuldigung, noch einmal. Das war mein Fehler. Wir stimmen über die Erheblich Erklärung ab.

Abstimmung Nr. 033

2023.SR.0150: als Postulat	
Annahme	
Ja	44
Nein	22
Enthalten	1

Präsidentin: Das Postulat ist angenommen. Wir stimmen über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 034

2023.SR.0150: Prüfungsbericht	
Annahme	
Ja	68

Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Der Prüfungsbericht ist angenommen.

2022.SR.000119

8 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Barbara Keller, SP): Langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 und 8. Diskussion siehe Traktandum 7.

Präsidentin: Wir stimmen ab über Traktandum 8, über die Motion als Richtlinie. Und wenn ihr das annehmt, dann nehmt ihr den Begründungsbericht ebenfalls zur Kenntnis. Man kann einen Begründungsbericht nicht annehmen oder ablehnen.

Abstimmung Nr. 031

2023.SR.0150: als Richtlinie

Annahme

Ja	60
Nein	2
Enthalten	4

Präsidentin: Die Motion ist als Richtlinie erheblich erklärt und der Begründungsbericht zur Kenntnis genommen. Dann vielleicht habt ihr es gemerkt, dass es mit dem Redner-Pult ein technisches Problem gibt. Darum hat es einen Hocker, aber wir sind uns das schon gewohnt, das Thema haben wir schon einmal gehabt in diesem Jahr.

2023.SR.0103

9 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 9, wo es um die Schwimmhalle Neufeld geht. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Dann müsste man sich anmelden. Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP): Es geht ja da um den obligatorischen Schwimmunterricht für die 4. Klässler, den wir hier jetzt obligatorisch haben in der Stadt. Es ist so, dass wir die Motion auf Grund einer Umfrage eingereicht haben, die gemacht wurde. Wir haben – wie ihr alle wisst – ja jetzt die tolle 50-Meter-Schwimmhalle und wir haben wesentlich mehr Wasserfläche zur Verfügung und wir haben uns natürlich gefreut als Schwimminteressierte. Jetzt kann man endlich wieder richtig schwimmen gehen. Man hat auch genügend Platz für den obligatorischen Schwimmunterricht. Es ist dann eine Umfrage

gemacht worden, und zwar ist das von Frau Omar gewesen, und die hat bei den Schulleitungen nachgefragt ob da eigentlich ein Mehrbedarf bestehen würde an Schwimmunterricht in den Klassen und das ist seinerzeit dann verneint worden und das hat uns natürlich stutzig gemacht. Das hat uns sehr befremdet die Aussage. Es hat fast ein bisschen so getönt, dass das ja nicht so wichtig ist und die anderen Spitzensporte und die Sachen, die die Bahnen auch mieten, dass man denen den Vorrang gibt gegenüber dem obligatorischen Schulunterricht. Und das hat uns eben wie gesagt recht befremdet und darum haben wir nachher beschlossen eben die Motion einzureichen, damit einfach absolut sichergestellt ist, dass man genügend Platz hat für den obligatorischen Schwimmunterricht, dass das gewährleistet ist und dass man einfach nicht nur jetzt die zusätzlichen Bahnen, die man da hat, einfach gegen aussen vermietet. Und nachher unsere Kinder, wo wir Eltern schliesslich auch Steuern zahlen, da in der Stadt Bern, irgendwie das sie etwas abdrängt werden zugunsten eben vom Spitzensport. In der Antwort des Gemeinderates wird deutlich gesagt, dass man das eigentlich nicht so will und auch das Interesse eigentlich mit uns Motionären teilt, dass die Kinder eben genügend Platz haben und auch künftig genügend Platz haben werden. Wir schauen jetzt einfach dem zu, respektive wir haben den Finger darauf, ob das wirklich so ist und so umgesetzt wird. Wir wollen einfach, dass unsere Kinder da von der Stadt, immer genügend Platz haben, und nach Möglichkeit vielleicht auch den Schwimmunterricht gleich noch ausbauen können.

Präsidentin: Merci vielmals, Ueli. Wir machen jetzt das Traktandum fertig, weil wir schon in der Diskussion sind, aber ich habe vorher einen Fehler gemacht, und zwar bei Traktandum Nummer 7, da haben wir über die Motion abgestimmt. Wir haben die abgelehnt. Aber ich habe überhört, dass es gewandelt worden ist in ein Postulat, das heisst nach dieser Abstimmung werden wir noch einmal über das Traktandum Nummer 7 abstimmen. Wir sind jetzt aber bei Traktandum Nummer 9 über die Schwimmhalle Neufeld und wir sind bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Salome Mathys für die Fraktion GLP/JGLP/EVP.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Die GLP sagt einmal etwas, wenn niemand etwas zu sagen hat. Das ist schön. Vorneweg, ich bin befangen. Ich bin Präsidentin des Schwimmclubs Bern. So gesehen müsste man eher gegen diese Motion sein, denn wir haben Interesse daran, dass diese Kinder alle Schwimmkurse besuchen und dort auch ihr Geld liegen lassen. Aber falls es Leute hat, die gegen diese Motion Nein stimmen wollen, es können sich eben genau nicht alle die Schwimmkurse leisten. Es ist wichtig, es ist sicherheitsrelevant, dass die Kinder Schwimmen lernen. In der Stadt mit Aare und Seen in der Nähe ist es wichtig und sicherheitsrelevant vielleicht anders als andere Schulfächer, auch wenn wir den Lehrplan 21 nicht bestimmen können. Darum ich hoffe, Sie stimmen alle ja zu dieser Motion und das wäre es dann auch schon. Danke.

Präsidentin: Merci, Salome. Gibt es Einzelvoten? Dann sind wir beim Votum des Gemeinderates, Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich mache es auch kurz, weil, der Gemeinderat beantragt euch das als Richtlinie anzunehmen. Ich möchte einfach ein paar Ergänzungen zu dieser Ausführung von Ueli Jaisli sagen. Also im Moment ist es so, dass alle Nachmittage ausser am Mittwochnachmittag der Grossteil der Wasserflächen in allen 3 öffentlichen Hallenbädern, und während den Unterrichtszeiten, jeden Tag alle Bahnen in den Lehrschwimmbecken, für die Schulen vorbehalten sind. Die Schulen haben einen

klaren Vorrang. Wir nehmen die Richtlinienmotion an und sind froh, wenn ihr die erheblich erklärt. Wir sehen einfach ein bisschen weiter, wo wir weiterarbeiten werden. Wir haben zum einen den Auftrag, auch vom Stadtrat, das Lehrschwimmbecken Kleefeld wieder zu sanieren und zum zweiten, möchten wir den Schwimmunterricht gerne ausbauen. Und da machen wir uns so Überlegungen in diese Richtung: Eben, in welchem Schuljahr soll der Schwimmunterricht überhaupt stattfinden? Wie können wir möglichst kurze Wegzeiten garantieren und in welchen Zeiten können wir die Wasserflächen wirklich primär für die Schulen reservieren. Aber Salomé hat es gesagt, es gibt auch die Vereine und die haben natürlich auch Kinderkurse und Kurse für Jugendliche, damit wir wirklich da einfach eine gute Lösung hinkriegen. Und ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, dass uns das gelingt und daher freut es mich, wenn ihr diese Motion als Richtlinienmotion erheblich erklären.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 032

2023.SR.0103: als Richtlinie

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt diese Motion einstimmig als erheblich erklärt. Jetzt gehen wir nochmals zurück zu Traktandum 7.

Die erneute Abstimmung zu Traktandum 7, Postulat, befindet sich unter Traktandum 7.

2023.SR.0261

10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 10: ein interfraktionelles Postulat über Unterricht und Hitzetage. Ich erteile die Einreichenden das Wort, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Einreichenden: Heute bei Schnee und Eis und blockiertem ÖV wegen der weissen Pracht, ist es so ein bisschen schwierig es sich vorzustellen, aber Hitze ist tatsächlich in vielen Schulhäusern das grössere Problem als die Kälte, weil wir darauf schlicht weniger gut vorbereitet sind. Zu den Zeiten, als viele Schulhäuser gebaut wurden, waren auch Hitzewellen noch kein Thema. Wir sind froh darüber, dass sich der Gemeinderat der Problematik bewusst ist, auch wenn die Antwort vor allem auf die Frage 1 eher vage bleibt. Vor allem bei Neubauten und bei Sanierungen muss der Umgang mit Hitze bedacht werden, aber auch in bestehenden Schulhäusern braucht es Lösungsstrategien. Es wird schon viel getan, es wird aber auch weiterhin viel Effort brauchen, damit die Priorität hoch bleibt und nicht wieder neue

Untauglichkeiten produziert werden, wie zum Beispiel die wunderschönen denkmalschutz-konformen Sonnentoren im Pestalozzi-Schulhaus, die völlig ungeeignet sind gegen die brennende Sonne im Sommer. In der Antwort vom Gemeinderat ist ein Merkblatt für den Sommer 2024 angekündigt worden und Franziska Teuscher hat mich jetzt noch aufklären können darüber, dass es das Merkblatt tatsächlich gibt, dass es aber nur ganz gezielt an die Schulen und an die Eltern verteilt wird, wenn es Hitzewellen gibt, also wenn die gerade anstehen. Wir hoffen sehr, dass die Aussagen in der Gemeinderatsantwort auch in Zukunft keine leeren Versprechungen bleiben. Wir werden das Postulat erheblich erklären und die Antwort als Prüfungsbericht akzeptieren. Merci.

Präsidentin: Merci, Bettina. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Bettina Stüssi für die SP-JUSO-Fraktion.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion: Ja, die Klimaerwärmung, heisse Jahre, Hitzetage, Hitzeschläge, Hitze-Erschöpfung und noch weiter, Herz-Kreislauf-, Atemwegs-, Nierenerkrankungen und sogar psychologische Erkrankungen kann es verschlimmern. So steht es in der Antwort des Gemeinderates. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich in diesem Fall sehr wohl bewusst ist, was die zunehmende Hitze während der Schulzeit, also auch während der Arbeitszeit, während des Arbeitens auslösen kann. In der Skizzierung einer Strategie als Antwort zum Punkt 2 hat es durchaus ein paar gute Ideen – zum Punkt 1 ist es, glaube ich – hat es durchaus ein paar gute Ideen und Inputs. Es ist jedoch sehr allgemein gehalten, wollen doch die Postulant*innen eine städtische Strategie oder eben einen Weg, wie die Schulen in Bern, alle Schulen, die Hitzetage aushalten und vor allem managen können. Diese Massnahmen sind nicht nur möglich, sondern man hätte – so verstehen wir die Postulant*innen – gerne Eckpunkte, die gesetzt werden sollten. So ein bisschen, in welchem Rahmen, man wann, was machen kann und vor allem nicht, diese Klasse geht in den Keller und die andere Klasse darf aber in den Wald und die im anderen Schulhaus, die schickt man einfach nach Hause, weil die Lehrerin umgefallen ist oder so. Das hätten wir verstanden, unter einer städtischen Strategie. Es reicht eben nicht, wenn wir einfach so ein bisschen allgemeine Infos kommen oder wir haben auch ein bisschen das Gefühl, dass das erwähnte Merkblatt eine gute Sache ist. Es ist sicher auch wichtig und es ist sicher auch praktisch, aber wir würden sagen, das ist eigentlich erst der Anfang, denn es sollte doch eigentlich so sein, dass es gut wäre, wenn alle in der gleichen Situation endlich reagieren würden und wenn die Schulleitungen, die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler den Spielraum kennen. Und für uns ist in dem Fall, dass wir eigentlich gerne das Postulat überweisen wollen und den Gemeinderat eigentlich noch einmal auffordern, eine genauere Prüfung für die städtische Strategie zu machen. Und darum lehnen wir eigentlich aus diesem Grund den Prüfungsbericht ab.

Präsidentin: Merci, Bettina. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Oder Einzelvoten? Dann kommt Gemeinderätin, Franziska Teuscher. Kannst du dich bitte noch anmelden?

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Bettina Jans-Troxler hat es gesagt, es ist, glaube ich, fast ein bisschen ein Zufall, dass wir heute über Hitzetage reden, und draussen ist der erste Schnee, aber nach dem Sommer kommt auch immer wieder ein anderer Sommer. Und darum sind wir sicher heute auch gut unterwegs mit dem Thema. Ich habe ein bisschen gestaunt über das Votum der SP. Das sei nichts Konkretes. Ich führe das gerne noch einmal in meinen 3 Minuten kurz aus. Wir haben die ganzen strategischen Massnahmen mit den Schulleitern festgelegt. Wir haben das miteinander vereinbart und

wir haben die Zuständigkeiten festgelegt. Es gibt 3 strategische Ebenen, die gesundheitliche Ebene, der Unterricht und die Bau ebene. Auf der gesundheitlichen Ebene da ist die Verantwortung klar bei der Stadt und beim Gesundheitsdienst. Sie haben das Merkblatt, das erwähnt ist, ausgearbeitet. Das verteilt man in Absprache mit den Lehrpersonen, wenn Hitzewellen bevorstehen. Es gibt einen Brief, der dann an alle Erziehungsberechtigten verteilt wird, damit man weiss, was man macht, damit die Gesundheit geschützt werden kann. Ich führe nicht alles aus, in 3 Minuten kann ich das nicht. Das steht ausführlich in der Antwort zu diesem Postulat. Ein Teil der Informationen auch im Schulbereich, der ist in der Klimastrategie der Stadt Bern enthalten. Klimainformationsmassnahmen gelten eben für den Schulbereich und deshalb wurden sie dort aufgenommen. Der zweite strategisch Punkt ist die Ebene des Unterrichts und da wollen wir im Gegensatz zur SP nicht von der Stadt her vorgeben, was man machen soll, weil jedes Schulhaus anders ist, jeder Schulkreis ist anders organisiert und dort ist festgelegt mit den Schulleitern, das ist die Verantwortung der Schulleiter am Standort mit den Lehrpersonen. Dort setzen die Lehrpersonen zum Glück sehr vielfältig und innovativ Massnahmen um. Auch die sind aufgeführt in der Postulats Antwort. Und hier danke ich wirklich auch den Lehrpersonen und den Betreuungspersonen, dass sie wirklich alles daransetzen, dass Hitzetage in den Schulen auch im Bereich Bildung umgesetzt werden können. Die dritte strategische Ebene ist die bauliche Ebene. Hier werden wir bei den Neubauten, das ist klar, alle diese Massnahmen, um die Hitze zu reduzieren natürlich umsetzen. Das ist nicht überall eben möglich. Wir haben sehr viele Schulhäuser, die bestehen. Hier gibt es eine Arbeitsgruppe "Optimierung Raumklima" mit Vertreterinnen der Schulleitungen, der Immobilien Stadt Bern und des Schulamts. Diese Arbeitsgruppe hat letzten Sommer in 5 Pilotschulen das sind Kleefeld, Spitalacker Länggasse, Brunnmatt, Tscharnergut Messungen gemacht, Innenmessungen gemacht, Aussenmessungen gemacht. Diese Messungen sind jetzt ausgewertet und werden Ende Jahr kommuniziert, und dort wird nachher aufgezeigt, welche bauliche Massnahme man ergreift, um die Hitzeinsel in diesen Schulhäusern ab temperieren zu können. Ich finde, das ist eine recht ausgeklügelte Strategie, wo man Kompetenzen klar festgelegt hat zwischen allen Beteiligten und ich bin davon überzeugt, dass man mit diesen 3 strategischen Ebenen und diesen vielfältigen Massnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen für die Schulen, die Hitzetage und die Hitzewelle erträglich machen können.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung Nr. 035

2023.SR.0261

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat einstimmig als erheblich erklärt. Wir stimmen ab über den Prüfungsbericht.

Abstimmung Nr. 036

2023.SR.0261: Prüfungsbericht

Annahme	
Ja	46
Nein	21
Enthalten	0

Präsidentin: Der Prüfungsbericht ist angenommen.

2023.SR.000026

11 Motion Fraktion SP/JUSO (Nicole Bieri/Sofia Fisch, JUSO/Lena Allenspach, SP): Geld regiert die Welt – Geldflüsse steuern Aktivitäten!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 11: Geld regiert die Welt – Geldflüsse steuern Aktivitäten. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Einreichenden: Als Einreichende sind wir von der Antwort auf diese Motion ein wenig enttäuscht. Es haben sich ein paar Missverständnisse eingeschlichen. Wir wollen mit dieser Motion nicht spezifisch als Parlament über jede einzelne Anleihe, die die Stadt Bern aufnimmt, bestimmen. Diese Kompetenz wollen wir dem Gemeinderat mit dieser Motion nicht nehmen. Artikel 105 in der Gemeindeordnung schliesst nicht aus, dass der Stadtrat übergeordnet über verbindliche Richtlinien zu den Finanzflüssen der Stadt Bern mitbestimmt. Dafür kann auch ohne Weiteres zum Beispiel ein zusätzlicher Artikel in der Gemeindeordnung geschaffen werden. Wir wollen als Stadtrat eine reine Kontrollfunktion einnehmen über die Festlegung dieser Richtlinien, die nicht aussen vorgelassen werden. Es ist also nicht korrekt, dass es sich hier nicht um eine echte Motion handeln soll. Mit dieser Motion geht es uns um die Behebung eines grundsätzlichen Problems. Wir haben als Stadt eine Verantwortung, ethische und ökologische Standards einzuhalten, auch dann, wenn es darum geht, Kredite aufzunehmen. Es wäre inkonsequent, uns klimafreundlich zu bezeichnen, gleichzeitig Geld von allen anzunehmen, auch von den grössten Klimasünder*innen. Mit der Beendung der Negativzinsphase haben wir diese Herausforderung nicht überwunden. Erstens kann so eine Phase wiederkommen und zweitens bedeutet das auch nicht, dass sich die Stadt Bern kein Geld mehr ausleihen muss. Bei all dem ist uns auch bewusst, dass solche Richtlinien praktikabel bleiben müssen und dass bei der praktischen Umsetzung nicht alles, was wünschenswert wäre, umsetzbar ist. Wir wollen hier aber nicht, dass vor der Aufnahme eines Kredits oder vor jedem Kredit irgendwie eine Studie in Auftrag gegeben werden muss, die überprüft, von wo genau jetzt jeder einzelnen Franken herkommt. Uns geht es einfach darum, dass man grundsätzliche und praktikable Richtlinien gibt, von wem man Geld annehmen will und von wem nicht. Bei der FIFA hätte es eigentlich reichen sollen, einfach mal den Namen des Geldgebers anzuschauen. Wir sind froh, dass der Gemeinderat bereit ist, die aktuellen Vorgaben für die Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung zu überarbeiten und hoffen, sie folgen dem Gemeinderat und nehmen die Motion an.

Präsidentin: Merci, Sofia. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die AL/PdA-Fraktion, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Wer die Gemeinderatsantwort gelesen hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass nicht viel Lust vorhanden ist, sich dieses Thema anzunehmen. Nichtsdestotrotz, das war in den Medien, wir wissen es alle, dass sich die Stadt Bern von der FIFA günstig Geld hat geben lassen. Es ist schon einiges gesagt worden, weil da können alle dem eigentlich nur beipflichten, dass es natürlich in der Praxis nicht darum geht, dass wir jetzt hier die Finanzverwaltung Micro managen. Das ist nicht in unserer Kompetenz. Was aber in unserer Kompetenz ist, und das ist auch schon gesagt worden, ist durchaus in einem Reglement oder irgendwo, einen Artikel zum Beispiel hinzuzufügen, das wäre zumindest denkbar, der sagen würde, dass jetzt der Gemeinderat wie auch der Stadtrat Richtlinien erlassen kann. Das sind grobe Ziele. Das ist nicht, dass man dann nachher jedes Finanzprodukt muss bis ins letzte Glied begreifen, sondern, dass einfach solche groben Sachen, wie wenn es wirklich FIFA draufsteht und es ist einfach ein Kredit, dass man das vielleicht zumindest mal gewichtet, dass das eine Drecksfirma ist und man wegen dem vielleicht von denen das Geld lieber nicht nimmt, auch wenn wir da 0,01% besseren Zins hätten. Also dass wir jetzt hier in der Hälfte der Gemeinderatsantwort darauf hingewiesen werden, dass wir eigentlich dort nichts dazu zu sagen haben, wo es ja schon in der GO steht, in Artikel 105 ist falsch von uns ausgesehen. Man könnte eben auch ein Artikel 105 bis machen, wo drinsteht, dass wir genau dort auch etwas zu sagen hätten, zumindest in Form von einer Richtlinie. Inhaltlich finden wir es auch ein bisschen zynisch, dass der Gemeinderat findet, dass jetzt die Negativzinsphase vorbei ist. Die FIFA ist jetzt nicht mehr diejenige, die hier Geld platzieren wird, das sind jetzt klassisch die Banken. Das ist genau nicht der Sinn und Geist dieses Vorstosses. Es geht genau darum, Vorsorge zu treffen, wenn es dann wieder einmal so weit ist und es wieder ein lukratives Angebot gibt, dass man nicht einfach das billigste nimmt ohne jegliche ökologischen oder moralischen Überlegungen. Und schliesslich wird es jetzt dann auch heissen, dass es zynisch sei, dass wir jetzt Fussball schauen und gleichzeitig das Geld der FIFA nicht wollen. Ich finde, der Vergleich hinkt. Ich selber finde, dass man Fussball von der FIFA auch boykottieren könnte, aber das ist meine persönliche Meinung. Aber das ist okay, wenn man Fussball schaut und trotzdem als Stadt, als juristische Person, öffentlich-rechtliche, dann nachher nicht einfach mit der grossen Kelle geht Geld einfahren. Das ist, glaube ich, nicht das gleiche wie einfach ein Fussballmatch im Fernsehen zu schauen. Daher empfehlen wir euch, diese Motion anzunehmen und gehen eigentlich auch davon aus, dass es eine echte Motion ist. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Raffael. Für die SP/JUSO-Fraktion, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ich kann mich in weiten Teilen Raffael anschliessen. Ich glaube auch, dass die Handlungsfähigkeit des Gemeinderats beziehungsweise vom Stadtrat eben sehr wohl gegeben ist, dass es den abschliessenden Artikel 105, der dem Gemeinderat die ausschliessliche Kompetenz für Kredite zuspricht, dass das überhaupt nicht verhindert, dass man dort auch noch ein bisschen präzisieren kann, was man dann eigentlich für Ansprüche an die Kredite formulieren möchte. Und ich möchte vielleicht einfach schnell einen Vergleich bringen. Wir haben im Zusammenhang mit der Pensionskasse in den letzten Jahren mehrfach darüber gesprochen, was die Pensionskasse der Stadt Bern was und wo anlegen darf, und haben darauf gedrängt, dass die Kriterien sozial und ökologisch vertretbar sind, dass man gewisse Branchen auch ausschliesst, weil das nicht mit dem Verständnis der Stadt Bern und ihre Finanzpolitik zu vertreten ist. Und ich glaube, das kann man hier mit gutem

Gewissen eigentlich auch fordern. Man kann fordern, dass wir uns auf ein paar Eckwerte einigen werden, was für uns fundamental ist. Wir sollten einfach verhindern, dass wir uns dabei aber selber in den Fuss schiessen, weil das wisst ihr so gut wie ich, das Geld, das sauber ist, gibt es in dem Sinn nicht. Denn das Geld ist einmal das und mal das und kommt irgendwo heraus und es gibt nirgends eine Garantie, dass es nicht irgendwo durch Verbrechen durchgegangen ist und durch dubiose Kanäle. Insofern ist es wichtig, dass wir uns wenigstens den Grundsätzen verpflichten, dort wo wir können zu probieren zu handeln und entsprechend uns Vorgaben machen, wo wir auch das Gefühl haben, dass das durchaus nicht nur so unverbindlich wie eine Richtlinienmotion ist, sondern eine tatsächliche Motion. Und wir haben uns gestern in der Finanzkommission auch darüber unterhalten und wir werden, wenn dann der Gemeinderat eine Antwort gegeben hat, auf die Motion, die wir jetzt dann hoffentlich werden überweisen, das genau anschauen, was er uns vorschlägt, und dann allenfalls weitere Schritte vorschlagen.

Präsidentin: Danke, Johannes. Für die GB/JA!-Fraktion, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! unterstützt die Motion. Dass der Gemeinderat kein Geld mehr von der FIFA angenommen hat, ist ja schon einmal eine gute Neuigkeit. Dass der Gemeinderat aber verspricht, die bisherige Praxis der Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung einfach zu hinterfragen, scheint uns ein bisschen wenig. Hinterfragen heisst noch nicht so viel. Wir hinterfragen noch vieles, aber es passiert nachher nichts. Das Anliegen der Motion ist nicht einfach ein Nebenschauplatz. Ich würde jetzt nicht gerade wie die Motionär*innen sagen, Geld regiert der Welt, aber das Geld ein wichtiger Machtfaktor ist, das stimmt schon. Deshalb lohnt es sich auch ein bisschen in die Überlegung zu investieren, wie man Richtlinien machen könnte, die Geldgeber*innen einhalten müssen. Die Fraktion GB/JA! erwartet vom Gemeinderat, dass er seine Geldgeschäfte nicht nur hinterfragt, sondern tatsächlich Richtlinien erarbeitet. So kann sichergestellt werden, dass Geld ökologische und ethische Bedingungen erfüllen muss.

Präsidentin: Danke, Franziska. Für die FDP-JF-Fraktion, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich will mich da nicht mit fremden Federn schmücken. Ich halte das Votum für meine Fraktionskollegin Florence Pärli, die noch im Schnee stecken geblieben ist und dann auch wird zu uns stossen. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn ist mit den Forderungen der Motion grundsätzlich einverstanden. Schliesslich war es auch die FDP-Jungfreisinn, die zusammen mit der Mitte darauf hingewiesen hat, dass die Stadt Bern von der FIFA zusammengerechnet Milliarden hohe Kredite bezogen hat. Es muss sichergestellt sein, dass die Stadt Bern ihre Kreditgeber sorgfältig auswählt, sodass sie ethisch, moralische oder auch ökologische Anforderungen erfüllen. Es ist aber schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die Anforderungen fest zu definieren, auch weil sie ständig höher werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Finanzdirektion entsprechend flexibel bleibt. Mit anderen Worten. Die Finanzdirektion soll ihre Richtlinien für die Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung selbst festlegen können. Bei Bedarf kann sie zum Beispiel vor der FIKO-Rechenschaft ablegen. Es soll aber nicht am Stadtrat liegen, verbindlichere Richtlinien zu erlassen, eben weil diese zu wenig flexibel wären und auch weil es nicht im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates liegt, derart detaillierte praktische Vorgaben an die Verwaltung zu erteilen. Die Motion ist also nicht sinnvoll. Da die Fraktion FDP-Jungfreisinn grundsätzlich mit

der Forderung einverstanden ist, aber halt einfach nur, dass sie verwaltungsintern umgesetzte wird, lehnt sie diese Motion nicht ab. Wir werden uns stattdessen enthalten. Und noch eine kleine Randbemerkung zum Schluss, die Motion soll nicht davon ablenken, dass die Stadt Bern eben Milliarden hohe Kredite braucht. Der einfachste Weg, um ethisch, moralische Grundsätze bei der Schuldenbewirtschaftung einzuhalten, wäre, möglichst wenig Schulden aufzunehmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat Gemeinderat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich möchte einleitend festhalten, dass die FIFA nicht irgendeine Verbrecherorganisation ist und auch nie verurteilt wurde. Das wäre meine erste Feststellung und meine zweite Feststellung, dass wir bereits am 18. September 2018 die RWSU informiert haben, wie wir unsere Finanzierungen machen und dort unter anderem auch gesagt haben, dass wir Geld von der FIFA haben, und das hat man dann auch nachfolgend jeweils im Bericht, im Jahresbericht, nachlesen können. Ihr könnt auch dort heute schauen, dass sind jetzt heute alles gute Schweizer Banken, die uns das Geld geben, insofern man dann eben vielleicht eine BEKB, CS und eine UBS als anständige Finanzinstitute beurteilt. Und es ist vielleicht eine Frage der Beurteilung. Der Ausgangspunkt von diesem Vorstoss ist die Geldaufnahme gewesen bei der FIFA. Das hat zu medialen Schlagzeilen geführt und auch zu dem Flyer, den ich noch habe von der JUSO: "Die Stadt Bern darf kein Blutgeld beziehen." Ich habe es sogar in die deutschen Medien geschafft dazumal und habe dort und an anderen Orten, doch auch ein bisschen – es wurde ja schon angetönt, weil wir gestern einen "gäbigen" Abend hatten mit der FIKO – auf eine gewisse Doppelmoral hingewiesen. Ich sage das hier einfach auch noch einmal: Die FIFA hat einen Grossteil ihrer Einnahmen von Übertragungsgebühren von staatlichen Fernsehen, von Deutschland, von der Schweiz, also das Geld kommt von all denen, die Matchen schauen. Danke vielmals. Ich will darauf hinweisen, dass wir uns jetzt alle wahnsinnig auf die Frauen EM freuen. Sie wird bekanntlich von der UEFA, der kleinen europäischen Schwester der FIFA organisiert. Offenbar misst man da, mit ungleichen Ellen. Aber ich komme jetzt zurück zur Motion und staune ein bisschen, wie schon vorhin der Stadtpräsident, dass man hier nach vorne kommt, um zu schimpfen. Wir sagen ja, das Anliegen ist berechtigt und wir nehmen die Motion an und eigentlich vielmehr müsste man heute nicht diskutieren, sondern jetzt dann die Prüfaufträge vornehmen. Es scheint uns einfach wichtig und ehrlich auch darauf hinzuweisen, dass es gewisse Schwierigkeiten bei der Umsetzung gibt. Das haben wir gemacht. Und einfach noch als letztes, das ist ja so ein bisschen enttäuschend, denn mit den Green Bonds bei der Vergabe kürzlich, haben wir doch eigentlich bewiesen, dass wir unsere Finanzgeschäfte nachhaltig abwickeln wollen. Daher glaube ich, ist niemand gegen die Ablehnung dieser Motion.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 037

2023.SR.000026	
Annahme	
Ja	51
Nein	5
Enthalten	6

Präsidentin: Die Motion ist erheblich erklärt.

2024.SR.0039

12 Motion Lionel Gaudy (Mitte), Lukas Wegmüller (SP), Tom Berger (FDP) und David Böhner (AL): Pumptrack Rossfeld

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 12, Pumptrack Rossfeld. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Einreichenden: Ihr hört es, ich töne wirklich wie Béatrice Wertli vorhin. Als Mit-Einreichender erlaube ich mir, hier kurz auszuführen, worum es geht. Privatpersonen haben den Anstoss gegeben, damit es im Rossfeld eine Pumptrack gibt. Sie haben Unterstützung gesucht und sie haben Unterstützung gefunden. Mehr als 50'000 Franken sind der Initiant*innen als Sponsoring-Beitrag für eine Realisierung von dem Projekt zugesagt worden. Damit der Unterhalt möglichst billig und die Anlage möglichst breit verwendbar ist, wurde entschieden, dass die Anlage betoniert werden soll. Deshalb reden wir auch von einer Rollsportanlage. Verschiedene Anwohner*innen aus dem Quartier haben sich gemäss meinen Infos bereit erklärt, in den ersten 3 Jahren des Projekts aktiv beim Unterhalt mitzuwirken, Blätter aufzuräumen, etc. und was ich hier sagen kann, das Quartier Rossfeld möchte die Rollsportanlage. Als Einreichende sind wir auch sehr optimistisch, dass der Stadtrat das Geschäft heute zu einer grossen Mehrheit mittragen wird. Zentral ist aktuell aber vor allem, dass es jetzt schnell vorwärtsgeht, denn die zugesagten privaten und öffentlichen Mittel können nicht Jahr für Jahr neu budgetiert werden. Deshalb brauchen wir verbindliche Entscheide und Nägel mit Köpfen. Liebe Mitglieder des Gemeinderates, ihr habt ein ausgearbeitetes Projekt auf dem Tisch, inklusive Unterstützung durch Dritte. Ihr habt ein Quartier, das sogar bereit ist, sich am Unterhalt zu beteiligen bei diesem Projekt, und ihr habt einen Stadtrat, der dieses Geschäft hier mit einer klaren Mehrheit unterstützen wird. Auf was genau wartet ihr noch?
Noch kurz zur Fraktionserklärung. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt das Projekt, weil es im Rossfeld verhältnismässig wenige Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche hat. Wir fordern den Gemeinderat darum auf, das Projekt im Rahmen von der mittleren Finanzplanung 2026 bis 2033 schnell anzugehen und zu einem schnellen erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Kinder und Jugendlichen aus dem Rossfeld werden es euch danken. Die SP-JUSO-Fraktion dankt den anwesenden Stadträtinnen und Stadträten für die Unterstützung und ich für ihre Aufmerksamkeit. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Lukas. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Es gibt keine Fraktionsworte. Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort, Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke vielmals, eben auch hier, auf was wartet der Gemeinderat. Immerhin gelten noch die Regeln, dass wenn ein Vorstoss eingereicht wird, der hier debattiert wird und nachher überwiesen wird und dann hat man einen fixen Auftrag. Nichtsdestotrotz, wir haben schon gearbeitet, darauf möchte ich hinweisen. Wir haben hohe Investitionen. Das ist ein Entscheid gewesen, einen Sparentscheid, des Gemeinderates, dass man gesagt hat, der Pumptrack, den schliesst man aus der mittelfristigen Investitionsplanung heraus, man hat das zweimal gemacht. Ich

möchte einfach hier daran erinnern und bitte hört gut zu, vor allem auch die Mitglieder der FIKO, die dann auch immer wieder fordern, dass man Priorisierungen macht, dass es dann im Einzelfall, wenn es dann weh tut, dann das plötzlich wieder rückgängig gemacht wird. Also es ist nicht so, dass wir das Gefühl haben, dass es nach wie vor Geld im Überfluss gibt, aber es ist klar, der politische Wille, glaube ich, da, dass man das breit umsetzen will und stur sein hat ja auch keinen Sinn. Es ist sicher auch wichtig, dass das Quartier mitfinanzieren will. Wir sind bereits im Gespräch, da müssen wir ja noch schauen, wie viel, dass zusammenkommt und ich kann bestätigen, dass das Projekt in der mittelfristigen Investitionsplanung 2026 bis 2033 aufgenommen ist. Diese ist noch nicht genehmigt vom Gemeinderat. Ich bin zuversichtlich und selbstverständlich werden wir, wenn das dann durch ist und wenn wir nachher auch wissen, was vom Quartier kommt, das umsetzen. Also wenn ein Entscheid einmal gefällt ist, so gut solltet ihr mich kennen, wird er auch umgesetzt. Und dann "täubele" wir nicht noch lange oder "nüdere" etwas. Merci.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 038

2024.SR.0039	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen.

2024.SR.0108

13 Motion Ursula Stöckli (FDP), Nik Eugster (FDP): Schulraum schaffen im Nordquartier durch Umnutzung des Ringhofs

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 13: Schulraum schaffen im Nordquartier durch Umnutzung des Ringhofs. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Die Kantonspolizei wird in ein paar Jahren nach Niederwangen ziehen. Der Ringhof ist schon in anderen Zusammenhängen erwähnt worden. Es ist ein begehrtes Gebäude. Unsere Motion zieht darauf ab, dass der Ringhof eben gerade neben dem Breitenrain-Schulhaus ist. Der Schulraum, wir haben es heute Abend schon ein paarmal gehört, ist knapp und begehrt. Wir finden als FDP/JF-Fraktion, dass eben, die Lage des Hauses neben dem Schulhaus eine ideale Lösung darstellen würde und man könnte auch in grosser Zahl Schulraum schaffen, die Pausenplatzfläche erweitern und das in einem bestehenden Gebäude. Entlang der Buslinie 20 entstehen neue Überbauungen, die auch die Schülerzahlen wieder in die Höhe treiben werden. Das ist so gut wie sicher und die Wankdorffeldstrasse und die Wifag sind nur 2 Beispiele davon. Und von dort aus könnte man perfekt problemlos mit dem Bus jetzt neu in die neue Schule fahren. Scheinbar ist die Idee aber nicht realisierbar, da der Kanton das Gebäude nicht geben will. Sie wollen es nicht freigeben, auch nicht

als Schulraum. Ja, sie wollen das wirklich behalten, längerfristig scheinbar als Verwaltungs- und Bürogebäude. Wir fragen uns, ist das wirklich der einzige Grund? Ich meine, der Kanton hat noch mehr Häuser als nur der Ringhof. Also ist es der einzige Grund oder traut etwa der Kanton, der Stadt nicht zu, dass die Liegenschaft dann auch wirklich für Schulraum gebraucht wird oder nicht etwa für etwas anderes. Hat die Stadt vielleicht sogar ein Imageproblem, dass der Kanton sagt: "Ja, klar, es ist besser es für uns zu behalten, statt es der Stadt zu geben." Wir wissen es nicht. Warten wir mal ab, behalten wir es im Auge und vielleicht sollte man das Thema dann nachher mit der neuen Regierung, mit dem neuen Gemeinderat wieder aufnehmen. Es wäre halt aus unserer Sicht immer noch eine perfekte Lage und ein perfektes Gebäude. Und ja, wir bleiben dran und danke, wenn sie das annehmen.

Präsidentin: Danke, Ursula. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Michael Aebersold das Wort für den Gemeinderat.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Heute sind wir speditiv. Ich hätte erwartet, dass die Motion zurückgezogen wird. Das ist eben die FDP, die von sogenannten "Pösteler"-Vorstösse gesprochen hat oder quasi auf den Knien zum Kanton gehen. Das ist doch nicht effizient, über ein Gebäude zu reden, das uns erstens nicht hört und zweitens nie gehören wird. Das hat absolut nichts mit dem Image zu tun. Ich verstehe nicht, wie man da irgend so etwas sagen kann. Ich kann euch sagen, im besten Austausch mit dem Christoph Neuhaus, im besten Austausch mit Astrid Bärtschi, wenn es um Finanz-, wenn es um Grundstück-Fragen geht, arbeiten wir miteinander zusammen. Hier hat der Kanton klar gesagt, dass der Nordring 30, das wollen sie dann umfassend sanieren und langfristig als Verwaltungs- und Bürogebäude für den Kanton nutzen. Ein Verzicht kommt für den Kanton nicht in Frage. Ich kann euch einfach versichern, dass wir sehr intensiv mit dem Bund, mit dem Kanton im Gespräch sind. Wir haben gegenseitige Interessen. Wir haben auch Liegenschaften der Stadt Bern, an denen der Kanton interessiert ist, an denen der Bund interessiert ist. Es ist einfach ein "Täubele", zieht die Motion zurück oder sonst bitte ich den Stadtrat abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 039

2024.SR.0108

Ablehnung

Ja	23
Nein	37
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2019.SR.000120

14 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 14: Konsequente Klimapolitik: Flugverbot für Dienstreisen; Begründungsbericht. Das Wort für die Einreichenden: Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA!): 2022 hat Eva Krattiger ihr letztes Votum in dem Rat gehalten genau zu diesem Geschäft. Heute halte ich mein erstes Votum und bedanke mich bei Eva für ein gutes und aufschlussreiches Votum vor 2 Jahren und für ihre jahrelange Arbeit bei der JA!. Leider blieb nicht viel von diesem Votum beim Gemeinderat hängen. Deshalb entschuldige ich mich schon im Voraus, dass es für ein paar von euch vielleicht ein bisschen wiederholend ist. Den Vorstoss haben wir 2019, als die Klimakrise endlich in der breiten Öffentlichkeit ist Thema geworden, im Rahmen von einem Klimavorstosspaket eingereicht. Auch wenn ich dann noch nicht in dem Rat gesessen bin, bin ich bei der Entwicklung von diesen Vorstössen dabei gewesen. Die Klimakrise ist eine globale Krise und wenn sie leider nicht mehr so präsent diskutiert wird wie vor 5 Jahren noch lange nicht vorbei, im Gegenteil, sie wird immer wie schlimmer. Als Stadt ist der Spielraum, diese Krise zu bekämpfen, und zwar begrenzt, trotzdem ist es wichtig, diesen Spielraum, den man hat, voll auszunützen. So sind Flugreisen eine der grössten Klima-Sünderinnen. Ein Verbot ist entsprechend ein sehr effektives Mittel, die Klimakrise zu bekämpfen. Jede Flugreise, die gemacht wird, ist zu viel, auch wenn die Flugreisen selten vorkommen, lieber Gemeinderat, ist selten auch zu viel. Es sollte eben keine vorkommen. Nie. Das ist die Forderung der Motion, die der Stadtrat so auch erheblich erklärt hat. Der Begründungsbericht weicht aber von dieser Forderung ab.
Fliegen ist in der Mobilitäts-Policy grundsätzlich verboten. Trotzdem sind Ausnahmefälle vorgesehen, das heisst von einem absoluten Verbot wird abgesehen. Das ist der Punkt, der wir kritisieren und den wir schon vor 2 Jahren kritisiert haben. Es ist fraglich, wie effektiv die Vorgaben sind, wenn die Ausnahmen weiterhin bestehen. Vor allem verstehen wir nicht, warum, dass es eine Ausnahme innerhalb von Mitteleuropa geben sollte. Auch wenn die Reise mehr als 12 Stunden dauert, erachten wir eine Zugreise als sinnvoll. Einerseits, weil eine Zugreise, keine Verschwendung von Arbeitszeit ist. Im Zug kann man sehr wohl arbeiten und das dann noch viel praktischer als auf der Flugreise. Auch wenn eine Flugreise nur eineinhalb Stunden dauert, ist die reine Reisezeit viel länger wegen des ganzen Prozederes am Flughafen, das sehr viel Zeit kostet und ganz sicher nicht als effiziente Arbeitszeit genutzt werden kann. Andererseits, weil auch bei mehr als 12 Stunden Zugreise, der Ausstoss von CO_2 immer noch massiv kleiner ist als bei einer kürzeren Reise mit dem Flugzeug. Die Klimakrise muss auch dort höher gewichtet werden als die Effizienz.
Bevor eine Flugreise in Betracht gezogen wird, sollte in Betracht gezogen werden, ob die Reise wirklich nötig ist und ein Treffen wirklich einen Mehrwert für die Bevölkerung der Stadt Bern hat, wenn das vor Ort stattfindet oder ob der Mehrwert auch durch eine Online-Teilnahme erreicht wird. Online-Veranstaltungen und Meetings sind heutzutage gang und gäbe. Und wir erwarten vom Gemeinderat, dass die Klimakrise höher gewichtet wird als irgendein Treffen, das nicht absolut nötig ist und dass man auch online durchführen hätte können. Wir halten deshalb an unseren Forderungen fest, dass der Gemeinderat ein absolutes Flugverbot für Dienstreisen einführen soll.

Präsidentin: Merci, Ronja. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Michael Aebersold das Wort für den Gemeinderat. Bitte noch schnell anmelden. Danke.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke vielmals. Ich muss halt sagen, ich bin grundsätzlich gegen absolute Verbote, weil die in den meisten Fällen einfach keinen Sinn ergeben. Wir haben es geregelt, das ist die absolute Ausnahme, dass so etwas möglich ist, aber es kann in einem begründeten Fall auch mal vorkommen, dass halt der Flug sinnvoll, vielleicht nötig ist oder wenn man dann nach China will, reichen dann 12 Stunden im Zug wahrscheinlich nicht. Es geht auch um die Effizienz, um die Arbeitszeit, die die Leute haben. Also von daher sind wir der Meinung, dass wir eigentlich die Forderung der Motion grossmehrheitliche erfüllen. Kommt dann noch dazu, dass man das CO_2 kompensiert. Ich weiss, es ist ein Ablasshandel, aber im Moment ist halt der zum Teil noch nötig. Ich kann einfach auch nur festhalten, dass es ja immer neben dem Verbot auch eine Frage ist vom Verhalten. In meiner Direktion, seit ich jetzt dort bin, haben wir im 2018 eine Reise, eine Klausurreise mit der Fonds-Kommission nach Wien gemacht, das ist öffentlich und es ist vorher und nachher aus meiner Direktion nie mehr geflogen worden. Auch hier scheint mir die Stadt vorbildlich unterwegs. Und ich würde jetzt einmal davon ausgehen, dass all die in diesem Rat, die schon einmal in einem Flug gesessen sind, diesem Bericht zustimmen, dass dieser dann so genehmigt wird.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir nehmen Kenntnis vom Begründungsbericht.

2021.SR.000080

15 Motion Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!): Solarpotential auf städtischen Gebäuden ausschöpfen; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 15, ebenfalls einen Begründungsbericht: Solarpotential auf städtischen Gebäuden ausschöpfen. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Ist noch schön, da sieht man einmal alles ein bisschen in einer anderen Perspektive auf dem Sitz.
Aber jetzt zu etwas ganz anderem, und zwar zum Begründungsbericht zu unserer Motion um Solarpotenzial auf den städtischen Dächern. Das ist eigentlich schon eine sehr lange Geschichte, weil wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist bereits 2011 gefordert worden, dass auf sämtlichen Dächern vom Verwaltungsvermögen eine Solaranlage gebaut werden soll. Unsere Motion, die satte 10 Jahre später eingereicht worden ist, hat die Forderung dann auch noch auf das Finanzvermögen und Liegenschaften vom Fonds ausgeweitet. Zudem soll laut der bis jetzt noch geltenden, also alten Energie- und Klimastrategie bis 2025 der Anteil von erneuerbarer Energie bei der Stromproduktion 65% betragen. Beim jetzt gerade heute neu erschienenen Controllingbericht beträgt also laut diesem Bericht der Anteil aber erst 47% und ebenfalls laut dem Bericht, hat sich seit dem Anfang von dieser Energie- und Klimastrategie keinen Trend herauskristallisiert, dass sich da irgendetwas verbessern würde. Zudem sagt der Controllingbericht auch, dass Handlungsbedarf besteht. Auch in der Stadt existiert ein riesiges Potenzial, Photovoltaikanlagen auf Dächern zu installieren. Das muss im Hinblick auf

die ungewollte Abhängigkeit, auf die Versorgungssicherheit dringend genutzt werden. Interessant ist, dass genau der gleichen Satz schon im Controllingbericht vom letzten Mal, also von 2021, dringestanden ist. Der Auftrag, mehr Solaranlagen zu bauen, wäre also klar und existiert auch nicht erst seit gestern.
Trotzdem gibt es also dazumal, als der Begründungsbericht vom Gemeinderat geschrieben worden ist, auf städtischen Liegenschaften, inklusive den Liegenschaften vom Fonds erst 72 solche Anlagen. Laut dem Vortrag von dieser Motion von 2011, gibt es aber im Besitz der Stadt 920 Gebäude und dort hat es auf 72 von diesen erst eine Solaranlage. Das sind also erst 7,8%. Der Gemeinderat hat damals gesagt, dass 664 Liegenschaften sowieso ungeeignet seien, zum dort drauf, Solaranlagen zu erstellen, weil sie in einem zu schlechten Zustand sind oder zu verwinkelt oder zu klein oder bald nicht mehr da oder zu beschatten sind. Auch dort müsste das Potenzial ausgeschöpft werden, aber darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Sogar wenn wir uns jetzt auf die vom Gemeinderat als geeignet eingestuften 256 Gebäude würden konzentrieren, haben wir immer noch erst 28% davon mit einer Solaranlage ausgestattet. Im letzten Jahr sind laut dem Vortrag 11 neue Anlagen gebaut worden. Wenn wir also jetzt in diesem Tempo würden weitermachen, geht es noch weitere 77 Jahre bis wirklich auf allen städtischen Dächern eine Anlage gebaut wäre. Es gibt aber in dieser Stadt ein Klimareglement, wie wir ja alle Wissen und das legt fest, dass wir bis 2035, also in 11 Jahren nur noch 1 Tonne CO_2 pro Kopf ausstossen dürfen. Wenn wir so weitermachen, können wir das niemals erreichen. Das Problem sind aber nicht nur die Dächer im Besitz der Stadt. Es muss eigentlich so sein, dass auf allen Dächern in der Stadt auch auf den Privaten Solaranlagen installiert werden.
Aber wie bitte sollen wir die privaten Hausbesitzenden dazu bringen, eine Solaranlage zu installieren? Wenn wir es nicht einmal als Stadt auf unseren eigenen Gebäuden schaffen? Das bedeutet, weiter wie bis anhin, reicht einfach nicht. Es braucht mehr Ressourcen und es braucht mehr Investitionen und es braucht mehr Priorität. Aber ich will ja nicht nur schimpfen, weil wenn wir den Bericht zu unserer Motion mit demjenigen zur Motion von 2011 vergleicht, hat sich doch ein bisschen etwas getan. Der Gemeinderat schreibt, dass es für die Erreichung der Klimaziele mehr Massnahmen im Bestand nötig sei und dass die Stadt darum künftig vermehrt, selber solche Anlagen bauen soll. Zudem ist man weggekommen davon, dass man nur auf diesen 256 super guten Dächern eine Anlage installieren kann. Neu sollen auch kleinere und verwinkelte Dächer bestückt werden. Natürlich begrüssen wir den Ansatz, weil unsere Motion fordert, ja das bis 2035, also das heisst bis in 10 Jahren auf allen Dächern auch ohne Sanierungen soll eine PV-Anlage stehen soll. Allerdings sollten auch nach den neuen Regeln nicht alle Dächer im Solarkataster, wo als gut ausgewiesen sind, bestückt werden. Auch andere Punkte unserer Motion sollen nicht, wie wir sie gefordert haben, umgesetzt werden. Der Bau von Photovoltaikanlagen wird nicht oberste Priorität eingeräumt, sondern es muss zuerst auf die Interessen der Wirtschaft Rücksicht genommen werden.
Es kommt natürlich ein bisschen darauf an, wie man den Passus versteht. Schliesslich sollte es auch im Interesse der Wirtschaft sein, dass wir unsere Welt nicht einfach zugrunde richten. Und darum sollte auch die Wirtschaft dafür sein, dass wir Klimaschutz an oberste Priorität setzen. Und natürlich begrüssen wir das geplante Umsetzungskonzept Solar. Ein Konzept alleine reicht aber nicht. Es müssen jetzt Anlagen gebaut werden. Der Gemeinderat schreibt, es wäre auch mit den unbeschränkten Ressourcen nicht möglich, bis 2035 sämtliche Bestandesliegenschaften zu bestücken. Das glaube ich auch, weil seit 2011 ist man viel zu zögerlich unterwegs gewesen. Das Ziel muss jetzt aber sein, endlich das Tempo zu erhöhen und das Solarpotenzial in dieser Stadt endlich auszunutzen oder zumindest einmal in die richtige Richtung zu gehen. Merci.

Präsidentin: Merci, Katharina. Gibt es Fraktionsvoten? Chandru Somasundaram für die SP-JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Der vorliegende Begründungsbericht behandelt den Ausbau der Solarenergie auf den Stadtberner Dächer. Die Stadt Bern schöpft ihr Potenzial der Solarenergie nur zu 4,8% aus. Deshalb begrüssen wir von der SP-JUSO-Fraktion das Anliegen der Motion, den Ausbau von PV-Anlagen auf den städtischen Dächern auszubauen. Ganz im Sinne der Klimastrategie und dem Netto 0 Ziel ist die Stadt verpflichtet, die erneuerbare Stromproduktion auch für ihre Liegenschaften voranzutreiben. Das auf Grundlage von dieser Motion die Stadt Bern ein Umsetzungskonzept erarbeitet hat, um das Solarpotenzial bei den Liegenschaften im städtischen Eigentum bis 2035 auszuschöpfen, ist ein wichtiger Schritt hin zur Klimaneutralität. Dächer, Fassaden, Infrastrukturen und versiegelte Flächen sind ideal für die erneuerbare Energieproduktion. Von allen Seiten könnte man schon fast meinen, ist man sich darin einig, dass das Potenzial genützt werden soll, besonders auch weil die versiegelten Flächen die Priorität geniessen, bevor man PV-Anlagen ins Grüne baut. Jede PV-Anlage auf einem Dach oder Parkplatz nimmt den Druck der Energieproduktion in der freien Landschaft.
Auch im Hinblick auf die Winterstromlücke ist ein rascher Ausbau der Solarenergie zwingend. Dabei betonen wir, dass im Umsetzungskonzept die Rolle von PV-Anlagen für die Winterstromproduktion in einem grösseren Umfang integriert werden soll, entweder durch die Ausrichtung der Anlagen für eine höhere Produktion im Winter oder – und das ist noch viel wichtiger Aspekt – durch die Nutzung von Fassaden durch PV. Es ist einleuchtend, dass durch die PV an Fassaden, die Sonneneinstrahlung im Winter besser genutzt werden kann, weil die Sonne auch tiefer steht. Im Umsetzungskonzept ist die Fassade als erweiterte Option erwähnt. Wir finden hier lässt der Gemeinderat wichtiges Potenzial liegen. Gar nicht einverstanden sind wir mit der Antwort zu Punkt 5: Selbstverständlich müssen die Investitionen sinnvoll vorgenommen werden und dürfen nicht zu einer Wertvernichtung führen. Die Antwort zu Punkt 5 ignoriert aber, dass die Investitionen durch den Eigenverbrauch amortisiert werden und sogar einen kleinen Gewinn über die Rückspeisung erwirtschaftet werden kann. Es ist zu begrüssen, dass der Gemeinderat die Position im Umsetzungskonzept aktualisiert hat und auch das finanzielle Potenzial der Eigenstromproduktion einsieht, aber auch im Umsetzungskonzept rechnet der Gemeinderat mit einer ausgesprochen negativen Wirtschaftlichkeit. Dabei ist zu beachten, dass wir uns in einem Planungshorizont von über 10 Jahren bewegen. Man kann davon ausgehen, dass die Anlagekosten für PV wie in den letzten paar Jahren auch weiter sinken, was auch die Rentabilität verbessern wird. Und wenn wir schon beim Umsetzungskonzept sind, wieso werden die Dächer, die kleiner als 30 m^2 sind, ausgeschlossen? Gerade bei einer schlichten Vorprüfung verstehen wir das nicht. Hier sollten auch kleine Dächer angeschaut werden. Ob dann dort auch Anlagen montiert werden, ist eine andere Frage. Die Bedingungen aber für das Montieren einer Anlage sollte nicht die Grösse vom Dach sein, sondern ob am Standort eine Nachfrage nach Strom besteht und ob der Strom im Gebäude auch gebraucht wird.
Ein wichtiger Punkt fehlt uns in der Motionsantwort wie auch im Umsetzungskonzept. Es fehlt ein strategischer Ansatz der Integration von Batteriespeicherung oder anderen wertigen Einsatz von Speichertechnologien. Fakt ist, dass an der Frage der Stromspeicherung wir auch in der Stadt Bern nicht vorbeikommen. Gespeicherter Strom entlastet die Produktion, weil Batterien eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Nutzung der Energie zulassen. Auch hier ist zu betonen, dass der Zeithorizont 10 Jahre beträgt und

davon ausgegangen werden muss, dass Speichertechnologien weitere Fortschritte machen werden. Zum Schluss ist positiv hervorzuheben, dass das Umsetzungskonzept auf eine nachhaltige Nutzung von Solarpanels durch Recycling eingeht, anders als das in der Motionsantwort noch der Fall war. Aus unserer Sicht muss das Recycling-Potenzial in die Planung unbedingt mitintegriert werden. Aus dem Konzept wird nicht klar, ob und wie die Stadt auf recyceltes Material zurückgreifen oder noch besser wie allgemeine kreislaufwirtschaftliche Ansätze in die Planung integriert werden können. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Umsetzungskonzept eine adäquate Antwort auf die Motion darstellt. Eine saubere Planung durch Pilotprojekte und Zwischenevaluationen macht Sinn, um das Solarpotenzial in der Stadt besser auszuschöpfen. Es bestehen aber noch offene und relevante Fragen, wie zum Beispiel die Förderung von Winterstrom, eine Anpassung der konservativen Einschätzung der Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen und zur Aufnahme von Kreislaufwirtschaft in die Planung. Die Grundlage wurde jetzt geschaffen, aber die genannten offenen Fragen müssen auch beantwortet werden und ganz wichtig, es muss endlich vorwärtsgemacht werden. Merci.

Präsidentin: Merci Chandru. Gibt es Einzelvoten? Dann hat das Wort Michael Aebersold für den Gemeinderat.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke vielmals. Wir führen hier einmal mehr eine Energie- und Klimadebatte. Ich will darauf hinweisen, dass der Bericht schon wieder anderthalb Jahre alt ist und das letzte Mal im 4. Juli hier traktandiert gewesen ist. Wir sind in Zwischenzeiten mit unserem Solarkonzept herausgekommen. Das beweist ja, dass es vorwärtsgeht und jetzt einfach übergeordnet wird. Wir haben eine Energiestrategie mit klaren Zielen und wir haben vor 2 Wochen oder so kommuniziert, dass wir im Moment gut drinnen sind die Ziele zu erreichen, und das ist das wo zählt. Und für die Ziele zu erreichen, gibt es eben nicht nur Solarenergie, da spielt die Mobilität eine Rolle, wir wollen aus sämtlichen Ölheizungen, Gasheizungen aussteigen. Das braucht eine Planung. Das braucht eine Finanzierung. Das braucht ein Konzept und da sind wir dran und ihr könnt ihr auf dem Internet schauen gehen, wie wir da sichtbare Fortschritte machen. Und ich will es einfach betonen, wir haben die Ziele, die wir uns gesetzt haben bezüglich Photovoltaik um 5% übertroffen bereits im 2022. Jetzt kann man klar Ziele immer höher und höher und höher schrauben, aber ich muss euch sagen, dass irgendjemand, der im Stabhochsprung 5,40 m gemacht hat, kann nachher nicht sagen, weil er das gemacht hat, macht er das nächste Mal 6 Meter oder so. Es gibt das schöne chinesische Sprichwort, wenn man das Gras zieht, dann wächst es nicht schneller. Wir haben den Tatbeweis auch gezeigt mit der Schwimmhalle Neufeld, mit dem Centralweg, mit der Reichenbachstrasse 118, geht die Gebäude anschauen, was man dort gemacht hat bezüglich Sonnenenergie. Die Volksschule, die besondere ebenfalls. Also das ist heute bei allem, was neu ist, eine Selbstverständlichkeit.
Und jetzt die Frage von den kleinen Flächen, das hat man schon vor einer Weile gesagt, das machen wir nicht. Jetzt haben wir gesagt, man solle das prüfen. Wir haben 224 geeignete Gebäude im Verwaltungsvermögen und 91 im Finanzvermögen, die haben wir jetzt einmal eruiert. Das heisst dann noch nicht, dass es dort überall geht. Wenn man das überall könnte, dann gäbe das knapp 17’000 Kilowatt Peak, etwa 7’000 Haushalte. Jetzt muss man schauen, ob sie Dächer haben, ob die Einstrahlung nützt und auch sinnvoll ist. Und dann kann ich einfach jetzt gerade eine Geschichte aus dem realen Leben erzählen. Nämlich drei Familie, die in einem städtischen Haus wohnen, die unbedingt jetzt so eine Solarenergieanlage haben wollten, das Gefühl hatten, das

wir bocken. Wir sind jetzt intensiv mit diesen zusammengesessen und sie haben einsehen müssen, dass auf dem Gebäude, das nicht geht, weil es sich nicht zahlt, weil man nicht einfach ein Gerüst hintun kann, wegen der Sicherheit, ganz viele Gründe warum es nicht geht. Aber man hat jetzt mit einer anderen Anlage eine Lösung gefunden. Jetzt wird der Strom nicht auf dem Dach produziert, aber sie bekommen Solarenergie. Und das ist der Approach und nicht einfach die absolute Forderung einer Solaranlage auf jedem Dach. Wir machen das alles, bei allem, was neu ist, alles, was saniert ist, da prüfen wir das. Und eben wenn wir dann schon gerade beim Thema sind, kann ich es mir jetzt nicht verklemmen: Das verstehe ich dann gerade nicht, wenn man vor allem dann von Links-Grün dagegen ist, wenn man im Belpmoos eine riesige Anlage bauen kann, die genau die Solarenergie liefert, die uns weiterbringt. Man muss Kompromisse eingehen. Man kann nicht das 5 und das Weggli haben. Und dann muss man an irgendeinem Ort auch bereit sein. Also eben man muss die Solarenergie und überhaupt die Klimapolitik gesamtheitlich denken und vor allem auch realisieren. Merci.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir nehmen Kenntnis vom Begründungsbericht.

2023.SR.000050

16 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rüegsegger, SVP): Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen: was kostet die ungerechte Vergabe den Steuerzahler? Was für Folgen hat diese Praxis für effektiv auf günstige Wohnungen angewiesene Personen?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 16. Das ist eine Interpellation der SVP-Fraktion über die Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen. Ist die Diskussion erwünscht? Sie ist nicht erwünscht. Dann habt ihr das Wort für eine kurze Erklärung. Thomas Glauser für die Einreichenden.

Thomas Glauser (SVP) für die Einreichenden: Es geht hier um einen vergünstigten Mietwohnungsraum. Die Antworten, die uns der Gemeinderat gegeben hat, sind uns ein bisschen zu schwammig. Er habe zu wenig Daten etc. Für uns ist es einfach wichtig, dass man das viel breiter anschauen und beurteilen würde. Wir sind nicht zufrieden mit der Antwort.

Präsidentin: Merci, Thomas. Der Zufriedenheitsgrad ist nicht zufrieden.

2023.SR.000079

17 Interfraktionelle Interpellation GB/JA, AL/PdA (Seraphine Iseli / Katharina Gallizzi / Anna Leissing, GB / David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA / Matthias Humbel, GFL / Therese Streit EVP): Kündigungen bei Sanierung sozial abfedern; Verlust von günstigem Wohnraum vorbeugen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 17, das ist eine interfraktionelle Interpellation zu Kündigungen bei Sanierungen. Ist die Diskussion gewünscht durch die Einreichenden? Wenn 1/3 zustimmen, dann gibt es eine Diskussion.

Abstimmung Nr. 040

2023.SR.000079: Diskussion gewährt	
1/3 Quorum erreicht	
Ja	53
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Das Wort haben die Einreichenden, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Totalsanierungen, Leerkündigungen, Verdrängung, Mietzinsanstieg und Verlust von günstigem Wohnraum das ist eine stichwortartige Zusammenfassung des Inhaltes von der vorliegenden Interpellation, rund um die Totalsanierung an der Bahnstrasse 59 und 79, zwei Wohnblöcke im Besitz von der PVK Stadt Bern. Als Einreichende sind wir dankbar, dass die Diskussion gewährt worden ist, und zwar aus 2 Gründen: Erstens, weil die Antworten vom Gemeinderat auf unsere Fragen aus unserer Sicht doch gerade ein bisschen gar knapp ausgefallen sind. Es gibt bei verschiedensten Punkten definitiv Diskussionsbedarf und zweitens, weil der Fall Bahnstrasse nur ein Beispiel ist, für Situationen, die uns in Zukunft noch häufiger beschäftigen werden. Wir wissen, dass ein grosser Teil der Gebäude in der Stadt Bern in den kommenden Jahren saniert werden müssen, und es ist unserer Verantwortung, den Verlust von günstigem Wohnraum und den Anstieg der Mietzinsen zu bremsen und die Verdrängung von Menschen aus ihren Wohnungen, aus ihren Quartieren und aus ihrer Stadt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.
Vor dem Hintergrund ein paar Bemerkungen zur Interpellationsantwort: Erstens, haben wir allesamt mit grossem Erstaunen gelesen, dass der Gemeinderat eine 50-prozentige Steigerung der Mietzinsen für gerechtfertigt und verkraftbar hält. Er gibt zwar zu, dass der Anstieg für die betroffenen Menschen happig sei und relativiert ihn im gleichen Zug mit dem Argument, die Mietzinsen seien nur leicht über dem Durchschnitt für den betreffenden Stadtteil. Ich weiss nicht genau, ob dem Gemeinderat nicht klar ist, dass er damit 1 zu 1 das Problem der Gentrifizierung wiedergibt. Nach Sanierungen werden die Mietzinsen übermässig angehoben und damit steigt natürlich der Durchschnittspreis im Quartier. Wenn sich die Mietzinsen dann am steigenden Durchschnittspreis orientieren, geht die Spirale einfach unhaltbar nach oben. Wenn also der Gemeinderat die eigene Wohnstrategie ernst nimmt und ergänzend zum renditeorientierten Immobilienmarkt günstigen Wohnraumraum fördern will, kann er sich nicht an den durchschnittlichen Mietzinsen in einem Stadtteil orientieren. Es ist den Einreichenden ein grosses Anliegen an dieser Stelle klar festzuhalten, dass aus unserer Sicht die Erhöhung der Mietpreise an der Bahnstrasse auf das 1,5-Fache von den bisherigen Mietzinsen, eindeutig zu hoch sind. Kaum jemand von den vorherigen Mieter*innen kann sich die Erhöhung leisten. Die Verdrängung ist das Ergebnis.
Dann zu den Antworten auf die einzelnen Punkte und Fragen. Punkt 1: Es ist zwar richtig, dass an der Bahnstrasse ein Mieter-Careteam vor Ort gewesen ist. Aber die Schilderungen von Betroffenen und nahestehenden Personen aus dem Quartier haben klar gezeigt, dass bei der Betreuung und Unterstützung von Mieter*innen, wie sie die Privera AG versteht, noch sehr viel Luft nach oben besteht. Es hat vor allem gemangelt an der Information und Zugänglichkeit und an der Kommunikation. Diese habe mehr-

heitlich digital stattgefunden. Gerade ältere Personen musste man aber mit ausgedruckten Infoblättern oder sonstiger analoger Kommunikation abholen. Man habe das zwar versucht, offenbar hat die Privera AG in einer der leeren Wohnungen ein Büro eingerichtet. Die älteren Menschen haben es teilweise gar nicht gefunden oder sind, wenn sie es dann gefunden haben, enttäuscht wieder herausgekommen, weil die Person, die vor Ort war, halt kaum auf ihre Bedürfnisse eingehen konnte. Der Wunsch von den meisten Leuten, wo seit 50-60 Jahren in diesem Quartierleben, ist gewesen, eine vergleichbare Wohnung in der Nähe, in diesem Quartier, in diesem Stadtteil zu finden. Aber alles, was die Privera AG anbieten konnte, sind Wohnungen im Portfolio der PVK in anderen Stadtteilen gewesen. Manchmal war es sogar nur ein Hinweis auf ein Inserat auf Immoscout, die ganze Unterstützung, die die Leute bekommen haben. Es wurde auch berichtet, dass nebenan im Holligerhof eigentlich zu diesem Zeitpunkt Wohnungen ausgeschrieben gewesen wären. Die Mieter*innen an der Bahnstrasse haben aber davon nichts und dann erst zu spät erfahren. Wenn also die Stadt die Praxis von sozialverträglichen Sanierungen ernst nimmt, muss sie aus diesen Erfahrungen an der Bahnstrasse lernen und die Betreuung und Unterstützung von Mieter*innen besser auf die individuellen Bedürfnisse und Lebenssituationen ausrichten.
Zu Punkt 2, rund um das Vorzugsrecht: Es ist richtig und gut, dass die Mieter*innen das Vorzugsrecht auf die neuen Wohnungen an der Bahnstrasse von der Privera AG und vom ganzen Portfolio von der PVK haben gehabt. Aber wie bereits gesagt, sind die Mietzinsen nach den Sanierungen für die aller meisten nicht mehr zahlbar und die anderen Wohnungen der Privera AG und der PVK nicht im Quartier. Damit wurden Menschen aus ihren sozialen Netzwerken herausgerissen und Sozialstrukturen wurden zerstört. Zu Punkt 4: Die Frage, ob eine Liegenschaft saniert werden muss, wird von verschiedenen Fachpersonen ganz unterschiedlich beurteilt. Es liegt ausserdem in der Verantwortung der Liegenschaftsbesitzer*innen, ihre Liegenschaften kontinuierlich zu unterhalten, damit Totalsanierungen vermieden werden können. Ob die PVK dieser Verantwortung, in diesem Fall, nachgekommen ist, sei in den Raum gestellt. Es muss zudem festgestellt werden, dass auch wenn die beiden Gebäude in diesem Fall an der Bahnstrasse eine Totalsanierung gebraucht haben, hätte es wahrscheinlich die Möglichkeit gegeben, die Sanierung von den beiden Gebäuden zeitlich so auseinander zu nehmen, dass man etappiert hätte sanieren können. Dann hätten die Mieter*innen von einem Block, während der Sanierung, temporär im anderen unterkommen können und umgekehrt. Die Sanierung dieser riesigen Überbauung im Telli in Aarau kann hier als gutes Beispiel herangezogen werden.
Zu Punkt 5: Da liegt wohl ein Missverständnis vor und wir entschuldigen uns, wenn wir die Formulierung nicht klar getroffen haben. Was wir mit Fachstelle Wohnen gemeint haben, ist nämlich nicht die Fachstelle Wohnbauförderung, sondern tatsächlich die in der Antwort erwähnte Beratung für Armutsbetroffene und armutsgefährdete Personen, also die Massnahme 5.6 von der Wohnstrategie. Sie hat in der Zwischenzeit die Arbeit aufgenommen. Sie wird von der Heilsarmee betrieben und leistet gute Arbeit. Deshalb haben wir auch für das kommende Jahr im Stadtrat das Budget für diese Stelle aufgestockt und damit unseren Willen bekundet, die Art der Unterstützung durch die Stadt zu leisten und möglichst auszubauen. Wir wünschen uns eine proaktive Kommunikation durch die Stelle in Situationen wie an der Bahnstrasse, um das Versprechen von sozialverträglichen Sanierungen auch wirklich umsetzen zu können. Auch die Antwort auf die Frage 6 ist enorm knapp ausgefallen. Einen gesamtstädtischen Überblick und die Koordination von grossen Sanierungsprojekten bergen aus unserer Sicht ein grosses Potenzial. So wie sich gemeinnützige Wohnbauträgerschaften untereinander abspre-

chen können, wäre es auch für die Stadt Bern denkbar, hier koordinierend darauf einzuwirken. Damit kann man der kommenden Sanierungswelle mit einer Strategie, mit einem Plan begegnen und die Berner*innen im Kontext von Wohnungsnot und Mietzinsexplosion unterstützen.
Schliesslich noch abschliessend zur Frage 7 und 8 zusammengefasst: Wir sind einverstanden, dass kostengünstige Sanierungen eine Massnahme sind, um den Anstieg der Mietzinsen zu begegnen, aber es ist eben nur eine Massnahme. Wir haben letzte Woche den Gemeinderat beauftragt, eine Mietzinskontrolle einzuführen. Das ist eine weitere sehr effektive Massnahme.
Die Präsidentin bittet zum Schluss zu kommen.
Ich bin am Schluss. Auch verschiedene innovative Mietzinsmodelle sind vielversprechend, zum Beispiel solidarische Mietzinsmodelle als eine Art Quersubventionierung oder auch Modelle, die an das Einkommen gekoppelt sind. Das wird an der Giacomettistrasse heute umgesetzt. Der Eigentümer spricht mit Überzeugung der Vorteile solcher Lösungen. Zusammenfassend können wir sagen, dass die Sanierung an der Bahnstrasse alles andere als gut gelaufen ist und der Gemeinderat hier genau hinschauen und daraus Lehren ziehen soll, damit man bei zukünftigen Sanierungsprojekten eine konstruktivere Rolle spielen kann. Wir sind es mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden. Merci.

Präsidentin: Danke, Anna. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Man kann es immer besser machen, das muss man festhalten auch bei den Sanierungen. Und man hat vor ein paar Jahren sehr ernsthaft angefangen mit den energetischen Sanierungen und das sollte jetzt eigentlich auch dann zum guten Ton gehören, dass man auch soziale Sanierungen macht, das heisst, dass man die Häuser nicht einfach leerräumt und die Leute rausstellt, saniert und nachher zu einem x-beliebigen Mietzins wieder hinein geht.
Wir glauben, dass die Stadt im Moment erste Schritte in diese Richtung unternimmt. Sie hat zum Beispiel im Herbst Veranstaltungen gemacht zum sozialverträglichen Sanieren. Wir glauben, dass das auch die Zukunft sein wird und dass das nicht nur die Stadt betreffen sollte und ihre Liegenschaften, sondern auch die Privaten und auch die PVK, die nicht eine städtische Liegenschaft ist im engeren Sinn ist. Es hat zwar den Gemeinderat dort ein Wörtchen mitzureden, aber im Unterschied zu den städtischen Liegenschaften ist die PVK durchaus renditeorientiert, weil sie, und das ist halt ein grundlegender Widerspruch des Systems, gezwungen ist, aus den Erträgen die Rente von diesen in dieser Versicherung angehängten Leute zu finanzieren. Und das ist der Unterschied zu den städtischen Liegenschaften, die ja wie wir wissen, nicht nach Rendite-Kriterien betrieben werden, sondern nach der Kostenmiete beziehungsweise nach dem Berner Modell, das sich an Kostenmiete orientiert.
Von dem her, können wir nur verlangen, dass der Gemeinderat bei seinen Liegenschaften hinschaut, aber letztendlich müssen alle, die sanieren, genauer hinschauen. Damit die Leute, die im Quartier sind, auch in Zukunft dort behalten werden können. Wir wissen aber auch, dass das nicht ganz so einfach ist, weil nach wie vor ein Grossteil des Liegenschaftsmarkts in privaten Händen ist und je grösser der Investor ist, der dort die Finger drin hat, desto schwieriger wird es ihm zu erklären, dass das vielleicht die Zukunft ist. Wobei und das hat die Tagung zum sozialverträglichen Sanieren auch gezeigt, auch sie lernen etwas, denn auch sie haben ein Interesse an einer Mieterschaft, die funktioniert, die möglichst wenig Leerstand produziert und die ihnen quasi ein gutes

Geschäft ermöglicht. Die Antworten des Gemeinderats zu diesem konkreten Fall haben wir zur Kenntnis genommen. Wenn man genau hinschaut, kann man durchaus zu Schlüssen kommen, wie es jetzt eben das Grüne Bündnis gemacht hat. Es ist vermutlich auch tatsächlich im Einzelfall so, dass es nicht immer befriedigend ist, was dort passiert. Aber wichtig ist, dass man dran ist und dranbleiben soll, und man soll das Ziel, sozial zu sanieren, wirklich in Zukunft noch ernster nehmen.

Präsidentin: Merci, Johannes. Für die FDP/JF-Fraktion, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Es ist interessant, was hier von den Interpellanten moniert wird.
Das ist alleine eigentlich die Folge von all diesen Auflagen, die von der gleichen Links-Grünen Politik selber geschaffen worden ist. Der Fall von dieser PVK zeigt exemplarisch, wie die Regulierung nicht nur die Privaten belastet, sondern auch die städtischen Institutionen vor erhebliche Herausforderungen stellt. Seit Jahren ist absehbar, dass die Regulierungswut von Linksgrün, steigende Kosten und starre Prozesse zur Folge hat, die letztlich den Verlust von günstigem Wohnraum und soziale Verdrängung beschleunigt. Und dabei wäre die Lösung recht einfach. Wir sollten wieder zurück zur Subjektförderung kommen und damit die Hilfe gezielt dort hineinbringen, wo es wirklich benötigt wird. So können Sanierungen effizient, klimafreundlich und sozialverträglich umgesetzt werden, ohne dass eine Gentrifizierung darunter leidet und vulnerable Personen getroffen werden.

Präsidentin: Danke Simone. Für die GFL-Fraktion, Matthias Humbel.

Matthias Humbel (GFL) für die Fraktion: Ja, es ist tatsächlich noch eine Herausforderung das einzufädeln, aber ist geglückt. Die Sanierungen von Wohnraum sind eine heikle Sache. Es ist wichtig, dass in diese Häuser investiert wird, damit der Wohnraum langfristig erhalten werden kann. Das ist unbestritten. Gleichzeitig bieten diese Sanierungen auch immer praktische Gelegenheiten, um alte Mieter*innen loszuwerden und neue Mieter*innen zu deutlich höheren Mietpreis hineinzuholen. Im Fall von den beiden Häusern an der Bahnhofstrasse, werden die sanierten Wohnungen dann ganzen 50% teurer als zuvor. Das ist happig und für manche bisherige Mieter*innen wird es wahrscheinlich zu viel sein. Da hätte man gerade von einer Pensionskasse, die ja Geld von Arbeitnehmenden verwaltet, doch ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl erwarten dürfen.
Noch immer werden die Sanierungen nicht oder nicht genügend sozialverträglich abgewickelt. Darunter gehört, dass wenn möglich eine Sanierung ohne Kündigungen gemacht wird, oder dass es Ersatzlösungen für die Sanierungsphase gibt. Das ist selbstverständlich etwas aufwendiger, als einfach allen Mietern zu kündigen, ist aber durchaus machbar. Die entsprechenden Beispiele gibt es auch in der Stadt Bern. Dass es im Fall der beiden Häuser an der Bahnhofstrasse ein Careteam gegeben hat, ist grundsätzlich positiv. Ob die Care-Teams ihrem Namen auch gerecht werden, hängt doch von der konkreten Ausgestaltung des Mandats an das Team ab. Da kommt es dann doch auch immer mal wieder vor, dass es da nicht vielmehr als bessere Feigenblätter sind, die nach aussen eine gute Falle machen, für die Mieter*innen, aber keinen wirklichen Mehrwert bieten.
Dann ist das mit dem Vorzugsrecht sicher grundsätzlich auch keine schlechte Sache. Ob es aber auch ein wirkungsvolles Instrument ist, hängt sehr stark davon ab, wie hoch

die neuen Mieten ausfallen. Das haben wir gesehen, die sind im Fall von der Bahnhofstrasse 50% mehr. Was dann eben halt das Vorzugsrecht doch massiv einschränkt. Und dann hängt es auch davon ab, wie hoch die Mieten im restlichen Portfolio sind und wo sich die Wohnungen, die dann noch da sind, dann genau befinden. Auch da sieht es so aus, als sei da nicht alles optimal gewesen. Kurzum, sozialverträgliche Sanierungen wären also durchaus möglich. Man muss es dann nur auch wollen. Bei den Häusern der Bahnhofstrasse heisst das sicher, dass noch gut Luft nach oben ist. So, wie das Projekt umgesetzt wird, ist es dann mehr ein weiteres Beispiel dafür, wie günstiger Wohnraum verloren geht und so Mieterinnen und Mieter verdrängt werden. Da geht bei zukünftigen Projekten hoffentlich noch mehr. Merci.

Präsidentin: Merci, Matthias. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Dann kommt Michael Aebersold für den Gemeinderat.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Das ist natürlich sehr nett von euch, dass ihr mir jetzt zum Abschluss noch so eine Wohnbaupolitikdebatte ermöglicht. Die 3 Minuten reichen jetzt nicht zum Zurückschauen, was wir dann gerade in dieser Legislatur erreicht haben. Ich glaube aber, die Stadt Bern hat ganz klar bewiesen, dass die Wohnbaupolitik ein riesiges Anliegen ist, dass es wichtig ist, günstiger Wohnraum zu schaffen. Dass es dann einfach im Einzelfall nicht so einfach ist, das ist eine andere Geschichte. Ich habe das an der Attinghausenstrasse erlebt. Das ist nicht das, was man wünscht, aber das muss ich dem Vorsprecher sagen, es ist nicht so, dass man einfach wählt, ob man leer sanieren will oder nicht. Es gibt einfach Fälle, wo das nicht anders möglich ist. Es ist unschön und dann müssen die Mietenden raus. Und dann wird investiert und dann will man noch Sonnenkollektoren und dann will man noch dieses und jenes und das kostet alles. Am Schluss muss der, der investiert, sogar die Stadt ein bisschen Rechnungen machen und sagen, was heisst jetzt das für die Miete und dann gehen die Mieten hoch. Das ist nicht zu vermeiden.
Ich glaube, dass man sicher hinschauen muss, und man es sicher vielleicht noch ein bisschen besser machen kann. Wobei mir das bei den Attinghausenstrasse gemacht. Die, die zuerst aus der Attinghausen-Strasse herausmussten, die mussten fort, aber den anderen konnte man dann sagen: "Ihr könnt nachher dann, wenn die Kriterien erfüllt sind, nachher in die schön sanierten, neuen Wohnungen gehen." Es ist sicher auch wichtig, es ist jetzt da x-mal gesagt worden, die Miete sei um 50% hinauf. Man müsste vielleicht auch die Frage stellen, wie hoch oder wie tief sind die Mieten vorher gewesen und wo ist man dann gelandet. Und ich kann euch einfach sagen, dass dort die PVK gar nicht so schlecht ist, dass sie eigentlich mit ihren Mietmittel recht gut dran sind. Und die Liegenschaften, die zwei, die jetzt hier erwähnt sind, Bahnstrasse, das hat zu Diskussionen geführt, aber es war dort einfach nicht anders möglich, als die leer zu sanieren, weil viel Lärm einen sehr tiefen Eingriff in die Liegenschaften nötig gemacht hat. Man hat aber bei beiden Liegenschaften überdurchschnittlich lange Kündigungsfristen zugunsten der Mietenden ausgesprochen, frühzeitig informierte. Ich habe einfach dort ein bisschen andere Informationen. Übrigens auch die Vereinigung Berner Gemeinwesen (VBG) war dort involviert. Man hat alle unterstützt und innerhalb von kürzester Zeit hat man für die meisten Mietenden eine Lösung gefunden, also am Schluss ist es das doch auch was zählt. Die Menschen, die betroffen sind und eine Kündigung bekommen, was überhaupt nicht lustig ist, im Gegenteil, auch gerade für ältere Leute, die im Quartier verwurzelt sind, für die Familien ist das ein katastrophaler Entscheid, aber man hat die unterstützt, die haben fast all eine Wohnung gefunden.

Ihr kennt das Mietenrecht. Es gibt auch noch die Möglichkeit, dort Einsprache zu erheben gegen eine Kündigung. Das haben, sage und schreibe, 4 Parteien gemacht in dem Fall. Zwei haben es zurückgezogen, weil sie nämlich nachher, als es zum Gerichtstermin gekommen ist, bereits eine Wohnung hatten und 2 haben es durchgezogen. Die haben vor dem Gericht verloren. Also ich glaube, so schlecht hat das die PVK nicht gemacht. Man kann immer besser werden, das habe ich an verschiedenen Orten gesagt, gerade in der Gentrifizierung, gerade vorsorglich, wenn das etappiert geht, dass man das macht, aber auch das ist wieder eine Kostenfrage. Wenn ihr 2 Häuser habt und gleichzeitig saniert, kostet das dann vielleicht wesentlich weniger, als wenn man eine saniert und nachher kommen irgendein Jahr später dann die gleichen Handwerker wieder für die zweite Sanierung. Das muss man halt auch abwägen und im Detail anschauen, das macht wir übrigens auch bei Stadt.

Präsidentin: Danke, Michael. Der Zufriedenheitsgrad ist nicht zufrieden.

2023.SR.0128

18 Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser / Alexander Feuz, SVP): Rotgrüne Verkehrspolitik: Einführung von flächendeckend Tempo 30 km/h, Abbau Verkehrsspuren und Parkplätzen in der Stadt Bern: Auswirkungen auf die Steuererträge? Welchen Beitrag leisten die juristischen Personen, KMU's und die selbständig Erwerbenden an die Steuereinnahmen?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 18, das ist wieder eine Interpellation der SVP-Fraktion. Ist die Diskussion erwünscht? Ja, dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung Nr. 041

2023.SR.0128: Diskussion nicht gewährt	
1/3 Quorum nicht erreicht	
Ja	18
Nein	41
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Ihr habt das Wort für eine kurze Erklärung. Kann jemand noch Thomas Glauser anmelden?

Thomas Glauser (SVP) für die Einreichenden: Ich habe nichts anderes erwartet, dass man hier nicht über das diskutieren will. Das war für mich klar. Vor der Abstimmung schon und dennoch möchte ich sagen, dass eben die ganzen verkehrsberuhigende Sachen in der Stadt Bern, wie der Abbau von Verkehrsspuren, von Parkplätzen, 30er-Zone, eine gewisse Berechtigung hat, aber gerade für die Unternehmen – ich rede da für die KMU, das Gewerbe, die Gastronomie – da gibt es Leute, die Unternehmen haben, die in dieser Stadt auch Steuern zahlen und diese Leute, die gehen vermehrt aus der Stadt heraus. Gerade letzte Woche habe ich von jemandem gehört: "Ich wäre gerne mit meinem Unternehmen in der Stadt Bern geblieben, aber es ist für mich so umständlich und ich habe so viele Barrieren, vor allem gerade im Verkehrsnetz. Im ganzen Verkehrsnetz, den man beruhigen will, den man aber fast zu viel beruhigt hat.

Die Präsidentin bittet zum Schluss zu kommen.
Das hat eben nachher Auswirkungen, wenn die Stadt Bern gute Gewerbesteuerzahler verliert. Das werden wir in den Finanzen spüren.

Präsidentin: Merci, Thomas. Zufriedenheitsgrad? Ist zufrieden? Nicht zufrieden, gut.

2024.SR.0099

19 Interfraktionelle Motion Fraktionen SVP, FDP/JF (Alexander Feuz, SVP/Tom Berger, FDP/Janosch Weyermann, SVP/Florence Pärli, JF/Thomas Glauser, SVP): Gastronomie-Angebot beim Tierpark Dählhölzli sicherstellen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 19, eine interfraktionelle Motion: Gastronomie-Angebot beim Tierpark Dählhölzli sicherstellen. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Es will niemand sprechen für die Einreichenden. Dann sind wir schon bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Will der Gemeinderat etwas sagen? Er verzichtet. Gut, dann stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 042

2024.SR.0099: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	28
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Die Motion als Richtlinie ist abgelehnt. Wir nehmen den Begründungsbericht so zur Kenntnis. Nein, das stimmt nicht, es gibt gar keinen.

2023.SR.0250

20 Interfraktionelle Motion GB/JA, GLP/JGLP, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Jegher, JA / Esther Meier, GB / Michael Ruefer, GLP / Sofia Fisch, JUSO / Szabolcs Mihalyi, SP / Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA / Marcel Wüthrich, GFL): Ein queerer Begegnungsort in der Stadt Bern

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 20. Eine interfraktionelle Motion: Ein queerer Begegnungsort in der Stadt Bern. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!) für die Einreichenden: Die Stadt Bern ist Teil vom Rainbow Cities Network. Letztes Jahr sind die Eurogames hier durchgeführt worden und dieses Jahr hat zum zweiten Mal infolge die BernPride stattgefunden. Aber seien wir ehrlich, abgesehen von diesen vereinzelten Veranstaltungen, wie sichtbar sind queere Menschen tatsächlich in der Stadt Bern? Wie viel Raum steht queeren Menschen in dieser Stadt zu? Die LGBTQ Helpline, die eine gesamtschweizerische Meldestelle für queer feindliche Hassdelikte und Übergriffe, sogenannte Hate Crimes, betreibt, hat im Jahr 2023

305 Meldungen erfasst. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Das sind fast 6 Meldungen pro Woche. Und auch in der Stadt Bern werden queere Menschen nach wie vor im Alltag diskriminiert und sind häufiger Gewalt ausgesetzt. So steht zum Beispiel im Auswertungsbericht von "Bern schaut hin", dass in diesen 750 Meldungen, wo im ersten Jahr eingegangen sind, überdurchschnittlich häufig Frauen, queere Männer und nichtbinäre Personen von queer feindlichen und sexistischen Übergriffen betroffen sind. Und bei all diesen Zahlen ist es wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass die Dunkelziffer noch massiv viel höher sein wird.
Orte, wo sich queere Menschen begegnen, vernetzen, für einander da sein und Kraft schöpfen können, um dieser tagtäglichen Gewalt entgegenzustehen, sind darum extrem wichtig. Solange wir als queere Menschen nicht selbstverständlich als Teil von dieser Gesellschaft angenommen werden, sondern immer noch darum kämpfen müssen überhaupt als gleichwertige Menschen gesehen zu werden, solange wir für unsere Rechte kämpfen müssen oder darum, dass sie uns nicht weggenommen werden, solange nonbinäre und Transmenschen tagtäglich Angst haben aus dem Haus zu gehen, brauchen wir Orte, wo wir uns Treffen, austauschen und sicher fühlen können. Für eine tatsächlich queer freundliche Stadt ist es wichtig, dass queere Menschen auch physisch Raum einnehmen können. Es ist wichtig, dass die Stadt Unterstützung bietet, denn die queere Community ist als Folge von Marginalisierung und Diskriminierung auch weniger ressourcenstark und deshalb umso mehr auf Unterstützung angewiesen.
Sowohl queere Organisationen als auch Einzelpersonen bringen immer wieder ein, dass es in der Stadt Bern nicht genug Räume gibt für queere Menschen. So wird zum Beispiel häufig das Regenbogenhaus in Zürich als Vorbild erwähnt und das Bedürfnis geäussert, dass die Stadt Bern auch einen solchen Ort braucht. Aus all diesen Gründen haben wir den breit abgestützten Vorstoss eingereicht, der einen queerer Begegnungsort in der Stadt Bern fordert. Die Stadt soll zusammen mit queeren Organisationen, Vereinen und Kollektive ein Konzept für einen queerer Begegnungsort ausarbeiten. Sie soll zusammen mit der ISB, toj, VBG, Quartierkommissionen und weiteren Akteuren*innen nach geeigneten Orten und Räumen suchen und eine mögliche Umsetzung prüfen. Und am Schluss soll sie einen Vorschlag machen, wie und wo ein queerer Begegnungsort umgesetzt werden kann und die Umsetzung nachher auch in die Hand nehmen. Es soll ein Ort werden, wo verschiedene queere Organisationen und Gruppen wie auch Einzelpersonen zusammenkommen können und mitgestalten, ein Ort für Vernetzung, Veranstaltungen, aber auch einfach zum Sein. Einen Ort zum Kraft tanken und sich gegenseitig Bestärken. Einen Ort, der die Welt ein Stück besser macht. Von der Antwort des Gemeinderates sind wir ehrlich gesagt enttäuscht. Es ist schön, dass der Gemeinderat grundsätzlich bereit ist, unser Anliegen zu prüfen, aber ein paar Worte mehr hätten es schon mehr vertragen. Wir erwarten zudem nicht nur eine Prüfung, sondern auch einen konkreten Vorschlag und eine entsprechende Umsetzung eines queeren Begegnungsortes.
Und nachher möchte ich noch kurz etwas nicht als Einreichende, sondern im Namen unserer Fraktion anhängen.
Der Hass, der von Parteien wie der SVP aktuell gegen queeren Menschen gesät wird, hat zur Folge, dass die queer feindliche Gewalt wieder zunimmt. Es geht nämlich nicht, wie in den Medien gerne gesagt wird, um eine Woke-Diskussion. Es geht um gezielten Hass. Die Hetzkampagnen haben reale Auswirkungen auf Menschen, gerade Trans- und nonbinäre Menschen sind aufgrund dieser Kampagnen immer wieder massiver Gewalt ausgesetzt. Das einfach als Reminder für all die Parteien, die ein Wahlbündnis mit der SVP eingegangen sind, eine Kampagne mit einem Design gemacht haben, die aussieht, als wäre es von der Zürich Pride, und das ironischerweise mehr "Farbe für Bern"

genannt haben, wenn es in der Realität einfach mehr Braun für Bern ist. Ihr könnt noch so sehr davon reden, euch für die queere Politik einzusetzen. Es bleibt schlussendlich dabei, dass ihr offensichtlich kein Problem habt mit der hetzerischen Politik der SVP und daraus folgend massiv verstärkenden Gewalt gegenüber queeren Menschen.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann sind wir bei den Fraktionserklärungen. Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Einfach nur schnell. Ich würde jetzt behaupten in diesen 46 Jahren, wo ich auf dieser Welt bin und in denen – was sind es jetzt gut etwa 30 Jahre – ich in der queeren Szene unterwegs bin, es ist nicht die Parteizugehörigkeit, die entscheidend ist, ob man sich einsetzt oder nicht, sehr viel gemacht worden. Und darum setze ich mich auch ein für queere Orte, für queere Safe Spaces. Ich habe das immer wieder gemacht und ich finde ja jetzt so der Schluss vom Votum ist schade. Am Anfang habe ich mit spüren können und bin eigentlich auf der gleichen Linie, aber den habe ich jetzt wirklich schade gefunden diesen Seitenhieb und noch mit Braun und so. Ich halte hier das Fraktionsvotum, nehme aber schon vorweg, dass unsere Fraktion keine einheitliche Meinung hat und deshalb Stimmfreigabe beschlossen hat. Ich persönlich und einige meiner Fraktionskolleg*innen finden, dass die Motion wichtig ist und gut formuliert. Ich habe mein Coming Out eben mit etwa 16 gehabt. Ich bin sehr froh gewesen, hat es dann queere Safe Spaces gegeben wie dazumal das anderLand. Dort hat es verschiedenste Gruppen von Menschen gegeben, die geholfen haben, dass man Menschen findet, die auch gleich denken und fühlen, dass man besser akzeptieren kann, wer man ist und sich nicht mehr alleine fühlt. Es hat auch eine Jugendtruppe gegeben, die legendär gewesen ist, Szabolcs kann das bezeugen, wir haben schöne Erinnerungen von damals. Das Internet hat die queere Community nicht gutgetan, viele Orte, wo man sich eben live treffen konnte, sind eingegangen. Das anderLand ist leider auch Geschichte. Wie ein Fels in der Brandung gibt es zum Glück noch immer Hab Queer Bern und die Hoffnung stirbt zuletzt, dass es wieder einmal etwas wie das anderLand gibt. Die Idee von Regenbogenhaus kursiert schon seit langem, deshalb finde ich das Anliegen dieser Motion wichtig und meine Kolleg*innen, die der Motion zustimmen werden, finde es besonders gut, dass man diese Motion so offen formuliert hat. Es wird nicht gerade zuerst nach Geld geschrien, es wird nicht verlangt, dass die Stadt das Heft selber in die Hand nimmt, es wird verlangt, dass sich die Stadt zusammen mit den Organisationen, Vereinen und Kollektiven austauscht und sich bei Quartierorganisationen einsetzt.
Das müsste eine Aufgabe der Stadt sein, die das Label "Rainbow Cities Network" trägt. Wir finden es aber alle wichtig, dass man das zusammen mit Organisationen, Vereinen und Kollektiven macht. Nur dann ist es auch in der Community gut verwurzelt und es gibt viele Community, die das auch finanziell unterstützen würden. Und darum muss es wirklich nicht einmal mehr die Stadtkasse sein, die da einspringen muss. Ich selber verspreche – das kann man hier gerade schon protokollieren –, dass ich mich an einem solchen Projekt auch finanziell beteiligen würde. Es gibt in unserer Fraktion aber auch kritische Stimmen. Es ist die Frage aufgekommen, ob denn das Koordinieren von einem solchen Safe Space wirklich auch Aufgabe der Stadt sein soll und ob das nicht die Organisationen, Vereine und Kollektiven selber könnten. Es ist eine berechtigte Frage. Deshalb wird es in unserer Fraktion auch Enthaltungen und Ablehnungen geben oder es gibt Fraktionsmitglieder, die nur zustimmen würden, wenn sie in ein Postulat umgewandelt werden.

Einfach noch warnen vor falschen Vergleichen. Anna, du hast das Regenbogenhaus Zürich genannt, aber bist du schon einmal dort gewesen? Das ist ein gutes Marketing der Genossenschaft Kalkbreite. Im Zollhaus belegt das Regenbogenhaus nämlich gerade 4 Räume auf 127 m^2 total, also in 2 riesigen mehrstöckigen Gebäuden, die mehrere 1000 m^2 haben, schlichtweg einfach minim. Das ist einfach reines Marketing, hat von mir aus einfach den Namen Regenbogenhaus nicht verdient und sogar das anderLand in Bern ist grösser gewesen. Es wäre schön, wenn man ein richtiges Regenbogenhaus bauen könnte, eben wo die LGBTQ-Menschen wohnen und alt werden können – Stichwort Einsamkeit im Alter –, zusammen mit Veranstaltungen, Vereinslokalen et cetera. Das ist das, was man sich unter diesem Namen vorstellt. Vielleicht schaffen wir es in Bern. Wir haben hier starke Organisationen, Vereine und Kollektive. Wir haben im Zusammenhang mit der Bern Pride und den EuroGames eben erleben dürfen – Weltklasse –, was da gestemmt worden ist, aber eben auch die Events sind vor allem durch die Privatinitiative viele ehrenamtliche Stunden und Sponsoren aus der Stadt, aus der ganzen Welt gestemmt worden. Die Stadt hat mit Koordination unterstützt, und vor allem im Veranstaltungsmanagement wurde dort ein guter Job gemacht und der Gebührenerlass hat, aber nicht die Rechnung bezahlt, die schlussendlich am Schluss auch finanziell bezahlt werden musste. Eine Rechnung, die aber für die Stadt aufgegangen ist, mit zum Beispiel all den Übernachtungen der Athlet*innen und Besucher*innen. Und genau so sollte eben noch das Regenbogenhaus gestemmt und nachher auch getragen werden. Mit viel privater Initiative als Grundlage, dann ist es eben wirklich gut in der Community auch verwurzelt. Und dann macht es auch Sinn, wenn die Stadt da etwas unterstützt. Aber mehr verlangt diese Motion noch nicht. Wie gesagt, wir haben das Stimmfreigabe beschlossen. Meine Meinung kennt ihr jetzt. Aber ihr wisst jetzt warum, dass es doch auch in der Fraktion die Diskussion gegeben hat über den richtigen Weg zu dem Ziel. Merci.

Präsidentin: Merci, Nik. Barbara Keller hat noch einen Ordnungsantrag.

Barbara Keller (SP): Ich würde gerne den Ordnungsantrag stellen – jetzt ist 22.29 Uhr –, dass wir Traktandum noch fertig machen. Weil wenn wir es nicht fertig machen, kann es sein, dass es erst in der nächsten Legislatur kommt und das wäre ein bisschen mühsam.

Präsidentin: Merci, Barbara. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Abstimmung Nr. 043

2023.SR.0250: Ordnungsantrag	
Annahme	
Ja	56
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Der Ordnungsantrag ist angenommen. Wir beenden noch das Traktandum. Dann sind wir beim Fraktionsvotum der AL/PdA-Fraktion, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Für die AL-PdA hat Muriel das Votum, ein kurzes Votum, vorbereitet. Sie musste früher gehen heute, deshalb trage ich das jetzt stellvertretend hier vor. In dieser Motion geht es darum, dass man einen Ort erschafft, wo sich

queere Menschen in einem sicheren Rahmen treffen können. Dass der Gemeinderat das Anliegen ernst nimmt und sich darum kümmern will, dass solche Räume geschaffen werden können, begrüssen wir von AL-PdA sehr. Es ist uns wichtig zu betonen, dass so ein Begegnungsort einfach ein Teil von einem grösseren Puzzle ist. Denn das Ziel müsste in unseren Augen sein, dass die ganze Stadt Bern oder eben irgendwann die ganze Welt zu einem queeren Begegnungsort wird, wo man sich sicher und frei begegnen kann. Die Stadt Bern, die uns allen am Herzen liegt, in der wir wohnen und leben, soll ein Ort sein, an der sich die Menschen in ihrer Existenz begrüsst und willkommen fühlen. Wir möchten im Konkreten, dass ein solcher Ort niederschwellig zugänglich ist. Das heisst zum Beispiel, dass der Ort konsumfrei soll sein, dass er gut erreichbar sein muss, dass er sich sicher anfühlt. Für dieses Ziel zu erreichen, ist es gescheit, wenn der Gemeinderat mit den verschiedenen Akteuren und Akteurinnen Kontakt aufnimmt und plant und sich auch nicht scheut mutige Entscheidungen zu treffen, das heisst Geld in die Finger nimmt und auch einen Ort wählt, den man nicht einfach so ignorieren kann, weil er weit aussen ist, sondern der Ort soll so zugänglich sein, dass man nicht explizit von ihm wissen muss, dass man ihn findet. So stimmen wir als AL-PdA dieser Motion zu und hoffen, dass ihr auch dabei seid und zustimmt und hoffen, dass sich der Gemeinderat dem Anliegen wirklich ernsthaft widmen wird. Merci.

Präsidentin: Danke, David. Für die SP-JUSO-Fraktion, Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Fraktion: Es ist vielleicht Zufall oder vielleicht auch nicht, heute jährt sich die Deportation von meinem Grossvater Barnabás Mihályi während dem Holocaust zum 80. Mal und darum stehe ich übrigens auch im Antifa-Shirt wie jedes Jahr Ende November hier. Ich bin zwar 50% zu wenig Jude, als dass man mich damals umgebracht hätte, aber als Homosexueller und Sozialdemokraten hätte man mich im Faschismus sogar noch viel früher ins KZ gesteckt. Ich empfehle allen einen Besuch in Dachau. Was hat das mit dem Geschäft zu tun? Ich habe vor einem halben Jahr hier schon gesagt, dass wir aus den Zeiten, aus den Dreissigerjahren, aus dem deutschen Reich etwas lernen müssen, nämlich dass die Diskriminierung töten kann, wenn man ihr keine Grenzen setzt. Ja, es werden queeren Menschen in unserer Stadt nicht systematisch eingesperrt oder umgebracht, aber vor 40 Jahren hat man noch alle Schwulen von der Polizei fichieren lassen. Eine Umfrage, und jetzt kommen wir zu heute, eine Umfrage hat gestern aufgezeigt, dass rund 50% der Menschen in unserem Land sich vor queeren Menschen gruseln. Schwule Leute sind okay, Lesben auch, aber küssen sollen sie sich bitte nicht in der Öffentlichkeit, nonbinäre und Transmenschen sind es für die Hälfte der Bevölkerung nicht. Und noch schlimmer in der Schweiz ist die Gewalt gegen queere Menschen, höher als in der EU. Das schockiert mich.
Ich bin mir das gewohnt, dass ich mich als Schwuler diskret verhalten muss in der Geburtsstadt Budapest, in Orbans Ungarn. Aber hier in der Stadt Bern, in meiner Heimatstadt, da ist es ein bisschen quer. Der Anteil von psychisch Kranken, Suizid und sexuell übertragbaren Krankheiten ist in der queeren Community viel höher als im Rest der Gesellschaft. Auch die Wahrscheinlichkeit, Opfer von einem Hassverbrechen zu werden, ist einiges höher. Dass rund 50% der Schweizer Bevölkerung die Betroffenen schlicht "grusig" finden, ist sicher ein zusätzlich belastender Faktor. Die Diskriminierung tötet queere Menschen auch heute noch. Der Ort, an dem man als queerer Mensch sich selbst sein sollte, sollte eben nicht zum Beispiel im Ausgang sein, so wie ich es gewesen bin zusammen mit Nik letzten Freitag im Queerhübeli. Es gibt die Safe Spaces, die kommerziellen, wo man mitreden, mitfeiern, mittrinken kann, aber ich musste 20 Franken Eintritt zahlen und noch mehr Geld zum Konsumieren und das hat eben nicht jeder.

Queere Menschen sind auch sehr armutsgefährdet. Queere Menschen sind auf solche Orte angewiesen. Ein Safe Space ist ein Fluchtort und sollte nicht hinter einer Bezahlschranke versteckt sein.
Es braucht deshalb einen queeren Ort, wie in dieser Motion gefordert ist, an dem die Leute ohne Konsumzwang unter seiner gleichen sein können, wo sie willkommen sind, egal was. Wo sie Beratung von Organisationen erhalten, die das zwar heute schon geben, aber leider in der jetzigen Situation auch immer in einer Konkurrenzsituation stehen. Also Organisationen, die auf Goodwill und auf die Platzverhältnisse von anderen Organisationen angewiesen sind, wie Hab Queer Bern mit ihren Veranstaltungen zurzeit. Und noch etwas, wir können es jetzt nicht oft genug wiederholen, wir sind die Bundesstadt, das bringt auch viel Verantwortung mit sich, aber auch einzigartige Möglichkeiten. Das Regenbogenhaus in Zürich ist vielleicht ein schlechtes Beispiel, wie es Nik angedeutet hat. Aber es braucht einen Ort, wo die ganzen Organisationen der queeren Community einen Platz haben in der Bundesstadt. Die Homolobby, die Pink Cross, bei der ich auch Mitglied bin für queere Männer, ebenso wie die LOS, die Lesbenorganisation Schweiz, die TGNS für Transmenschen, FELS, Eltern von queeren Menschen usw., die nationalen Organisationen haben einen Sitz bei uns und das müssen sie auch, weil sie ihre Arbeit machen bei der Gleichstellung und Unterstützung von queeren Menschen. Alle diese Organisationen verdienen einen zentralen Ort und noch mehr ihre Angebote für queere Menschen aus der breiten Bevölkerung. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt natürlich den Vorstoss. Merci.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Gibt es Einzelvoten? Dann hat zum Schluss Gemeinderat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich möchte mich dazu nicht noch inhaltlich äussern, denn es haben sich Leute geäussert, die das wesentlich besser und kompetenter machen können als ich. Ich würde einfach ein letztes Mal noch sagen, dass es wieder kritisiert wurde, die Antwort des Gemeinderates sei kurz. Der Gemeinderat ist klar bereit, diese Motion anzunehmen. Wenn ich jeweils einen Vorstoss bekomme, der eingereicht wurde, dann schaue ich den an und nachher muss ich sagen, ich nehme ihn an oder lehne ihn ab oder als Postulat. Und ich kann euch sagen, wenn ich etwas nicht umsetzen will, dann sage ich: "Wir lehnen es ab", auch wenn ich dann davon ausgehen muss, dass der Rat das noch dreht. Und dann könnt ihr davon ausgehen, wenn der Gemeinderat euren Vorstoss bereit ist anzunehmen, dass er dann noch gewillt ist, das umzusetzen. Und das ist ganz sicher in diesem Vorstoss hier auch der Fall, dass man das umsetzen will, man sich da dahinter macht. Und jetzt will ich einfach noch sicherstellen, dass hat mich ein bisschen erstaunt gestern, ihr habt das vielleicht gesehen, dass ich manchmal einen Kopfhörer anhabe. Also ich höre nicht etwa Satisfaction oder "seid ihr vom Wahn umzingelt oder nicht" von Polo Hofer, sondern ich will einfach zuhören und verstehen. Der Lärm hier drin ist manchmal sehr hoch und es lohnt sich sehr oft, zum Beispiel heute dir Nik Eugster, zuzuhören, und zwar nicht nur weil du dann zweimal gesagt hast, dass ihr dann nicht gerade als erstes Geld wollt, sondern weil es ein ausgewogenes und gutes Votum gewesen ist. Nun wünsche ich euch einen guten Schlussspurt bis zum Sonntag und einen schönen Abend.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 044

2023.SR.0250: als Richtlinie

Annahme	
Ja	58
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Die Motion ist einstimmig angenommen. Wir sind noch nicht fertig. Ich habe noch 2 Sachen: Eine Information, und zwar, Bernmobil hat den Betrieb eingestellt, für die Personen, die das noch nicht mitbekommen haben. Also kommt gut und sicher nach Hause. Und dann hätte ich eigentlich etwas zu den Wahlen sagen wollen, weil wir schon überzogen haben, mache ich das nicht. Ich mache es kurz, ich werde das nächste Mal sicher mehr dazusagen. Ich wünsche allen viel Erfolg. Wenn es nach mir ginge, würden wir alle wieder hier sitzen. Aber glücklicherweise sind wir in einer Demokratie und ich kann das nicht alleine entscheiden. Der Sonntag wird ein sehr emotionaler Tag. Ich will einfach sagen: "Schaut zueinander." Die Politik ist super, aber nicht alles. Wir sind mehr als Politiker*innen und schaut auf eure Mitmenschen. Einen schönen Sonntag und bis am 5. Dezember 2024.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
21 Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB/ Anna Leissing, GB): Einkommensabhängige städtische Gebühren statt Kopfsteuern; Prüfungsbericht 2022.SR.000008
22 Postulat Fraktion Mitte (Claudio Righetti, Mitte / Lionel Gaudy, Mitte / Sibyl Eigenmann, Mitte): Echter Diskurs braucht Platz - Abstimmungen an nationalen Wahlterminen in der Stadt Bern nur mit hohen Hürden möglich 2023.SR.0204
23 Motion Simone Richner (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte I: Vereinfachung der Unterschriftensammlung für städtische politische Instrumente 2023.SR.0239
24 Motion GB/JA! (Nora Joos, JA!/Mirjam Arn, GB): Vorfrankierte Wahl- & Abstimmungscouverts 2024.SR.0013
25 Motion Anna Jegher, JA!/Mahir Sancar, JA!/Nora Joos, JA!: Keine Burger*innen im Gemeinderat! 2024.SR.0021
26 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz /Thomas Glauser, SVP): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der Schulwegsicherheit: Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern! Der Gemeinderat habe bei der Armee und den zuständigen kantonalen Stellen abzuklären, unter welchen Voraussetzungen dies möglich wäre. 2024.SR.0050
27 Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, GLP/JGLP (Tom Berger, FDP/Corina Liebi, GLP/Mirjam Roder, GFL): Förderung von qualitativ hochstehender Nacht- und Clubkultur – wo steht die Stadt Bern? 2024.SR.0053
28 Interpellation Nik Eugster (FDP), Florence Pärli (JF): Neue Organisationsverordnung: Ist die Zuteilung der Aufgaben auf die einzelnen Direktionen ausgewogen? 2024.SR.0066

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Aktueller Stand illegale Besetzung Weissensteinstrasse 4, 3008 Bern
2. Interfraktionelle Motion Fraktion AL/PdA, SP/JUSO (Raffael Joggi, AL/Halua Pinto de Magalhães, SP): Die Förderung digitaler Souveränität gehört in eine Digitalstrategie
3. Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köçer, SP/Dominik Fitze, SP): Die Lücke der offenen Kin-der- und Jugendarbeit in Holligen muss geschlossen werden!
4. Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer Sportinfrastruktur
5. Interpellation Fraktion GFL (Michael Burkard, Francesca Chukwunyere, Tanja Miljanovic): Stopp der Kriminalisierung von Armutsbetroffenen durch Bernmobil
6. Dringliche interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA, SP/JUSO, FDP/JFDP, GFL (Ursina Anderegg, GB/Lea Bill, GB/Franziska Geiser, GB/David Böhner, AL/Barbara Keller, SP/Tom Berger, FDP/Nik Eugster, FDP/Franceska Chukwunyere, GFL): Einen Leistungs-vertrag für das Kulturbüro Bern

Folgender Antrag wurde eingereicht:
Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Fraktionen Mitte, GFL, GLP/JGLP/EVP (Sibyl Eigenmann, Mitte/Francesca Chukwunyere, GFL/Maurice Lindgren, GLP): Rückweisung von Vorstössen durch Büro bei Mehrfachbehandlung

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi